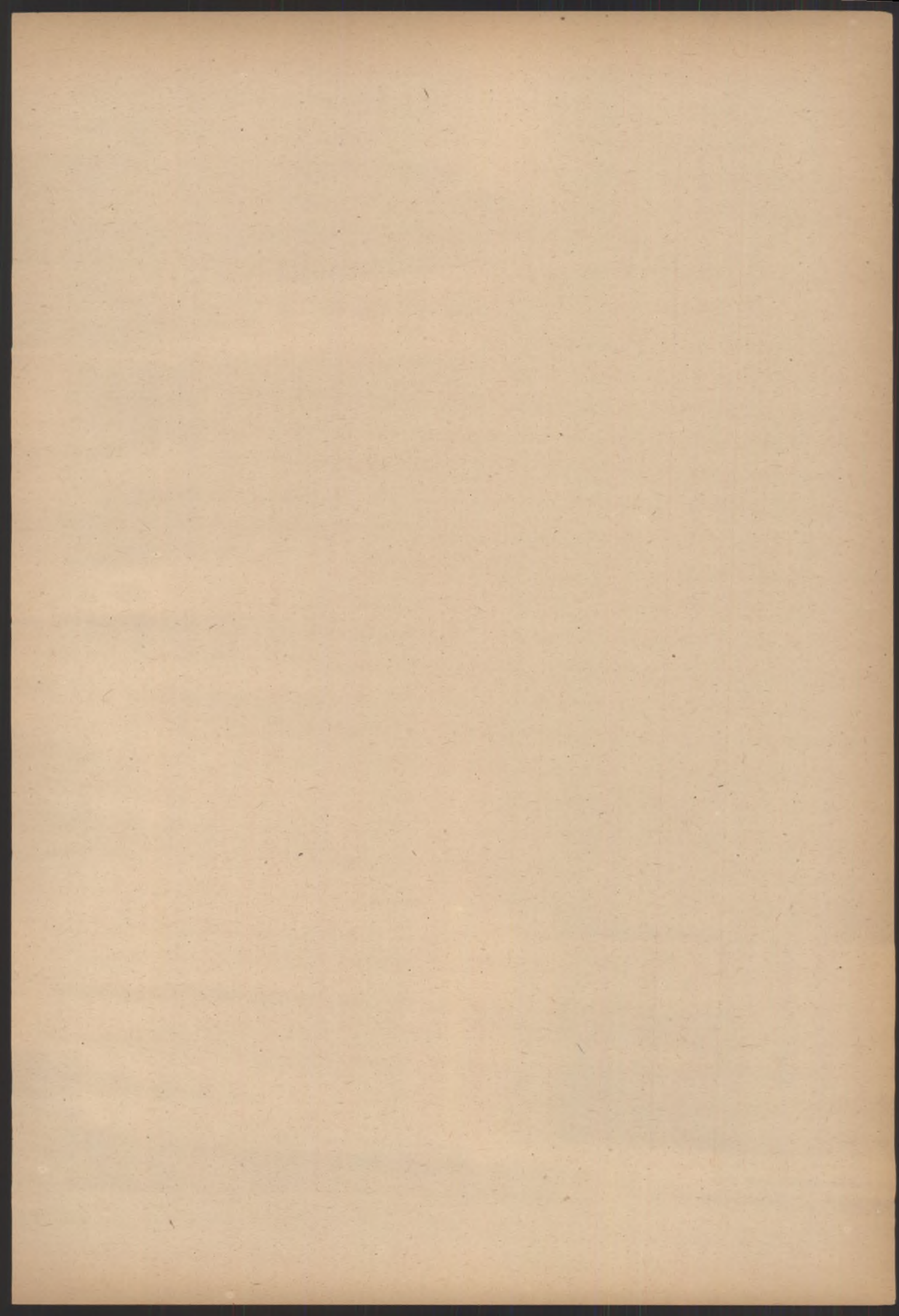




Verwaltungsbericht

der Stadt Bielefeld

für das Jahr
1935



1. Gemeindeverwaltung und Gemeindebeamte.

a) Allgemeines.

Beauftragter der Bewegung, Ratsherren und Beiräte.

Zum „Beauftragten der Bewegung“ für die Stadt Bielefeld im Sinne der Deutschen Gemeindeordnung wurde Landrat und Gauinspekteur Hartmann in Herford vom Gauleiter Westfalen-Nord bestellt.

Der Beauftragte der Bewegung berief am 4. 9. 1935 nach § 51 der Deutschen Gemeindeordnung folgende 24 Bürger auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren zu Ratsherren:

Ingenieur Robert Frobose,
Schlosser Paul Seifert,
Kaufmann Heinrich Brackfiel,
Handlungsgehilfe Walter Pohlmann,
Drogist Christian Zarnig,
Elektromeister Wilhelm Mezner,
Fabrikant Dr. Richard Kaselowsky,
kaufm. Leiter Hermann Pielsticker,
Vertreter Ferdinand Stursberg,
kaufm. Angestellter August Langenberg,
Ingenieur Walter Willgerodt,
Friseurmeister Paul Holtmann,
Schriftsteller Karl Wilke,
Tischler Georg Schwabe,
Rektor Wilhelm Dellbrügge,
Maurermeister Karl Schürmann,
Kraftwagenführer Gustav Hochdorn,
Handlungsgehilfe Erwin Heidbreder,
Dipl.-Kaufmann Alfred Glizner,
Schleifer Albert Westphal,
Bankdirektor Albert Osthoff,
Rechtsanwalt Dr. Arnold Riedenklau,
Malermeister Heinrich Hessel dief,
Weinhändler Franz Biermann.

Die Ratsherren wurden am 18. 10. 1935 unter Aushändigung ihrer Anstellungsurkunden als Ehrenbeamte von Oberbürgermeister Budde feierlich in ihr Amt eingeführt und vereidigt.

Sie traten im Berichtsjahre elfmal zusammen und nahmen zu allen wichtigen Ereignissen und Fragen der Gemeindeverwaltung Stellung.

Nach § 58 der Gemeindeordnung berief der Oberbürgermeister gleichfalls für 6 Jahre für folgende Dienstzweige Beiräte:

Bauwesen,
Betriebswerke,
Wohlfahrtswesen und Körperertüchtigung,
Kunst und Wissenschaft,
Verwaltung der Detker-Halle,
Rechtsangelegenheiten,
Garten- und Friedhofswesen,
Krankenhaus,
Marktwesen,
Schulwesen.

Den Beiräten liegt nach der Gemeindeordnung die Aufgabe der Beratung des Oberbürgermeisters oder der Beigeordneten auf den genannten Verwaltungsgebieten ob. Im Interesse einer lebendigen Verbindung der Verwaltung mit der Bürgerschaft liegt es, wenn sie recht oft zur Mitarbeit herangezogen werden.

Erlaß von Satzungen.

Unter dem 27. 6. 1935 hat der Oberbürgermeister mit Zustimmung des Beauftragten der NSDAP. die Hauptsatzung der Stadt erlassen, die der Regierungspräsident am 18. 9. 1935 genehmigt hat.

Die Hauptsatzung — das Verfassungsstatut der Gemeinde — stellt eine Neuerung in der

gemeindlichen Verwaltung dar, die erst die Deutsche Gemeindeordnung gebracht hat. Sie trifft Bestimmung über die Zahl der Beigeordneten und der Ratsherren, nennt die Verwaltungszweige, für die Beiräte berufen werden sollen und regelt das Anstellungsverhältnis der Ehrenbeamten. Den Ehrenbeamten und den ehrenamtlich tätigen Bürgern können bare Auslagen und etwaiger Verdienstausfall, den sie in Ausübung ihrer ehrenamtlichen Arbeit gehabt haben, erstattet werden. Sie erhalten Reisekosten nach den für die Beamten der Stadt geltenden Bestimmungen. Bürger, die ein Ehrenamt 20 Jahre tadelfrei verwaltet haben, können die Ehrenbezeichnung „Stadtältester“ erhalten.

Weiter wurde am 27. 6. 1935 eine Satzung über die Form der amtlichen Bekanntmachungen für die Stadtverwaltung Bielefeld erlassen, die insbesondere bestimmt, für welche Angelegenheiten die vereinfachte Form der amtlichen Bekanntmachung durch Aushang oder Auslegung bei gleichzeitigem Hinweis im amtlichen Verkündungsblatt zulässig ist.

Organisation.

Auf Grund des Gesetzes über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens wurde auf Anordnung des Regierungspräsidenten für den Bereich der Stadt Bielefeld ein Gesundheitsamt eingerichtet, das bei der Stadt verblieben und unter der Bezeichnung 50/3 in den Organisationsplan eingegliedert ist. Zum ärztlichen Leiter ist der bisherige Kreisarzt des Kreises Osnabrück-Land, Medizinalrat Dr. Ulrich berufen worden; er führt die Bezeichnung „Amtsarzt“. Sein Stellvertreter ist der Stadtfürsorgearzt Dr. Paetsch.

Die Heimatbücherei, die die Stadt 1932 aus finanziellen Gründen zur Verwaltung an den Historischen Verein für die Grafschaft Ravensberg abgegeben hatte, wurde am 1. April 1935 wieder von der Stadt übernommen. Sie ist als „Heimatbücherei und Archiv — Stadttamt 44 —“ in die Verwaltung eingegliedert.

b) Beamte, Angestellte und Arbeiter.

Zum Nachfolger des im März 1935 so plötzlich verschiedenem allverehrten Oberbürgermeisters Dr. Friß berief der Minister den bisherigen 1. Beigeordneten Bürgermeister Budde.

Oberbürgermeister Budde wurde am 4. 9. 1935 in feierlicher Sitzung der Ratsherren vom Regierungspräsidenten Freiherrn von Deynhausen in Anwesenheit des Gauleiters und Reichsstathalters Dr. Meyer, des Landeshauptmanns Kolbow, des Regierungsvizepräsidenten Ried und weiterer Vertreter von Partei und Staat und der Beamtenschaft in sein Amt eingeführt.

Die dadurch freigewordene Stelle des 1. Beigeordneten (Bürgermeisters) ist bis zum Schluß des Berichtsjahres noch nicht besetzt.

Als Nachfolger des infolge Erreichung der gesetzlichen Altersgrenze in den Ruhestand versetzten Chefarztes des Krankenhauses, Professor Momburg, wurde der bisherige Chefarzt der Abteilung für urologische Chirurgie am Marienhospital in Buer, Dr. med. Herbert Sprengell, berufen. Er trat seinen Dienst am 1. 10. 1935 an.

An Stelle des in den Ruhestand versetzten Generaldirektors Dr. Lüth wurde mit Wirkung vom 1. 1. 1936 der Betriebsdirektor Falger mit der Leitung des Städt. Betriebsamtes beauftragt und ihm die Amtsbezeichnung „Direktor der Betriebswerke“ beigelegt.

Spenden für das Winterhilfswerk usw.

Gern und freudig opferten auch im Winter 1935/36 die Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter für das Winterhilfswerk. Die laufenden Abzüge für das Winterhilfswerk in den Monaten Oktober 1935 bis März 1936 ergaben die erfreuliche Summe von 24 924,54 *R.M.*, die der NSV. überwiesen werden konnten.

Als Ende März 1936 bei Abschluß des WHW. zu einem letzten Opfer durch Eintragung in das Opferbuch des Winterhilfswerks aufgerufen wurde, hat die Gefolgschaft der Stadtverwaltung wiederum ihre Opferfreudigkeit bewiesen, indem sie an Spenden einen Betrag von 5 471,05 *R.M.* aufbrachte.

Für das dem Führer zu seinem Geburtstage überbrachte „Dankopfer der Nation“ hatten sich die Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter der Stadt zum großen Teil bereits bei den SA-Stürmen eingezeichnet. Trotzdem erbrachte ein unmittelbarer Aufruf des Oberbürgermeisters an die städtische Verwaltung und die Schulen noch die ansehnliche Summe von 1 308,05 *R.M.*

Anstellungen und Beförderungen.

Auf dreimonatige Kündigung wurden angestellt: (§ 2 III des Ortsstatuts.)

- am 1. 4. 1935 Stadtssekretär Schilling,
Stadtsassistent Rathjen,
- 1. 5. 1935 Polizeibüroassistent Zeisberg,
- 1. 6. 1935 Stadtssekretär Ellermann,
Stadtssekretär Wächter,
- 1. 6. 1935 Stadtsassistent Friedrich Müller,
Stadtssekretär Eichmeyer,
- 1. 7. 1935 Polizeibüroassistent Wübbenhorst,
techn. Stadtinspektor Allersmeier,
Stadtssekretär Gehring,
- 16. 7. 1935 Polizeibüroassistent Wegel,
- 1. 9. 1935 Stadtssekretär Esser,
Stadtssekretär Friedrich,
Polizeibüroassistent Weidekemper,
- 25. 9. 1935 Feuerwehrmann Vietendübel,
- 1. 10. 1935 Stadtssekretär Vogel,
Stadtssekretär Pladeck,
Stadtssekretär Skrzypek,
- 9. 11. 1935 Stadtssekretär Dr. Sellner,
- 1. 1. 1936 Stadtinspektor Stüwe,
Stadtssekretär Sahrhage,
Stadtssekretär Kroos,
Stadtssekretär Katenbrink.

Auf Probe wurden angestellt:

- am 1. 4. 1935 Polizeibüroassistent Lohoff,
- 1. 5. 1935 Feuerwehrmannanwärter Krause,
- 1. 6. 1935 Feuerwehrmannanwärter Düning,
- 3. 6. 1935 Stadtssekretär Kohlhase,
- 16. 6. 1935 Stadtssekretär Erichsen,
- 1. 7. 1935 Feuerwehrmannanwärter Herbold,
Feuerwehrmannanwärter Fleer,
Feuerwehrmannanwärter Lange,
- 1. 10. 1935 Polizeibüroassistent Hansmeyer,
- 1. 1. 1936 Polizeisekretär Bauer.

Als Beamte der Betriebsverwaltung wurden auf dreimonatige Kündigung angestellt (§ 2 III 2 des Ortsstatuts):

- am 1. 7. 1935 Stadtinspektor Taschka, Stadtsparkasse,
- 1. 10. 1935 Dr. Sprengell, leitender Arzt der chirurgischen Abteilung und zugleich Chefarzt des Städtischen Krankenhauses (1 Jahr auf Probe, dann halbjährliche Kündigung),
- 1. 1. 1936 Dr. Drawe, Stadtchemiker beim Städtischen Untersuchungsamt.

Auf Probe wurden angestellt:

- am 1. 6. 1935 Stadtssekretär Müller, Stadtsparkasse,
- 15. 7. 1935 Stadtssekretär Neuhoff, Stadtsparkasse.

Nach Ableistung einer zehnjährigen Dienstzeit als Kündigungsbeamte wurden auf Lebenszeit angestellt (§ 2 letzter Absatz des Ortsstatuts):

- am 1. 4. 1935 techn. Stadtinspektor Paul Müller,
Feuerwehrmann Junker,
- 1. 5. 1935 Feuerwehrmann Peut,
- 11. 8. 1935 Stadtsassistentin Wienbeck,
- 10. 9. 1935 Röntgenassistentin Lauff,
- 1. 10. 1935 Bibliothekssekretärin Julia Steinhaus,
- 1. 11. 1935 Stadtsassistentin Obermüller,
- 8. 11. 1935 Werkmeister Kleinebelf.

Befördert wurden:

- am 1. 4. 1935 Stadtssekretär Temme zum Stadtinspektor,
Feuerwehrmann Heuermann zum Oberfeuerwehrmann,
Feuerwehrmann Beinhorn zum Baupolizeiaffistenten.

1. 10. 1935 Stadtaffistent Friedrich Müller zum Stadtssekretär,
 Stadtaffistent Prante zum Stadtssekretär,
 Stadtaffistent Ernst Lange zum Stadtssekretär.
 1. 1. 1936 Stadtssekretär Hornmann zum Stadtinspektor bei der Stadtsparkasse.

Der Abteilungsarzt Dr. Nölle wurde mit Wirkung vom 1. 10. 1935 zum leitenden Arzt der neu eingerichteten gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilung des Städtischen Krankenhauses ernannt.

Freiwillig ausgeschieden sind:

- am 31. 8. 1935 Stadtaffistent auf Probe Rump (anderweite Einberufung),
 31. 10. 1935 Kriminalassistent Püger | Übertritt zur
 Kriminalassistent Meher | Staatspolizei,
 31. 1. 1936 Stadtssekretär auf Probe Neuhoff (Einberufung als Ergänzungssoffizier).

In den Ruhestand versetzt wurden:

- am 1. 4. 1935 Stadtamtmanu Effernkamp,
 Stadtinspektor Bertelt,
 Stadtobersekretärin Sprengel,
 Stadtgutsverwalter Thomä,
 1. 5. 1935 techn. Stadtoberinspektor Schrader,
 1. 7. 1935 techn. Stadtinspektor Köppler,
 1. 10. 1935 Chefarzt Professor Dr. Nomburg,
 Polizeihauptwachtmeister Becker,
 1. 1. 1936 Generaldirektor Dr. Lütth,
 Stadtchemiker Dr. Goldstein.

Ihr 25jähriges Dienstjubiläum konnten feiern:

- am 1. 4. 1935 Polizeiinspektor Bentrup,
 Dauerangestellter Stüwe,
 5. 6. 1935 Arbeiter Vinke,
 15. 7. 1935 Branddirektor Ritter,
 22. 8. 1935 Arbeiter Geilhaupt,
 1. 10. 1935 Polizeihauptwachtmeister Kaatsch,
 Polizeihauptwachtmeister Wienecke,
 Stadtinspektor Stender,
 10. 10. 1935 techn. Stadtinspektor Ellermann,
 14. 11. 1935 Stadtaffistent Lacroix,
 1. 1. 1936 Betriebsdirektor Falger,
 Bibliothekssekretärin Niemann,
 Stadtobersekretär Bögeding,
 techn. Stadtinspektor Beyer,
 15. 1. 1936 Orchestermitglied Krüger,
 17. 1. 1936 Arbeiter Stellbrink,
 1. 2. 1936 Gartenbaumeister Hoffmann,
 15. 2. 1936 Obergartenmeister Ehrich,
 2. 3. 1936 techn. Stadtinspektor Schinkel,
 Kutscher Heidbreder,
 8. 3. 1936 Buchhalter Thielmann.

Gestorben sind:

- am 23. 12. 1935 Rentant Oldorf,
 14. 1. 1936 Polizeiinspektor Lütgemeier,
 23. 2. 1936 Polizeihauptwachtmeister Kryzstofiaf,
 24. 3. 1936 Kriminalassistent Göze,
 28. 3. 1936 Oberbrandmeister Trenkel.

Personalien bei der Exekutivpolizei.

Auf Grund des Runderlasses des Reichs- und Preussischen Ministers des Innern vom 22. 3. 1935, betr. Stärke- und Stellenverhältnis der Kriminalpolizei der Gemeinden ist die Kriminalpolizei um 8 Beamte verstärkt worden, und zwar um:

- 1 Kriminalkommissar,
 1 Kriminalbezirkssekretär,
 1 Kriminalsekretär und
 5 Kriminalassistenten.

Die Kommissarstelle ist durch den Reichs- und Preussischen Minister des Innern besetzt worden, während die übrigen Stellen durch Aufrückung bzw. Abordnung von uniformierten Beamten zur Kriminalpolizei besetzt worden sind. In die durch Abordnung von Beamten freigewordenen Eingangsstellen bei der uniformierten Polizei wurden Polizeiverorgungsanwärter und Polizeibeamte aus der Schutzpolizei mit mehr als 8 Dienstjahren einberufen.

Durch Vermittlung der Vormerkungsstelle für den Polizeidienst in Potsdam wurden einberufen:

- am 1. 9. 1935 Polizeiverorgungsanwärter Bloh als Polizeihauptwachtmeister auf Probe,
Polizeiverorgungsanwärter Gröning desgl.,
Polizeiverorgungsanwärter Heidelberg desgl.,
Revieroberwachtmeister Borgmann als Polizeioberwachtmeister auf Probe,
Revieroberwachtmeister Breidenbach desgl.,
Revieroberwachtmeister Lichtenberg desgl.,
Revieroberwachtmeister Steffen desgl.,
1. 10. 1935 Polizeiverorgungsanwärter Schmidt als Polizeihauptwachtmeister auf Probe,
1. 2. 1936 Polizeiverorgungsanwärter Müller desgl.

In Anwendung des § 26a des Polizeibeamtengesetzes wurden nach Bielefeld versetzt:

- am 1. 4. 1935 Polizeikommissar Schier aus Schwerte als Kriminalkommissar,
1. 5. 1935 Polizeihauptwachtmeister Schaub aus Werther,
1. 6. 1935 Kriminalkommissar Kaping aus Leverkusen,
1. 7. 1935 Polizeihauptwachtmeister Weiler aus Paderborn,
1. 8. 1935 Polizeimeister Brüh aus Elmsborn als Kriminalkommissar auf Probe,
1. 9. 1935 Polizeihauptwachtmeister Gros aus Brackwede,
1. 2. 1936 Polizeihauptwachtmeister Domansky aus Mülhausen in Thüringen.

Von Bielefeld wurden im Wege der Versetzung anderen Polizeiverwaltungen überwiesen:

- am 1. 6. 1935 Polizeimeister, Kriminalkommissar auf Probe Beest als Polizeimeister der Polizeiverwaltung Celle,
1. 7. 1935 Oberwachtmeister Kortkamp der Polizeiverwaltung Paderborn,
1. 10. 1935 Polizeimeister Rümmer als Polizeiobermeister der Polizeiverwaltung Minden,
1. 2. 1936 Polizeimeister Lipper als Polizeiobermeister der Polizeiverwaltung Lünen,
15. 2. 1936 Polizeihauptwachtmeister Hartmann als Polizeimeister der Polizeiverwaltung Ibbenbüren,
1. 3. 1936 Polizeihauptwachtmeister Schomburg als Polizeimeister der Polizeiverwaltung Bad Deynhausen.

Aus den Reihen der alten SA- und SS-Angehörigen wurden zur Probendienstleistung im Polizeidienst einberufen:

- am 1. 5. 1935 SS-Scharführer Reinhold Elges als Polizeioberwachtmeister auf Probe,
1. 12. 1935 der SA-Angehörige und Ortsgruppenpropagandaleiter Bornemann als Polizeioberwachtmeister auf Probe,
1. 3. 1936 SA-Sturmführer Knoke als Polizeioberwachtmeister auf Probe.

Beförderungen:

- am 1. 4. 1935 Polizeimeister Wagenführ zum Polizeiobermeister,
5. 4. 1935 Oberwachtmeister Albert Schmidt zum Polizeihauptwachtmeister,
29. 5. 1935 Oberwachtmeister Bornemann zum Hauptwachtmeister,
9. 6. 1935 Oberwachtmeister Kämpfer zum Hauptwachtmeister,
1. 7. 1935 Polizeihauptwachtmeister Pohlmann zum Polizeimeister,
16. 7. 1935 Oberwachtmeister Rohlfing zum Polizeihauptwachtmeister,
14. 8. 1935 Polizeioberwachtmeister Siebrasse zum Polizeihauptwachtmeister,
1. 9. 1935 Kriminalassistent Holz zum Kriminalsekretär,
1. 10. 1935 die Polizeioberwachtmeister Bahr, Boedmann, Hahnke, Salewsky und Fröhlich zu Polizeihauptwachtmeistern,
Polizeihauptwachtmeister Paul zum Polizeimeister,
16. 10. 1935 Polizeioberwachtmeister Klöcker zum Polizeihauptwachtmeister,
1. 12. 1935 Polizeioberwachtmeister Zimmermann zum Polizeihauptwachtmeister,
4. 1. 1936 Polizeioberwachtmeister Richter zum Polizeihauptwachtmeister,
1. 2. 1936 Kriminalkommissar auf Probe Brüh zum Kriminalkommissar und Leiter des 2. Kommissariats,
Polizeihauptwachtmeister Domansky zum Polizeimeister,
1. 3. 1936 Polizeioberwachtmeister Frommenjohann zum Polizeihauptwachtmeister.

Nach Vollendung des 32. Lebensjahres wurden auf Grund des § 15 des Polizeibeamtengesetzes auf Lebenszeit angestellt:

durch Verfügung vom 8. 4. 1935 die Polizeiobewachtmeister Schmidt, Hahnke, John, Rärger, Wehmeyer, Fröhlich, Bornemann, Karge und der Kriminalassistent Seibt; durch Verfügung vom 10. 1. 1936 die Polizeiobewachtmeister Schaub und Richter; durch Verfügung vom 15. 2. 1936 der Polizeiobewachtmeister Rutsche.

Nach Ablauf der Probezeit wurden folgende Polizeiverforgungsanwärter bzw. Schutzpolizei-beamte mit mehr als 8 Dienstjahren auf Lebenszeit angestellt:

- am 1. 5. 1935 Polizeihauptwachtmeister Böhm,
Polizeihauptwachtmeister Lepkojiz,
- 6. 9. 1935 Polizeiobewachtmeister Zimmermann,
- 11. 9. 1935 Polizeiobewachtmeister Bolt,
- 1. 10. 1935 Polizeiobewachtmeister Hingst.

Nach Ablauf der Probezeit und erfolgreichem Besuch einer Polizeischule wurden als Polizei-obewachtmeister auf Kündigung angestellt:

- am 16. 10. 1935 Polizeiobewachtmeister auf Probe Adank,
Polizeiobewachtmeister auf Probe Mattheesen,
- 1. 12. 1935 Polizeiobewachtmeister auf Probe Brakemeier,
Polizeiobewachtmeister auf Probe Steinke,
Polizeiobewachtmeister auf Probe Engelhardt,
- 1. 1. 1936 Polizeiobewachtmeister auf Probe Große.

c) Öffentliche Kundgebungen, Ehrungen und Stadtchronik.

- 15. 5. 1935 Oberbürgermeister i. R. Dr. Stapenhorst konnte in seltener geistiger und körperlicher Frische seinen 70. Geburtstag feiern. Die Stadtverwaltung sandte ihm ein Glückwunschsreiben.
- 2. 6. 1935 In Bielefeld fand der Wettkampf der Ländermannschaften von Deutschland und Belgien im Regeln statt, der mit einem deutschen Siege endete. Die Stadtverwaltung begrüßte die ausländischen Gäste und stiftete einen Ehrenpreis.
- 4. 6. 1935 Dem Luftschifführer Max Bruß, einem Sohne der Stadt Bielefeld, sandte der Oberbürgermeister anlässlich seiner ersten Fahrt als Führer des L. 3. „Graf Zeppelin“ nach Pernambuco ein Glückwunschtelegramm.
- 16. 6. 1935 Für das internationale Straßenradrennen „Preis der Nationen“, das in Bielefeld ausgetragen wurde, stiftete die Stadt mehrere Medaillen.
- 17. 6. 1935 Die Verwaltung sprach den Angehörigen des Fabrikanten Arnold Crüwell, der sich um das Allgemeinwohl der Stadt verdient gemacht hat, anlässlich dessen Ablebens herzliches Beileid aus.
- August 1935 Zum hundertjährigen Bestehen der Verlagsbuchhandlung Belhagen & Klasing übermittelte der Oberbürgermeister der Firma die Glückwünsche der Stadtverwaltung. Für den Reichswettkampf der SA, aus dem der Bielefelder SA-Sturm 41/174 als erster Brigade- und zweiter Gruppensieger hervorging, stiftete die Stadt mehrere Preise.
- 8. 9. 1935 Unsere V. Artillerieabteilung, die aus dem Manöver zurückkehrte, wurde von Vertretern von Partei und Staat unter lebhafter Anteilnahme der Bevölkerung auf dem Kesselbrink empfangen. Die Stadt zeigte reichen Flaggenschmuck. Als freundlichen Gruß überreichte der Abteilungskommandeur dem Oberbürgermeister ein im Manöver geflochtenes Hafenkreuz aus Heidekraut, das längere Zeit am Rathausbalkon hing.
- 21. 9. 1935 Unter großer Beteiligung der Bürgerschaft wurden in Anwesenheit von Vertretern der Partei und Behörden die neuen Kasernen in Bielefeld-Stieghorst ihrer Bestimmung übergeben. Sie waren an den nächsten Sonntagen das Ziel vieler Bielefelder, die die neuen Erziehungsstätten der Jugend mit großem Interesse besichtigten.
- 22. 9. 1935 Auf dem Flugplatz in Windelsbleiche fand das großangelegte erste westdeutsche Flugturnier mit internationaler Besetzung statt.

22. 9. 1935 Die Friseur-Innung feierte ihr fünfzigjähriges Bestehen. Die Stadtverwaltung sprach ihre Glückwünsche aus.
29. 9. 1935 Der Tag des deutschen Volkstums wurde auch in Bielefeld würdig begangen. Der Verein für das Deutschtum im Auslande veranstaltete in Verbindung mit den Grenzland- und Heimatvereinen sowie den Schulen einen farbenprächtigen Festzug, der das Deutschtum aus aller Welt zeigte. Die Festrednerin des Tages war Frau Maria Kahle.
1. 10. 1935 Zum 75jährigen Bestehen der Kochs Adler-Nähmaschinen-Werke konnte die Stadt neben ihrer eigenen auch eine Glückwunschadresse des Regierungspräsidenten übermitteln.
20. 10. 1935 Nachdem der Stab der 6. Infanterie-Division nach Bielefeld verlegt worden war, wurde der Divisionskommandeur Generalmajor Runge mit seinen Offizieren bei einer Rundgebung auf dem Kesselbrink in Anwesenheit von Vertretern der Bewegung und der Behörden vom Oberbürgermeister in Bielefeld herzlich willkommen geheißen. Ein Vorbeimarsch aller Truppen des Standorts beschloß die Feier.
3. 11. 1935 Der Reichsluftschutzbund veranstaltete einen „Tag des Luftschutzes“, bei dem auch eine Fahne geweiht wurde.
6. 11. 1935 Reichsorganisationsleiter Dr. Ley sprach in einer Großkundgebung der Deutschen Arbeitsfront nachmittags auf dem Schillerplatz und abends in der Detker-Halle.
7. 11. 1935 Die ersten auf Grund des Wehrgesetzes eingezogenen Rekruten wurden auf dem Schillerplatz vereidigt. Bei dieser Gelegenheit wurde zum ersten Male die neue Reichskriegsflagge gezeigt.
2. 1. 1936 Der Oberbürgermeister sprach dem Bankdirektor Albert Osthoff, der als Ratsherr und Beirat ehrenamtlich in der Stadtverwaltung tätig ist, aus Anlaß seines fünf- undzwanzigjährigen Berufsjubiläums die Glückwünsche der Stadtverwaltung aus.
24. 1. 1936 Der Olympia-Zug, eine fahrende Ausstellung zur Werbung für die Olympischen Spiele in Berlin 1936 berührte auf seiner Fahrt durch Deutschland auch unsere Stadt. Der Besuch war sehr gut. Dem Führer des Zuges wurde zum Andenken eine Plakette überreicht.
30. 1. 1936 Aus Anlaß der Wiederkehr des Tages der nationalen Erhebung hatten sich die Beamten, Angestellten und Arbeiter zu einer Feierstunde in der festlich geschmückten Turnhalle der Handelslehranstalten eingefunden. Oberbürgermeister Budde hielt eine kurze Ansprache, in der er auf die Bedeutung des Tages hinwies. Gleichzeitig fand die Vereidigung von Beamten und die Überreichung verschiedener Beförderungsurkunden statt.
- Februar 1936 In der Zeit vom 8. bis 23. 2. 1936 wurde in der Ausstellungshalle die „Große Deutsche Luftschutz-Ausstellung“ gezeigt, die gut besucht war und einen vollen Erfolg hatte.
9. 2. 1936 Der große schwedische Forscher Sven Hedin, der Freund Deutschlands, sprach in der Detker-Halle. Er trug sich bei dieser Gelegenheit in das Goldene Buch der Stadt ein.
24. 3. 1936 Anlässlich der einjährigen Wiederkehr des Todestages des Oberbürgermeisters Dr. Prieß wurde der obere Teil der Oststraße in „Prieß-Allee“ umbenannt. Eine geschmackvoll hergestellte Urkunde, die diesen Beschluß der Stadtverwaltung enthält, wurde von einer Abordnung der Stadt unter Führung von Oberbürgermeister Budde am Todestage der Witwe des Verstorbenen in Langendreer überreicht. Die Urkunde hat folgenden Wortlaut:

„Oberbürgermeister Dr. Paul Prieß
zum Gedenken.

24. März 1936

Am 24. März ist ein Jahr verflossen, seitdem unser Oberbürgermeister Dr. Paul Prieß durch eine tödliche Krankheit aus seinem arbeitsreichen Leben gerissen wurde. Über zwei Jahrzehnte hat er in der Bielefelder städtischen Verwaltung an leitender Stelle gestanden und die Entwicklung der Stadt auf den verschiedensten Gebieten mit großer Tatkraft und unendlichem Fleiß gefördert. Seine besondere Liebe wandte er den Schulen zu und hat gerade auf diesem Gebiete Vorbildliches geleistet. In seinen letzten Amtsjahren war es ihm vergönnt, die städtische Verwaltung in den neuen Staat überzuleiten.

Um die Erinnerung an diesen verdienten Leiter der Stadt für alle Zeiten wachzuhalten, soll sein Name mit dem Stadtbild damit verbunden werden, daß der obere Teil der Oststraße von dem Jakobusplatz bis zur Detmolder Straße

„Prieß-Allee“

genannt wird.

Budde.	Schulz.	Heitkamp.
Heidemann.	Falger.	Röhrich.“

Gleichzeitig wurde ein Kranz am Grabe von Dr. Prieß niedergelegt.

März 1936 Der Abschluß des Berichtsjahres stand ganz unter dem Eindruck des Ereignisses vom 7. März 1936. Der Führer verkündete in seiner unvergleichlichen Rede vor dem Reichstag die Wiederbesetzung des Rheinlandes und verband damit sein großzügiges Friedensangebot. Dann gab er seinen Entschluß bekannt, den Reichstag aufzulösen, damit dem deutschen Volk Gelegenheit gegeben sei, sein Urteil abzugeben über seine und seiner Mitarbeiter Führung. Die Volksabstimmung wurde auf den 29. März 1936 angesetzt. In zahlreichen Versammlungen sprachen der Führer und führende Männer der Bewegung zum Volke, überall vom Jubel der Massen begrüßt. Am Vorabend der Volksabstimmung hörte das deutsche Volk am Lautsprecher den Führer in einem letzten Friedensappell an die Welt. Mit dem gemeinsam gesungenen Niederländischen Dankgebet fand die Kundgebung einen erhebenden Abschluß.

Das Ergebnis der Volksabstimmung war ein solch gewaltiges Bekenntnis zum Führer und seiner Regierung, wie es wohl noch kein Volk in der Geschichte abgelegt hat. Auch in Bielefeld stimmten 97,1 % für den Führer, während der Reichsdurchschnitt 98 % betrug.

* * *

In Bielefeld sprachen anlässlich der Wahl am 11. 3. der Staatssekretär im Reichsjustizministerium Dr. Roland Freisler und Gauleiter Dr. Meyer und am 14. 3. 1936 der Gauleiter und Oberpräsident der Provinzen Brandenburg und Grenzmark Posen-Westpreußen Kube.

Zum Abschluß der Wahlkundgebungen in unserer Stadt sprach am 24. 3. 1936 der Stabschef der SA. Luze in der Ausstellungshalle. Anschließend fand ein Vorbeimarsch der SA. und von Formationen der Bewegung vor dem Stabschef statt. Stabschef Luze trug sich später im Rathaus in das Goldene Buch ein.

d) Verwaltungsbücherei.

Die Bücherei verfügte Ende März 1935 über 9671 Bücher. Dazu kamen bis zum Ende der Berichtszeit:

Zeitschriften (gebunden)	137	
Neuanschaffungen	132	
Fortsetzungen	13	
Technische Bücherei des Bauverwaltungsamtes	5	287 Bücher,

so daß die Verwaltungsbücherei am Ende der Berichtszeit über 9958 Bücher verfügte.

Wesentliche Neuerscheinungen wurden beschafft, u. a. wurde die im August 1933 für die Beamten und Angestellten der städtischen Verwaltung eingerichtete kleine Bibliothek nationalsozialistischer Literatur vervollständigt, die recht stark in Anspruch genommen wird.

e) Beschaffungsabteilung.

Die Beschaffungsabteilung, die bisher in dem Gebäude der Kartonnagenfabrik H. Thöne & Co., Paulusstraße 43, untergebracht war, ist mit Beginn des Berichtsjahres — 1. 4. 1935 — in das stadteigene Gebäude „Viktoriastraße 2a“ verlegt worden. Die Unterbringung in unmittelbarer Nähe des Rathauses (das Gebäude steht im Rathausshof) erleichtert die Belieferung der Stadtämter wesentlich.

Die Beschaffungsabteilung hat die Stadtämter und Schulen im Berichtszeitraum in der üblichen

Weise mit den Schreib- und Büromaterialien, Büromaschinen und Büromöbeln und ferner mit den Geräten und Materialien für die Reinigung der städtischen Verwaltungsgebäude versorgt.

Neu hinzugekommen ist im Laufe des Jahres die Beschaffung der Materialien, Geräte und Werkzeuge, die die Schulen für den Unterricht im Segelflugzeugbau gebrauchen.

2. Stadtgebiet, Bevölkerung.

a) Umfang, Straßen und Gebäude.

Die Größe des Stadtgebiets betrug am Schluß des Berichtszeitraums 4681 Hektar 39 Ar 74 Quadratmeter. Die Zahl der vorhandenen Straßen belief sich auf 490. Von den etwa 18 000 Gebäuden waren rund 11 250 Wohnhäuser.

b) Fortgeschriebene Einwohnerzahl nach den An- und Abmeldungen.

Die Zahl der Einwohner Bielefelds betrug am 31. 12. 1934: 122 271.

Zugezogen sind:

683 Familien mit 1790 Personen und 7897 einzelne Personen	=	9 687
Zahl der Geburten — lebend		1 724
Summe des Zugangs		11 411

Verzogen sind:

742 Familien mit 2002 Personen und 7399 einzelne Personen	=	9 401
Zahl der Sterbefälle		1 230
Summe des Abgangs		10 631.

Mithin Zugang 780.

Berichtigte Einwohnerzahl am 31. 12. 1935 . . = 123 051.

Ungemeldet sind 11 169 Personen.

c) Geburten, Eheschließungen, Todesfälle und Todesursachen.

Es wurden beurkundet:

- 1642 (1536) Geburten oder 13,43 (12,69) auf 1000 Einwohner,
- 1158 (1105) Sterbefälle oder 9,48 (9,13) auf 1000 Einwohner,
- 1251 (1482) Eheschließungen oder 10,23 (12,25) auf 1000 Einwohner.

(Alle eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr.)

Die Zahl der Eheschließungen war im Berichtsjahr nicht so groß wie im Vorjahre, aber immerhin noch um 262 bzw. 258 oder rund 26 v. H. größer gegenüber dem Tiefstand der Jahre 1931 und 1932. Die während der Krisenjahre aufgeschobenen Eheschließungen werden nunmehr in der Hauptsache nachgeholt sein; mit den Zahlen des vergangenen Jahres nähern wir uns wieder den Durchschnittszahlen der Vorkriegszeit. Die Geburtenziffer ist erfreulicherweise gegenüber dem Vorjahre weiter gestiegen, und zwar um 106 oder rund 7 v. H. Gegenüber dem Tiefstand des Krisenjahres 1932 beträgt die Zunahme der Geburtenziffer 410 oder rund 33 v. H. Bielefeld zählte im Jahre 1934 zu den Großstädten mit niedrigster Geburtenhäufigkeit und stand neben Dresden und Leipzig an dritter Stelle. Bei einer Einwohnerzahl von rund 67 000 vor 30 Jahren betrug die Geburtenziffer 2106. Diese Zahl umgerechnet nach den jetzigen Einwohner- und Geburtenzahlen, ergibt die interessante aber auch betrübende Feststellung, daß wir im vergangenen Jahr nicht eine Geburtenziffer von 1642, sondern eine von 3825 hätten buchen können, wenn wir dem Lebenswillen unserer Vorfahren treu geblieben wären.

Die Sterblichkeitsziffer war etwas höher als im Vorjahre. 1934 kamen auf 1000 Einwohner im Durchschnitt aller Gemeinden 10,1 Sterbefälle, während in Bielefeld 8,1 Sterbefälle nach der Reichsstatistik zu verzeichnen waren. Hier steht unsere Heimatstadt an unterster Stelle.

Weiteres zu den Geburten:

Unter den Geborenen waren 19 (17) mal Zwillinge. In Krankenhäusern und Privatkliniken wurden 641 (517) Kinder geboren. Von den Müttern wohnten 1454 (1405) in unserer Stadt und außerhalb 188 (131). Unter den Lebendgeborenen waren 872 (775) männlichen und 770 (761) weiblichen Geschlechts, 51 (51) Kinder waren unehelicher Herkunft.

In obiger Geburtenzahl sind nicht die Bielefelder Kinder erfasst, die außerhalb des Stadtbezirks — also auch in Gilead — geboren sind, dagegen enthält sie die hier geborenen Kinder von auswärtigen Müttern. Die Zahlen werden sich ungefähr ausgleichen.

Über die Kinderhäufigkeit in den 1642 Geburtsfällen ergibt sich folgendes:

In	813 (782)	Familien	das	1. Kind,
"	475 (408)	"	"	2. "
"	184 (189)	"	"	3. "
"	97 (80)	"	"	4. "
"	35 (37)	"	"	5. "
"	13 (9)	"	"	6. "
"	7 (11)	"	"	7. "
"	9 (8)	"	"	8. "
"	3 (6)	"	"	9. "
"	2 (2)	"	"	10. "
"	1 (3)	"	"	11. "
"	1 (1)	"	"	12. "

Zu den Sterbefällen:

In den 1158 (1105) Sterbefällen sind 49 (70) Totgeburten enthalten. Weiter wurden 4 (4) Kriegsterbefälle nachträglich beurkundet. Von den Verstorbenen einschließlich Totgeburten waren 546 (575) männlichen, 612 (530) weiblichen Geschlechts. In hiesigen Krankenhäusern starben 448 (449).

Es starben:

	männliche	weibliche
	Personen	
im 1. Lebensjahr	34 (42)	37 (34)
im Alter von 1—20 Jahren	34 (40)	31 (23)
" " " 21—40 "	70 (69)	69 (52)
" " " 41—60 "	131 (139)	118 (96)
" " " 61—80 "	217 (198)	249 (237)
" " " 81—90 "	35 (39)	74 (61)
" " " über 90 "	3 (—)	7 (4)

Die außerhalb des Stadtbezirks verstorbenen Einwohner sind in den genannten Zahlen nicht enthalten, dagegen die im Stadtbezirk verstorbenen auswärtigen Personen. Beide Zahlen werden sich aber auch hier ungefähr ausgleichen.

Die Todesursachen sind in nachstehender Übersicht aufgeführt:

Todesursachen:	männlich	weiblich
Paratyphus und Typhus	—	1
Diphtherie	9	11
Grippe ohne Angabe einer Lungenerkrankung	3	2
Tuberkulose der Atmungsorgane	29	27
Tuberkulose der Hirnsäule und des Zentralnervensystems	—	1
Tuberkulose anderer Organe und Miliartuberkulose	3	5
Übertragbare Genickstarre	3	7
Krebs und andere bösartige Neubildungen	50	76
Akuter fieberhafter Gelenkrheumatismus	1	—
Zuckerkrankheit	3	12
Gehirnschlag und Lähmung ohne nähere Angaben	26	32
Übertrag:	127	174

Todesursachen:	männlich	weiblich
	übertrag: 127	174
Herzkrankheiten	58	86
Bronchitis	9	2
Lungenentzündung	35	19
Darmkatarrh im 1. Jahr	—	1
Blinddarmentzündung	7	4
Nierenentzündung	5	10
Fieberhafte Fehlgeburt	—	2
Sepsis und Starrkrampf im Wochenbett	—	1
Sonstige Zufälle der Schwangerschaft und des Kindbettes	—	3
Frühgeburt	1	4
Angeborene Mißbildungen, Lebensschwäche, Ge- burtsfolgen unter 1 Jahr	27	26
Altersschwäche	19	59
Selbstmord	26	13
Tod durch Unglücksfall	31	9
Plötzlicher Tod und nicht oder ungenau ange- gebene Ursachen	33	30
Alle übrigen Todesursachen ohne Totgeburten	146	142
	<hr/> 524	585
Außerdem Totgeburten	22	27

Zu den Eheschließungen:

Es schlossen 1236 (1477) deutsche Männer und 1237 (1476) deutsche Frauen und 15 (5) Ausländer und 14 (6) Ausländerinnen die Ehe. Die Zahl der Randvermerke über geschiedene und für nichtig erklärte Ehen betrug 90 (80).

Lebensalter der Eheschließenden:

Es heirateten:	Männer	Frauen
bis zu 20 Jahren	9 (10)	90 (91)
von 21 bis 25 Jahren	312 (458)	514 (691)
" 26 " 30 "	544 (602)	417 (467)
" 31 " 40 "	295 (316)	184 (178)
" 41 " 50 "	49 (42)	40 (42)
" 51 " 55 "	19 (19)	5 (9)
" 56 " 60 "	12 (18)	— (2)
" 61 " 65 "	5 (12)	1 (2)
" 66 " 70 "	5 (4)	— (—)
" 71 " 75 "	1 (1)	— (—)
	<hr/> 1251 (1482)	1251 (1482)

Zivilstand der Eheschließenden.

Es heirateten

1080 (1299) ledige Männer	1080 ledige Frauen
14 (4) " "	14 verwitwete Frauen
24 (30) " "	24 geschiedene "
58 (63) verwitwete Männer	58 ledige "
13 (15) " "	13 verwitwete "
8 (12) " "	8 geschiedene "
36 (41) geschiedene Männer	36 ledige "
7 (4) " "	7 verwitwete "
11 (14) " "	11 geschiedene "
<hr/> 1251	<hr/> 1251

d) Zählungen.

Von der statistischen Abteilung wurden folgende Erhebungen durchgeführt:

April — Oktober 1935 = Bodenbenutzungserhebung, verbunden mit einer Vorerhebung und einer Nacherhebung. Nach der Bodenbenutzungserhebung besteht das Stadtgebiet aus:

1890,7	Hektar	Ackerland,
52,4	"	Gärten,
478,3	"	Wiesen und Weiden,
40,7	"	Obstanlagen,
7,8	"	Baumschulen,
293,9	"	Forsten und Holzungen,
52,1	"	Ed- und Unland,
963,4	"	Gebäude- und Hofflächen,
464,9	"	Wegeland und Eisenbahnen,
349,4	"	Friedhöfe und öffentliche Park- anlagen,
15,5	"	Sport- und Übungsplätze,
72,2	"	Gewässer.

Dezember 1935 = Erhebung der Anbauflächen von Wintergetreide, Winterrapz und Winter-
rübsen.

Festgestellt wurde der Anbau von

425,4	Hektar	Winterroggen,
125,5	"	Winterweizen,
111,7	"	Wintergerste,
1,0	"	Winterrübsen.

Januar 1936 = Kassenerhebung an Rindern, Schweinen, Schafen und Ziegen.

Januar — März 1936 = Ermittlung der landwirtschaftlichen, gärtnerischen und forstwirtschaftlichen Betriebe, anschließend: Sondererhebung zur Fortschreibung der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik.

3. Versicherungswesen.

Allgemeines.

Die Angelegenheiten der reichsgesetzlichen Sozialversicherung werden, soweit sie in der Reichsversicherungssordnung geregelt sind, vom Versicherungsamt Bielefeld-Stadt bearbeitet, das als untere Behörde der Reichsversicherung der städtischen Verwaltung angegliedert ist. Umfangreich wie die Reichsversicherungssordnung mit ihren 1800 Paragraphen und vielen Nebengesetzen, Verordnungen, Erlassen und höchstgerichtlichen Entscheidungen ist auch das Arbeitsgebiet des Versicherungsamts. Es umfaßt in der Hauptsache die Betreuung der reichsgesetzlichen Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung im Stadtkreise Bielefeld sowie die Bearbeitung und Regelung aller dem Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde zugewiesenen Versicherungsangelegenheiten. Demgemäß ist das Versicherungsamt Bielefeld-Stadt eingeteilt in die drei Hauptabteilungen: Krankenversicherung, mit den Unterabteilungen Allgemeine Krankenversicherungssachen und Prozeßabteilung, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und Unfallversicherung. Angegliedert ist die bei der Stadt Bielefeld errichtete Quittungskarten-Ausgabestelle der Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Wesentliche Gesetzesänderungen auf dem Gebiet der Sozialversicherung hat das Berichtsjahr nicht gebracht. Die finanzielle Gesundung der Versicherungsträger, Krankenkassen, Landesversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften, machte weitere Fortschritte. Auch hier wirkte sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit durch erhöhten Beitragseingang und erhöhte Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger in günstigem Sinne aus.

Welche Bedeutung die Sozialversicherung für die Stadt Bielefeld und ihre Finanzwirtschaft hat, mag aus folgenden Zahlen entnommen werden:

Im Stadtkreise Bielefeld waren im Jahre 1935 durchschnittlich gegen Krankheit versichert 61 802 Personen. Die Gesamtausgabe der Krankenkassen betrug 4 096 486,— *R.M.* Invaliden- und Hinterbliebenenrenten wurden gezahlt an 5746 Personen mit einer Gesamtsumme von 2 165 171,— Reichsmark, Unfallrenten an 596 Personen mit 260 419,— *R.M.*

Abgesehen davon ist die Sozialversicherung für die Stadtgemeinde und darüber hinaus für

die ganze Volksgemeinschaft von unschätzbarem ideellen Wert. Die größtenteils den minderbemittelten Volkskreisen angehörenden Versicherten fühlen sich und ihre Angehörigen geschützt und geborgen gegenüber den Unglücksfällen des Lebens durch die Leistungen ihrer Versicherung, auf die sie einen Rechtsanspruch haben.

Krankenversicherung.

Die bisher vorhandenen 6 Innungskrankenkassen für den Stadt- und Landkreis Bielefeld sind mit dem 1. Oktober 1935 auf Grund der 6. Verordnung zum Aufbau der Sozialversicherung vom 13. März 1935 zu einer Innungskrankenkasse mit der Bezeichnung „Vereinigte Innungs-krankenkasse Bielefeld“ zusammengelegt worden, wodurch eine erhebliche Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung sowie eine erhöhte Leistungsfähigkeit dieser Kassenart erzielt wurde.

Dasselbe gilt für die Vereinigung der Näherei-Ortskrankenkasse Bielefeld, der Allgemeinen Ortskrankenkasse Bielefeld-Schildesche und der nach der Eingemeindung vom 1. Oktober 1930 zum Stadtkreis Bielefeld gehörenden Teile der Allgemeinen Ortskrankenkassen Brackwede und Heepen mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Stadtkreis Bielefeld, die am 1. Januar 1936 in Kraft trat.

Der Aufsicht des Versicherungsamts Bielefeld-Stadt unterstanden somit am Schlusse des Berichtsjahres noch folgende Krankenkassen:

- 1 Allgemeine Ortskrankenkasse,
- 1 Landkrankenkasse,
- 1 Innungskrankenkasse,
- 20 Betriebskrankenkassen.

Ferner nach Auflösung des Innungskrankenkassenverbandes:

- 1 Krankenkassenverband für den Stadt- und Landkreis Bielefeld, und
- 13 Ersatzkassen (bezüglich der Einziehung und Abführung der Beiträge zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung).

Die Beiräte für die Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen sind nach den Vorschriften des Gesetzes über den Aufbau der Sozialversicherung vom 5. Juli 1934 berufen worden.

Die gesetzliche Rücklage sämtlicher Krankenkassen hat nach der 11. Verordnung zum Aufbau der Sozialversicherung vom 30. November 1935 mindestens eine Zweimonatsausgabe nach dem Durchschnitt der letzten 3 Jahre zu betragen. Bisher war als Rücklagefoll eine Dreimonatsausgabe nach dem Durchschnitt der letzten 3 Jahre vorgeschrieben.

Für die Aufstellung der Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der Krankenkassen sind nach der 2. Verordnung über die Rechnungsführung in der Krankenversicherung vom 16. Januar 1935 neue Vorschriften herausgegeben worden. Hierdurch wurde u. a. die Buchführung der Krankenkassen an die kaufmännische Buchführung angeglichen.

Nach der bereits in den Vorjahren erfolgten Angleichung der Befoldung der Krankenkassenangestellten an die Befoldungsgruppen der Reichsbeamten wurde im Berichtsjahre noch die Nachprüfung des Befoldungsdienstalters dieser Angestellten nach dem Erlaß des Preussischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit vom 20. Januar 1934 vorgenommen. Die entsprechenden Anträge liegen der Aufsichtsbehörde vor.

Durch die 12. Verordnung zum Aufbau der Sozialversicherung vom 24. Dezember 1935 ist nunmehr den Versicherungsämtern auch die Aufsicht über die Ersatzkassen der Arbeiter sowie die Rechtsprechung aus dem Versicherungsvertrage mit Ersatzkassen aller Art, für die bisher die ordentlichen Gerichte zuständig waren, übertragen worden.

An Streitsachen wurden im Berichtsjahre 59 anhängig gemacht, die sich auf die Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung verteilen. Der Grundsatz, Streitfälle möglichst schon vor der förmlichen Verhandlung und Entscheidung durch Belehrung der Versicherten oder durch Rücksprache mit den Krankenkassen aus der Welt zu schaffen, hat sich auch im vergangenen Jahre bewährt.

Invalidenversicherung.

Auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung hat das Versicherungsamt die Renten- und Heilverfahrenanträge der Versicherten oder ihrer Angehörigen entgegenzunehmen

und als örtliche Hilfsstelle der Landesversicherungsanstalten zu bearbeiten. Diese Bearbeitung, die nach dem Gesetz (§ 1618 der Reichsversicherungsordnung) unter Umständen auch eine förmliche Begutachtung der Rentenanträge durch das Versicherungsamt vorsieht, ist wesentlich vereinfacht worden und beschränkt sich in der Regel auf die Einholung der ärztlichen Gutachten und die oft umfangreichen Feststellungen bei Gefährdung der Rentenanprüche infolge Erlöschens der Anwartschaft sowie auf die Verhandlungen mit den Versicherten über die Zurücknahme der ausfallslosen Rentenanträge. Die Entscheidung über alle Renten- und Heilverfahrenanträge der Invalidenversicherung hat in jedem Falle die Landesversicherungsanstalt als Versicherungsträger. Gegen ihre Entscheidungen, die im Feststellungsverfahren nach §§ 1613 ff. der Reichsversicherungsordnung ergehen, haben die Versicherten, soweit es sich um Rentenansprüche handelt, das Rechtsmittel der Berufung an das Oberversicherungsamt und unter Umständen der Revision an das Reichsversicherungsamt in Berlin, wobei das Versicherungsamt den in der Regel gesetzesunkundigen Versicherten mit Rat und Tat zur Seite steht.

Gleichwohl ist es auch im Berichtsjahre wiederholt vorgekommen, daß eine Anzahl von Rentenansprüchen nicht mehr gerettet werden konnte, weil die Anwartschaft der Versicherten infolge Nichtbeachtung der schwierigen gesetzlichen Bestimmungen des Anwartschaftsrechtes der Invalidenversicherung verloren ging, ohne daß die Versicherten rechtzeitig davon etwas merkten oder Kenntnis erhielten.

Zwei bezeichnende Fälle dieser Art, in denen die Rentenbewerber noch dazu von der Quittungskarten-Ausgabestelle eine falsche Auskunft erhalten hatten, würden der Landesversicherungsanstalt Westfalen in Münster übersandt mit dem Anheimgen, beim Gesetzgeber eine einfachere und klarere Gestaltung des Anwartschaftsrechtes der Invalidenversicherung anzuregen, etwa in dem Sinne, daß als Anwartschaftszeitraum, ähnlich wie in der Angestelltenversicherung, das Kalenderjahr zu gelten hat, für das dann mindestens 10 Beitragswochen nachgewiesen werden müssen. Außerdem wurde vorgeschlagen, die Versicherten sofort nach Eingang der nicht genügend belebten Quittungskarten bei der Landesversicherungsanstalt von der Gefährdung ihrer Anwartschaft in Kenntnis zu setzen. Eine kurze Darstellung des jetzt geltenden Anwartschaftsrechtes wurde in den hiesigen Tageszeitungen veröffentlicht. Zudem wurde den häufig ratsuchenden Versicherten eingehend Auskunft erteilt. Dasselbe geschah bei den Versicherten der Angestelltenversicherung, soweit sie nicht an den Überwachungs- und Auskunftsbeamten der Angestelltenversicherung verwiesen werden mußten, der an jedem Sonnabend von 9 bis 11 Uhr vormittags in den Räumen des Versicherungsamts seine Sprechstunden abhält.

Die Zahl der im Berichtsjahre aufgenommenen Rentenanträge der Invalidenversicherung betrug 1034, die Zahl der Heilverfahrenanträge 625. Dazu kommen 88 Rentenanträge der Angestelltenversicherung und 259 Rentenüberweisungsanträge der hiesigen städtischen Fürsorgeämter, die in der Hauptsache an die Landesversicherungsanstalt Westfalen weitergegeben wurden.

Unfallversicherung.

Bezüglich des Aufgabengebietes der Unfallversicherungsabteilung des Versicherungsamts wird auf den Geschäftsbericht für das Jahr 1934 verwiesen, da hier keine wesentlichen Änderungen eingetreten sind. Im Berichtsjahre sind 1601 Betriebsunfälle angezeigt worden, das ist gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von 205 Unfällen. Die Zunahme ist auch in diesem Jahre auf das weitere Ansteigen der Beschäftigtenziffer zurückzuführen. Die Untersuchungstermine betragen 468 gegenüber 383 im Vorjahr. Gewerbliche Berufskrankheiten wurden 36 gemeldet.

Die Beaufsichtigung der kleineren Versicherungsvereine nach dem Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen vom 6. Juli 1931 ist gegen das Vorjahr nicht erweitert worden. Bei der bisherigen Zahl der Kranken- und Sterbeunterstützungskassen sowie Sachversicherungen (8) ist es geblieben. Vielleicht werden noch 20 Versicherungsunternehmungen hinzukommen.

Quittungskarten-Ausgabestelle.

Im Berichtsjahre wurden insgesamt 1048 Quittungskarten Nr. 1 der Invalidenversicherung neu ausgestellt und 3967 Quittungskarten umgetauscht, ferner 1304 Versicherungskarten Nr. 1 der Angestelltenversicherung neu ausgestellt und 2838 Versicherungskarten umgetauscht. Eine Zunahme gegenüber dem Vorjahre ist nicht zu verzeichnen, weil die wieder in Arbeit gekommenen Versicherten ihre Quittungskarten bei den Krankenkassen umtauschen.

4. Grundbesitz.

a) Bodenwirtschaft.

Erwerb:

Der am 1. 4. 1935 ausschließlich der rund 286 Hektar umfassenden öffentlichen Anlagen, Straßen und Wegeflächen 1509 Hektar 76 Ar große städtische Grundbesitz konnte im Berichtsjahr um 29 Hektar 46 Ar 00 Quadratmeter vergrößert werden. Im einzelnen wurden durch Kauf erworben:

1. 1848 Quadratmeter von dem Fabrikanten Gaese und der Ehefrau Fortmann für Zwecke des Betriebsamtes,
2. 41 392 Quadratmeter von der Witwe Flaßbeck gt. Hunger am alten Bürgerwege,
3. 2589 Quadratmeter von der Gemeinde Theesen und dem Schulverbande Theesen an der Töllenbecker Straße,
4. 40 783 Quadratmeter von der fr. Firma Gunst & Co. an der Töllenbecker Straße,
5. 2601 Quadratmeter von der Konzentrations=A.-G. an der Hauptstraße,
6. 887 Quadratmeter von dem Bauass. i. R. Weber an der Primelstraße vor dem Ostbahnhof,
7. 20 828 Quadratmeter von der Witwe Vinde, Sportplatzgrundstück an der Engerschen Straße in Bielefeld-Schildesche,
8. 36 848 Quadratmeter von den Erben Schaefer an der Schlangenstraße,
9. 125 215 Quadratmeter von dem Bauern Westerheide gt. Kottmann an der Voltmannstraße,
10. 6466 Quadratmeter von den Gebr. Klare an der Sparenberg=Promenade und am Paderborner Weg,
11. 71 104 Quadratmeter von der Firma Windel für die Anlage von Schießständen in der Senne, davon 21 582 Quadratmeter im Wege des Tausches schlicht um schlicht,
12. 272 Quadratmeter von dem Fabrikarbeiter Kottmann für die Regulierung des Lutterbaches,
13. 1596 Quadratmeter von dem Landwirt Diekmann für die Schießstände in der Senne.

Verkauf und sonstiger Abgang.

Im Berichtsjahre konnten in 15 Fällen Baulustigen vom städtischen Grundbesitz Baupläze in Größe von zusammen 10 811 Quadratmetern verkauft werden.

Im Wege des Austausch ist ein Abgang an städtischem Grundbesitz in Größe von 21 885 Quadratmetern zu verzeichnen, wovon rund 2 Hektar auf den Grundstücksaustrausch mit der Firma Windel und dem Bauern Diekmann in Senne II entfallen.

Dem Reichsfiskus wurde ferner an der Ravensberger Straße das Gelände der Schrebergartenkolonie „Ravensberg“ in Größe von rund 1 Hektar für den nach Bielefeld zu verlegenden Divisionsstab zur Verfügung gestellt. Außerdem wurde dem Reichsfiskus für die Errichtung weiterer reichseigener Unterkunftsräume für Nachrichtentruppen an der Oldentrupper, jetzt Lange-markstraße, ein etwa $8\frac{3}{4}$ Hektar großes Gelände übereignet.

Grundstücksbestand:

Ohne Straßen-, Wege- und Anlagenflächen umfaßt der städtische Grundbesitz am Ende des Berichtsjahres 1539 Hektar, 22 Ar, 22 Quadratmeter und dient folgenden Zwecken:

Verwaltungswesen	3 Hektar	49 Ar	22 Quadratmeter
Bildungsanstalten	18 "	47 "	82 "
Gebäude für Kunst und Wissenschaft	1 "	42 "	46 "
Anstalten für Gesundheits- und Wohlfahrtspflege	21 "	44 "	12 "
Marktanlagen	4 "	53 "	75 "
Straßenreinigung, =Sprengung und Müllabfuhr	— "	79 "	33 "
Stadtentwässerung	105 "	96 "	58 "
Feuerlöschwesen	— "	21 "	01 "
Friedhöfe	76 "	93 "	91 "
Park- und Schmuckanlagen	63 "	20 "	11 "
Waldungen rd.	233 "	— "	— "

Wasserwerk einschl. rd. 130 Hektar Waldbestand	480	Hektar	93	Ar	50	Quadratmeter
Gaswerk	4	"	39	"	88	"
Elektrizitätswerk	2	"	03	"	97	"
Straßenbahn	3	"	44	"	77	"
Kraftwagenbetrieb	—	"	77	"	93	"
Gemeinschaftsanlagen des Gas- und Elektrizitätswerks, der Straßenbahn und des Kraftwagenbetriebs	2	"	36	"	89	"
Nutzbare Grundstücke einschl. rd. 56 Hektar Waldbestand	515	"	76	"	97	"
Vom Gesamtbesitz liegen außerhalb des Stadtgebietes rd.	1113	"	86	"	—	"

b) Siedlungswesen.

Im Berichtsjahre wurden von dem Bauern Westerheide gt. Kottmann die nördlich der Voltmannstraße in Bielefeld liegenden Teile seines Erbhofes in einer Größe von 12,50 Hektar erworben, um darauf etwa 75 vorstädtische Kleinsiedlerstellen zu errichten.

Mit dem Bau dieser Siedlung, die in zwei Bauabschnitten geplant ist, konnte im Berichtsjahre nicht mehr begonnen werden, z. T. aus dem Grunde, weil die Genehmigung des Auerberger Gerichts erst nach langwierigen Verhandlungen erteilt wurde.

Ferner wurde das 3,68 Hektar umfassende Grundstück der Erben Schaefer an der Schlangenstrasse erworben. Dort sollen 32 Eigenheime mit größtenteils je einer Einliegerwohnung errichtet werden, sobald die Finanzierung geregelt ist und die sonstigen Vorbedingungen erfüllt sind.

5. Finanz- und Rassenwesen.

a) Haushaltsplan und Rechnungsabluß.

Der wirtschaftliche Aufstieg in den Jahren 1933 und 1934 bewirkte neben einem starken Rückgang der Wohlfahrtslasten ein reichlicheres Fließen der Steuerquellen. Immerhin konnte trotz dieser günstigen Entwicklung und sparsamster Bemessung der Ausgabenansätze der Haushaltsplan 1935 noch nicht ausgeglichen werden. Infolge der Vorbelastung mit dem aus den Jahren 1929 bis 1932 verbliebenen Restfehlbetrag von 2 163 595 *R.M.* ergab sich anschlagsmäßig ein ungedeckter Fehlbedarf von 1 445 990 *R.M.*

Die nächstehende Gegenüberstellung zeigt, wie sich die Haushaltswirtschaft im Laufe des Rechnungsjahres im Vergleich zum Haushaltsplan tatsächlich gestaltet hat.

Ordentlicher Haushaltsplan einschließlich der Nachträge.

Gruppe	Bezeichnung	Einnahme <i>R.M.</i>	Ausgabe <i>R.M.</i>	Überschuß <i>R.M.</i>	Zuschuß <i>R.M.</i>	
A	Allgemeine Verwaltung	410 220	668 380	—	258 160	
B	Polizeiverwaltung	620 700	1 382 437	—	761 737	
C	Bauwesen	285 300	1 297 686	—	1 012 386	
D	Schulwesen	1 269 950	3 466 700	—	2 196 750	
E	Kunst und Wissenschaft	402 900	945 950	—	543 050	
F	Wohlfahrtswesen	2 168 350	6 013 127	—	3 844 777	
G	Öffentliche Anstalten	1 256 375	1 702 350	—	445 975	
H	Selbständige Betriebe und Unternehmungen	3 149 419	1 249 419	1 900 000	—	
I	Finanzwesen	13 066 139	7 349 294	8 131 200	2 414 355	
Sa.:		22 629 353	24 075 343	10 031 200	11 477 190	
					Ab Überschuß:	10 031 200
					Fehlbedarf:	1 445 990

Dieser Fehlbedarf verminderte sich jedoch bereits auf Grund des günstigen Rechnungsabchlusses 1934 um 587 844 *R.M.*, so daß nur noch ein Fehlbedarf von 858 146 *R.M.* verblieb.

Rechnungsabluß.

Gruppe	Bezeichnung	Einnahme	Ausgabe	Überschuß	Zufuß
		<i>R.M.</i>	<i>R.M.</i>	<i>R.M.</i>	<i>R.M.</i>
A	Allgemeine Verwaltung	402 382,94	646 430,84	—	244 047,90
B	Polizeiverwaltung	672 716,63	1 372 000,94	—	699 284,31
C	Bauwesen	300 816,72	1 271 432,20	—	970 615,48
D	Schulwesen	1 288 404,96	3 352 728,50	—	2 064 323,54
E	Kunst und Wissenschaft	364 665,73	971 986,69	—	607 320,96
F	Wohlfahrtswesen	2 344 035,64	5 932 075,10	—	3 588 039,46
G	Öffentliche Anstalten	1 319 624,94	1 729 013,62	—	409 388,68
H	Selbständige Betriebe und Unternehmungen	3 258 872,15	1 353 407,63	1 905 464,52	—
I	Finanzwesen	14 860 427,11	6 823 295,66	9 850 986,44	1 813 854,99
	Sa.:	24 811 946,82	23 452 371,18	11 756 450,96	10 396 875,32
	Ab Ausgabe:	23 452 371,18	Zufuß:	10 396 875,32	
	Bleibt Überschuß:	1 359 575,64		1 359 575,64	

Gegenüber dem Haushaltsplan ist mithin eine Verbesserung um 2 217 721,64 *R.M.* eingetreten.

Der vorstehende Überschuß von 1 359 575,64 *R.M.* ist zunächst in der Rechnung 1936 vereinnahmt und auf Grund einer Nachtragshaushaltsfassung in folgender Weise den Rücklagen zugeführt worden:

Betriebsmittelrücklage	500 000,— <i>R.M.</i>
Allgemeine Ausgleichsrücklage	100 000,— <i>R.M.</i>
Ruhegehaltsausgleichsrücklage	100 000,— <i>R.M.</i>
Baufammelrücklage	259 575,64 <i>R.M.</i>
Straßenbaurücklage	50 000,— <i>R.M.</i>
Grunderwerbsrücklage	250 000,— <i>R.M.</i>
Rücklage zur Förderung des Kleinwohnungsbaues	100 000,— <i>R.M.</i>

Sa. 1 359 575,64 *R.M.*

Hierdurch konnte bereits in einem beträchtlichen Ausmaße den Vorschriften der Rücklagenverordnung vom 5. Mai 1936 nachgekommen werden. Durch die Ansammlung von Rücklagen ist es der Stadt möglich, ihren künftigen außerordentlichen Ausgabebedarf im Sinne der Rücklagenverordnung ohne Neuverschuldung zu bestreiten.

Das günstige Rechnungsergebnis ist neben einer Verminderung der Ausgaben bei fast allen Haushalten vorwiegend durch Mehreinnahmen an Steuern erzielt worden. Die Einnahmen des Steuerhaushaltes übersteigen den Voranschlag um 1 721 363 *R.M.*, wovon rund 1 058 000 *R.M.* auf die Realsteuern entfallen. Die Bürgersteuer erbrachte trotz der am 1. Januar 1936 eingetretenen Senkung von 500 auf 250 v. H. des Reichsmaßes ein Mehr von rund 129 000 *R.M.*

An Steuerüberweisungen erhielt die Stadt:

	<i>R.M.</i>	Vorjahr <i>R.M.</i>
Einkommensteuer	1 192 271	(1 530 835)
Körperschaftsteuer:		
a) Anteile	159 282	(182 393)
b) Städtische Betriebswerke	996 924	(—)
Umsatzsteuer	433 771	(433 916)
Hauszinssteuer	277 614	(586 695)
Kraftfahrzeugsteuer	26 027	(14 562)
	3 085 889	(2 748 401)

In den vorjährigen Überweisungen an Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer waren Sonderauschüttungen im Gesamtbetrage von 615 431 *R.M.* enthalten.

Die Körperschaftsteuer der stadteigenen Werke fließt nach dem Steueranpassungsgesetz vom 16. 10. 1934 jetzt der Stadt zu.

Die Städtischen Betriebswerke lieferten im Rechnungsjahr 1935 an den Kämmereihaushalt ab:

Gewinne und Nebabgaben	1 905 465	<i>R.M.</i>
Gehaltserparnisse	162 240	„
Verwaltungskostenbeiträge	30 000	„
Beitrag zu den Kosten der Straßenunterhaltung u. Straßenreinigung	49 400	„
Der Wert der unentgeltlich gestellten Straßenbeleuchtung betrug	310 000	„
Gesamtleistung:	2 457 105	<i>R.M.</i>

b) Abschluß der sonstigen von der Stadthauptkasse geführten Rechnungen.

Bezeichnung	Einnahme <i>R.M.</i>	Ausgabe <i>R.M.</i>	Bestand <i>R.M.</i>	Vorschuß <i>R.M.</i>
Außerordentlicher Haushalt	1 879 431,24	1 850 664,71	28 766,53	—
Nebenrechnungen:				
Verwahrungsrechnung	19 226 859,96	19 219 956,62	6 903,34	—
Vorschußrechnung	430 460,27	575 786,74	—	145 326,47
Fondsrechnung	5 513 589,15	2 450 988,48	3 062 600,67	—
Stadtschuldbuch und Anleihekonten	924 398,55	187 912,01	736 486,54	—
Verrechnungshaushalt	8 632 826,38	8 632 826,38	—	—
Fremde Rechnungen:				
Bansi-Stiftung	17,60	17,60	—	—
Uppmann-Stift	13 753,90	13 753,90	—	—
Wilhelm-Augusta-Stift	30 656,75	30 656,75	—	—
Kindermann-Stift	11 266,54	11 266,54	—	—
Walderholungsstätte	3 175,67	3 175,67	—	—
Verwaltungsschule Minden-Ravensberg	31 606,06	31 606,06	—	—
	36 698 042,07	33 008 611,46	3 834 757,08	145 326,47
		Ab Vorschuß:	145 326,47	
		Bleibt Bestand:	3 689 430,61	

Die Ausgaben der außerordentlichen Rechnung 1935 verteilen sich auf nachstehende Verwendungszwecke:

1) Straßenbau und -beleuchtung	130 729,79	<i>R.M.</i>
2) Parkplätze	37 880,10	„
3) Kanalbau und -anschlüsse	80 116,78	„
4) Wohnungsbau und -siedlung	107 433,99	„
5) Aus- und Erweiterungsbau von Schulen	13 004,03	„
6) Sonstige Bauausführungen	19 250,—	„
7) Anschaffung von Maschinen usw.	12 449,60	„
8) Darlehen für verschiedene Zwecke	55 287,75	„
9) Grundstückserwerb und -erschließung	330 814,55	„
10) Schuldentilgung	866 630,08	„
11) Zuführung an Rücklagen	178 176,44	„
12) Verschiedenes	18 891,60	„
	1 850 664,71	<i>R.M.</i>

Die nach 1936 übernommenen Bestände sind zu verwenden:

a) für Straßenbau	22 290,46	<i>R.M.</i>
b) für Kanalbau	6 476,07	„
	28 766,53	„
Sa.	1 879 431,24	<i>R.M.</i>

Als Deckungsmittel sind vereinnahmt:

1) Entnahme aus Rücklagen	1 141 731,21	<i>R.M.</i>
2) Straßenanliegerbeiträge	142 341,99	"
3) Anleihebestände	262 115,63	"
4) Grundstückserlöse	136 224,69	"
5) Leistungen Dritter	125 150,18	"
6) Mittel der laufenden Rechnung	38 399,25	"
7) Hauszinssteuerhypotheken	22 322,90	"
8) Sonstige öffentliche Mittel	11 145,39	"
	<u>Sa. 1 879 431,24</u>	<i>R.M.</i>

Die Fondsrechnung wird vom Rechnungsjahr 1936 ab als Rücklagenrechnung bezeichnet.

Der Verein Walderholungsstätte ist mit Abschluß des Rechnungsjahres 1935 aufgelöst, weshalb die Rechnung 1936 nicht mehr weitergeführt wird. Das Vermögen geht auf die Stadt Bielefeld über.

Der Gesamtumsatz der Stadthauptkasse im Rechnungsjahr 1935 betrug 82 232 890,20 *R.M.* Von der städtischen Steuerkasse wurden an Steuern, Abgaben und Schulgeldern 12 749 693,52 *R.M.* erhoben, davon 3 273 187,13 *R.M.* für den Staat, 559 047,39 *R.M.* Anleihe für das Reich aus der 25prozentigen Hauszinssteuerentkung und 76 104,70 *R.M.* auf Ersuchen anderer Stellen.

c) Vermögens- und Schuldenübersicht (31. 3. 1936).

Vermögen.

Lfd. Nr.	Vermögensart	Wert am 1. 4. 35 <i>R.M.</i>	Zugang <i>R.M.</i>	Abgang <i>R.M.</i>	Wert am 31. 3. 36 <i>R.M.</i>	Be-merkungen
1	Grundstücke und Gebäude	43 852 974	665 859	189 628	44 329 205	
2	Maschinen, Inventar und Vorräte	19 375 496	35 633	460 614	18 950 515	
3	Beteiligungen	71 695	—	93	71 602	
4	Hauszinssteuerhypotheken aus gemeindlichen Aufkommen ohne die für stadteigene Bauten	8 955 607	—	83 901	8 871 706	
5	Hauszinssteuerhypotheken aus Mitteln des staatlichen Wohnungsfürsorgefonds ohne die für stadteigene Bauten	3 120 966	—	19 209	3 101 757	
6	Sonstige Forderungen an Hypotheken, Restkaufgeldern usw.	3 869 045	—	172 550	3 696 495	
7	Kassen- und Bankbestände	1 855 259	175 609	—	2 030 868	
8	Anleihe und Fondsbestände	3 681 446	842 787	720 488	3 803 745	
9	Wertpapiere	54 885	500	24 328	31 057	
10	Sonstige Forderungen, Einnahmereste u. Rechnungsabgrenzungsposten	1 429 873	24 721	82 928	1 371 666	
	<u>Sa.</u>	<u>86 267 246</u>	<u>1 745 109</u>	<u>1 753 739</u>	<u>86 258 616</u>	

Von dem Gesamtvermögen von 86 258 616 *R.M.*
entfallen auf:

A	Verwaltungsvermögen	24 182 879	
B	Finanzvermögen	38 872 892	
C	Werkvermögen	<u>23 202 845</u>	86 258 616 <i>R.M.</i>

Schulden.

Lfd. Nr.	Schuldenart	Schuld am 1.4.35 <i>R.M.</i>	Zugang <i>R.M.</i>	Abgang <i>R.M.</i>	Schuld am 31.3.36 <i>R.M.</i>	Be-merkungen
1	Anteile an Sammelanleihe u. dgl.	8 892 642	—	238 865	8 653 777	
2	Umschuldungsdarlehen	2 379 600	—	—	2 379 600	
3	Sonstige langfristige Tilgungs- darlehen	7 062 564	—	219 115	6 843 449	
4	Langfristige Tilgungsdarlehen ohne Tilgung	504 364	—	—	504 364	
5	Darlehen aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds	3 315 119	—	20 982	3 294 137	
6	Sonstige Darlehen aus öffent- lichen Mitteln	4 233 830	—	755 149	3 478 681	
7	Sonstige seit 1. 4. 1924 aufge- nommene Darlehen	1 199 431	—	161 927	1 037 504	
8	Hypotheken und Restkaufgelder .	1 365 052	268 000	171 233	1 461 819	
9	Ablösungs- und Aufwertungs- darlehen	2 113 671	—	119 460	1 994 211	
	Summe 1—9	31 066 273	268 000	1 686 731	29 647 542	Mehrabgang 1 418 731
10	Laufende Verbindlichkeiten der Betriebe und einbehaltene Ge- haltsanteile	1 037 131	43 497	10 244	1 070 384	
11	Fehlbetrag des ordentlichen Haushalts	1 575 751	—	1 575 751	—	
12	Rechnungsabgrenzungsposten .	53 725	—	15 981	37 744	
13	Reinvermögen	52 534 366	2 968 580	—	55 502 946	
14	Bürgschaften 1934: 2 660 237 1935: 2 605 565	—	—	—	—	
	Sa.	86 267 246	3 280 077	3 288 707	86 258 616	

Der Abgang von 3 288 707 *R.M.*
verteilt sich auf:

- a) ordentliche Tilgung mit 868 269 *R.M.*
 - b) außerordentliche Tilgung mit 818 462 "
 - c) Fehlbetrag des ordentl. Haushalts mit 1 575 751 "
 - d) sonstige Abgänge mit 26 225 "
- 3 288 707 *R.M.*

Von der unter Nr. 1 bis 9 aufgeführten Gesamtschuld am 31. 3. 1936 entfallen auf:

		<i>R.M.</i>	Aufwand für Verzinsung im Rechnungs- jahr 1935
a	die städtischen Betriebswerke	6 018 652	403 232
b	Trägerschaftsdarlehen und sonstige als Hauszinssteuer- und Woh- nungsbauhypotheken weitergeleitete Darlehensmittel	5 627 120	129 594
c	Anleihen, deren Verzinsung und Tilgung aus den Einnahmen der betr. Verwaltungs- und Betriebszweige geleistet wird	10 221 695	518 960
d	Anleihen, die aus Steuermitteln zu verzinsen und zu tilgen sind .	7 780 075	552 728
	Sa.	29 647 542	1 604 514
	Der Bestand des Schuldentilgungsfonds betrug am Schlusse des Rechnungsjahres 1935	979 521	
	Es verbleibt mithin eine ungedeckte Schuld von	28 668 021	

In dem Zinsaufwand ist die auf Grund der Zinssenkungsgesetze vom 24. Januar und 27. Februar 1935 an die Gläubiger geleistete einmalige Entschädigung von 201 169,16 *R.M.* enthalten. Von der Zinssenkung wurde ein Kapital von 9 542 442,— *R.M.* erfaßt.

6. Steuern und Abgaben.

Eine Änderung in der Einziehung der Steuern und Ablieferung der Staatssteuern an die staatliche Kreiskasse ist für 1935 gegenüber dem Rechnungsjahr 1934 nicht eingetreten.

Für den Staat wurden eingezogen:

die Hauszinssteuer,
die staatliche Steuer vom Grundvermögen
und der Zuschlag zur staatlichen Steuer vom Grundvermögen.

a) Steuer vom Grundvermögen.

Als Gemeindezuschläge zur staatlichen Steuer vom Grundvermögen wurden im Vorjahre
260 v. H. vom landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Grundbesitz,
290 v. H. vom bebauten Besitz (Althausbesitz, bis 31. 3. 1924 bezugsfertig),
145 v. H. vom bebauten Besitz (Neuhäusbesitz, 1924 bis 1931 bezugsfertig geworden)
erhoben.

Die in der Zeit von 1931 bis 1934 fertiggestellten Neubauten blieben auch weiterhin staats- und gemeindesteuerfrei. Die nach dem 1. 4. 1934 bezugsfertig hergestellten Neubauten sind von der staatlichen Grundsteuer vollständig befreit und wurden zur Gemeindesteuer nur zur Hälfte herangezogen, für die Grundstücksfläche auch in dem Jahre, in welchem das darauf errichtete Gebäude bezugsfertig wird.

Die den Kriegsbeschädigten ab 1. 10. 1934 gewährte Steuererleichterung, sofern ihnen eine Kapitalabfindung zugebilligt wurde, blieb auch für das Rechnungsjahr 1935 bestehen.

Die Zahl der Grundsteuerpflichtigen ist infolge der regen Bautätigkeit auf 12 300 gestiegen.

Das Aufkommen an Gemeindegroßsteuer hat 2 238 020,— *R.M.* betragen.

b) Gewerbesteuer.

Für die Veranlagung der Gewerbesteuer 1935 gilt die Gewerbesteuerverordnung vom 23. November 1923, welche durch Verordnung bzw. Gesetz vom 23. 3. 1926, 6. 5. 1926, 8. 3. 1927, 17. 2. 1928, 8. 5. 1929, 17. 4. 1930, 16. 3. 1931, 12. 1. 1932, 24. 3. 1934 und 22. 12. 1934 ergänzt bzw. verlängert worden ist.

Bisher wurde die Veranlagung der Gewerbesteuer von dem Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses und dem Gewerbesteuerausschuß vorgenommen. Vom 1. 1. 1935 ab hat der Gewerbesteuerausschuß nur noch beratende Tätigkeit auszuüben. Auf die Bildung der Gewerbesteuerausschüsse, die Stellung seiner Mitglieder und das Verfahren finden nunmehr die §§ 34 bis 38 der *AWO.* Anwendung.

Durch die Verordnungen über die Regelung der Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1930 vom 12. 4. 1930 und vom 16. 3. 1931 konnte der Gewerbeertrag um die Fehlbeträge der beiden vorangegangenen Rechnungsjahre, also von 1929 ab, gekürzt werden. Diese Bestimmung ist durch § 12 des Gesetzes über die Regelung der Gewerbesteuer für 1935 vom 12. 12. 1934 nunmehr aufgehoben.

Die Veranlagung zur Gewerbesteuer erfolgt nach dem Ertrage und dem Kapital. Bei der Feststellung des steuerbaren Gewerbeertrages sind für die persönlichen Arbeiten und Dienste des oder der Geschäftsinhaber (Gesellschafter) insgesamt 1500,— *R.M.*, bei den freien Berufen 6000,— Reichsmark abgesetzt worden. Zu den freien Berufen gehören Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Rechtsanwälte, Patentanwälte, Verwaltungsrechtsräte, Architekten, Künstler, Wissenschaftler, Schrift-

steller und seit 1934 gemäß Gesetz über dringende Finanzmaßnahmen vom 17. 3. 1934 auch die öffentlich bestellten Wirtschaftsprüfer.

Bei der Berechnung der Gewerkekapitalsteuer ist der Einheitswert des gewerblichen Betriebsvermögens um ein Fünftel herabzusetzen, sofern diese Ermäßigung nicht bereits im Vorjahre eingetreten ist und sofern der letzte Feststellungszeitpunkt vor dem 1. Juli 1932 liegt. An Gewerbebetrieben waren im Jahre 1935 vorhanden: 8056.

	Ertragssteuer	Kapitalsteuer
davon veranlagt zur	5260	1899
steuerfrei veranlagt	2796	5796
eingelegte Einsprüche	212	35
An Stundungsgesuchen wurden bearbeitet		
insgesamt		789.

Die Steuergrundbeträge sind errechnet:

nach dem Ertrage:

von den ersten	1500 <i>R.M.</i>	$\frac{1}{2}$ v. H.
von den weiteren	1200 <i>R.M.</i>	1 v. H.
von den weiteren	1200 <i>R.M.</i>	$1\frac{1}{2}$ v. H.
von dem Rest		2 v. H.

nach dem Kapital:

von den ersten 12 000 <i>R.M.</i>	$\frac{1}{2}$ v. H.
von dem Rest	$\frac{2}{3}$ v. H.

Die Lohnsummensteuer wird in Bielefeld nicht erhoben.

An Gemeindezuschlägen zur Gewerbesteuer wurden erhoben:

nach dem Ertrage:

500 v. H. + 26 v. H. für Ablösung der Berufsschulbeiträge,

nach dem Kapital:

1000 v. H. + 50 v. H. für Ablösung der Berufsschulbeiträge

von den Steuergrundbeträgen.

Für Filialbetriebe waren die Sätze $\frac{1}{5}$ höher.

Das Gesamtaufkommen an Gewerbesteuer für 1935 hat 3 310 045,55 *R.M.* betragen.

c) Schullasten-Ausgleich.

Der Verpflichtung der Betriebsgemeinden zur Ablösung der ihnen gemäß § 52 der Gewerbesteuerverordnung für den Schullasten-Ausgleich obliegenden Leistungen an Wohngemeinden für die außerhalb wohnenden Arbeitnehmer ist die Stadt Bielefeld nachgekommen. Soweit die Gemeinden des Landkreises Bielefeld in Frage kommen, ist diese Verpflichtung durch Zahlung einer vereinbarten Pauschale von 80 000,— *R.M.* abgelöst. An sonstige Wohngemeinden sind insgesamt 13 307,91 *R.M.* gezahlt.

d) Wanderlagersteuer.

Es waren im Jahre 1935 400 v. H. zu den staatlichen Sätzen von 60,— *R.M.* je Woche und von 30,— *R.M.* bzw. 60,— *R.M.* für jede beschäftigte Person festgesetzt. Im Berichtsjahre 1935 haben Wanderlager bzw. Wanderauktionen nicht stattgefunden.

e) Grunderwerbsteuer.

Durch Ministerialerlaß vom 10. August 1925 wurde die Erhebung einer Grunderwerbsteuer von 3 v. H. des Erwerbspreises bzw. des Einheitswertes durch das Reich angeordnet. Als Gemeindezuschläge wurden 4 v. H. erhoben. Vom 1. April 1927 ab dürfen die Gemeinden nur 2 v. H. Zuschläge erheben, so daß auch für 1935 als Grunderwerbsteuer 5 v. H. des Erwerbs-

preises bzw. des Einheitswertes erhoben worden sind. Das gesamte Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer fließt in die Gemeindefasse.

Eine Änderung ist mit dem 1. Januar 1935 durch das Steueranpassungsgesetz vom 16. Oktober 1934 insofern eingetreten, als die §§ 24 bis 27 des Grunderwerbsteuergesetzes (Ausstellung der Bescheinigung für das Grundbuchamt zur Umschreibung der Grundstücke) ersetzt wurden durch §§ 189 a und b der Reichsabgabenordnung. Danach bleibt die Ausstellung der Bescheinigung für das Grundbuchamt unverändert bestehen. Gleichzeitig ist vorgeschrieben, daß der Eingang eines jeden Vertrages bei der Grunderwerbsteuerstelle durch diese dem Notar schriftlich zu bestätigen ist.

Beranlagt wurden 641 Personen. Das Aufkommen hat 261 060,35 *R.M.* gegenüber 143 360,14 Reichsmark im Jahre 1934 betragen.

f) Wertzuwachssteuer.

Durch die Wertzuwachssteuerordnung der Stadt Bielefeld vom 8. Februar bzw. 10. März 1926 ist die Erhebung einer Steuer von dem bei einem Verkauf von Grundstücken sich ergebenden Wertzuwachs beschlossen worden. Die Steuer hat ursprünglich 20 bis 30 v. H. des Wertzuwachses betragen. Seit der am 30. Mai 1929 eingeführten Änderung der Wertzuwachssteuerordnung beträgt die Steuer 10 bis 25 v. H. des Wertzuwachses, je nach der Höhe der Wertsteigerung. Veranlagt wurden 484 Personen. Das Aufkommen hat im Berichtsjahre 18 550,12 *R.M.* gegenüber 24 442,64 *R.M.* im Jahre 1934 betragen.

g) Schankerlaubnissteuer.

Der Neuerwerb und die Übertragung der Erlaubnis zum Betriebe einer Gast- und Schankwirtschaft oder des Einzelhandels mit Branntweinen und Spirituosen unterliegt nach der Ordnung vom 23. 4. 1923/15. 6. 1923, geändert am 4./6. November 1927, einer Steuer.

Nach Art und Befristdauer des Vorbesizers werden Staffelsätze erhoben. Als Steuermaßstab wird der Ertrag zugrunde gelegt.

Insgesamt sind im Berichtsjahr 1935 für 34 erteilte Konzessionen 12 038,95 *R.M.* gezahlt.

h) Bürgersteuer.

Die Bürgersteuer ist eine Personalsteuer. Sie wird für das Kalenderjahr erhoben. In das Rechnungsjahr 1935 entfielen somit von der Bürgersteuer 1935 = $\frac{3}{4}$ und von der Bürgersteuer 1936 = $\frac{1}{4}$. Für 1935 betrug die Steuer 500 v. H. der Reichssätze; sie wurde in 4 Raten erhoben. Für 1936 beträgt die Steuer 250 v. H. der Reichssätze und wird in 3 Raten erhoben.

Die Veranlagung zur Bürgersteuer erfolgte, soweit Lohneinkommen in Frage kam, durch Steuerkarten, in allen übrigen Fällen durch besondere Steuerzettel.

Bürgersteuerpflichtig waren alle über 18 Jahre alten Personen, welche im Stadtbezirk Bielefeld am Stichtag — 10. 10. 1934 — ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hatten.

Befreit waren für 1935 nur diejenigen Personen, welche Arbeitslosen-, Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung bezogen, sowie Blinde und Kriegsbeschädigte oder Kriegerhinterbliebene, welche Zusatzrente nach § 88 des RWG. bezogen. Ferner waren die Personen befreit, deren Einkommen 130 v. H. der Wohlfahrtsrichtsätze nicht erreichte.

Das Aufkommen an Bürgersteuer hat im Berichtsjahr 1 029 308,— *R.M.* betragen.

i) Hundesteuer.

Die Erhebung der Hundesteuer ist im Jahre 1935 nach der Hundesteuerordnung vom 6. März 1934 vorgenommen worden.

Die Steuersätze betragen

für den ersten Hund . .	jährlich	25,— <i>R.M.</i>
für den zweiten Hund . .	jährlich	60,— <i>R.M.</i>
für jeden weiteren Hund .	jährlich	120,— <i>R.M.</i>

Die Zahl der gemeldeten Hunde ist im Berichtsjahr von 2300 auf 2170 zurückgegangen.

In dieser Gesamtzahl sind 92 Dienst- und Wachhunde enthalten, für die Steuerfreiheit gewährt wurde.

Auf Antrag ist verschiedenen Hundehaltern auf Grund der bei ihnen vorliegenden wirtschaftlichen oder örtlichen Verhältnisse Steuerermäßigung aus Billigkeit gewährt worden.

Das Aufkommen an Hundesteuer betrug im Jahre 1935 = 53 531,— *R.M.*, gegenüber 56 975,— *R.M.* im Jahre 1934.

k) Eintrittskarten- und Vergnügungssteuer.

Die Eintrittskarten- und Vergnügungssteuer ist auch im Jahre 1935 nach der in den Jahren 1926, 1930 und 1933 abgeänderten Steuerordnung vom 17./24. September 1924 erhoben worden.

Die Steuer betrug wie in den Vorjahren bei einem Eintrittspreis 25 v. H. des Nettoeintrittspreises, bei mehreren Eintrittspreisen stufelte sie sich von 15 bis 30 v. H.

Das Steueraufkommen erhöhte sich gegenüber dem Jahre 1934 von 94 005,21 *R.M.* auf 114 620,— *R.M.*

Diese Erhöhung ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die bis dahin bestehende örtliche Handhabung über die Besteuerung von Bildstreifen aufgehoben worden ist, und die Steuer nunmehr nach den Sätzen erhoben wird, die in den Reichsratsbestimmungen über die Vergnügungssteuer vom 6. Juni 1933 für die Vorführung von Bildstreifen festgelegt worden sind. Nach diesen Bestimmungen beträgt die Steuer für Bildstreifen allgemein 15 v. H. des Kartenpreises. Für Filme, die von der Filmprüfstelle als staatspolitisch wertvoll, als künstlerisch, als volksbildend oder als kulturell wertvoll anerkannt sind, ist Steuerermäßigung, in gewissen Fällen sogar Steuerbefreiung vorgesehen. Der Zweck dieser Vorschriften soll die Auszeichnung guter nationaler Filmzeugnisse sein.

l) Biersteuer.

Die Biersteuer wurde nach den Sätzen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 19. 3. 1932 erhoben, und zwar:

für Starkbier	je Hektoliter	9,— <i>R.M.</i> ,
„ Bollbier	„	6,— <i>R.M.</i> ,
„ Schankbier	„	4,50 <i>R.M.</i> ,
„ Einfachbier	„	3,75 <i>R.M.</i>

Mit den Verbänden der hauptsächlich einführenden Brauereien bestanden über die Einbehaltung und Ablieferung der Biersteuer besondere Abkommen.

Durch Änderung der Biersteuerordnung vom 29. 12. 1933 ist die Haftung der Hersteller, der Einführer, der die Einfuhr Veranlassenden und der Empfänger als Gesamtschuldner in bestimmter Form festgelegt. Es war möglich, die Steuer für das in den Stadtbezirk eingeführte Bier fast restlos einzuziehen, da von den dem Abkommen angeschlossenen Brauereien die gesamte Biersteuer für die eingeführten Mengen an die städtische Steuercasse gezahlt wurde und die Bierverleger die Steuer nur für die nachweislich wieder ausgeführten und auswärts versteuerten Mengen erstattet erhielten.

Das Aufkommen an Biersteuer hat im Berichtsjahr 320 170,— *R.M.* betragen.

m) Getränkesteuer.

Die Getränkesteuer wurde mit 10 v. H. der Verkaufspreise erhoben. Die mit den örtlichen Verbänden der Wirte und der Konditoren abgeschlossenen Vereinbarungen über eine Pauschalsumme bestanden weiter. Nur die wenigen diesen Verbänden nicht angeschlossenen Betriebe wurden einzeln veranlagt. Für Monat Oktober wurde anlässlich der Weinwerbewoche die Getränkesteuer den Wirten, welche das Bierfache der zu zahlenden Getränkesteuer an Patenwein bezogen hatten, erlassen.

Im Monat Dezember wurde keine Getränkesteuer erhoben. Das Aufkommen hat 73 077,— *R.M.* betragen.

n) Kehrichtabfuhrgebühren.

Im Rechnungsjahre 1935 trat eine Ermäßigung der Kehrichtabfuhrgebühren in der Weise ein, daß statt 1,4 v. H. nur 1,16 v. H. des Gebäudesteuernutzungswertes erhoben wurden. Gegenüber dem Vorjahre ist die Gebühr somit um 17 v. H. ermäßigt worden. Abgefahren wurde der Kehricht am Schlusse des Berichtsjahres von 297 Straßen. Die vereinnahmten Gebühren betragen 143 271,56 *R.M.*

o) Kanalgebühren.

Diese wurden im Rechnungsjahre 1935 unverändert wie im Vorjahre mit 2,9 v. H. des Gebäudesteuernutzungswertes erhoben. Für 88 gewerbliche Betriebe mit einem außergewöhnlich hohen Wasserverbrauch wurde die erhöhte Gebühr wie im Vorjahre berechnet. Die Besitzer der Gebäude im Außengebiet der Stadt, die nur beschränkt an das Kanalnetz angeschlossen sind, zahlten wie im Vorjahre die ermäßigte Gebühr von 0,37 v. H., 0,75 v. H., 1 v. H. bzw. 1,45 vom Hundert des Gebäudesteuernutzungswertes. Vereinnahmt sind im Rechnungsjahr 1935 = 419 772,65 *R.M.*

p) Straßenreinigungsabgaben.

Am Ende des Rechnungsjahres 1935 waren 168 Straßen mit 658 155 Quadratmetern Reinigungsfläche in die städtische Reinigung aufgenommen. Durch die Verordnung zur Regelung einiger Punkte des Gemeindeverfassungs-, Verwaltungs- und Abgabenrechts vom 17. 3. 1933 — Art. 5, § 4a — ist bestimmt, daß höchstens 75 v. H. der Straßenreinigungskosten durch Gebühren gedeckt werden dürfen. Auf Grund dieser Verordnung trägt die Stadt die Kosten der Straßenreinigung mit 25 v. H. aus allgemeinen Steuermitteln. Der Restbetrag wird von den Eigentümern derjenigen Grundstücke aufgebracht, welche an den von der Stadt zu reinigenden Straßen liegen, das waren im Berichtsjahr 1935 = 25 *Rpf* je Quadratmeter gegenüber 30 *Rpf* im Jahre 1934. Das Aufkommen hat 164 538,76 *R.M.* betragen.

q) Schlachtsteuer.

Die Schlachtsteuer ist wie im Vorjahre auch im Jahre 1935 als Reichsteuer (Verbrauchssteuer) auf Grund des Schlachtsteuergesetzes vom 24. März 1934 erhoben worden.

Durch Verordnung vom 21. März 1935 hat der Reichsminister der Finanzen die Steuer für Schweine von 9,— *R.M.* auf 8,— *R.M.* und für Schafe von 2,— *R.M.* auf 1,— *R.M.* mit Wirkung vom 1. April 1935 ab ermäßigt.

Die örtliche Verwaltung der Steuer (Veranlagung, Erhebung) erfolgte durch das Steueramt als Schlachtsteuerstelle.

Für die auf dem Schlachthof vorgenommenen Schlachtungen wurde die Steuer von der Kasse des Schlachthofes eingezogen und an die Städtische Steuerkasse abgeführt, während die Steuer für alle sonstigen im Stadtbezirk erfolgten Schlachtungen durch die Steuerkasse direkt erhoben worden ist.

Außerhalb des Schlachthofes sind im Stadtbezirk Bielefeld im Jahre 1935 = 8278 Schweine geschlachtet worden. In 795 Fällen wurde eine Schlachtsteuer von 8,— *R.M.* erhoben. In weiteren 7483 Fällen kam der ermäßigte Steuerfuß von 2,— *R.M.* zur Erhebung.

Hier handelte es sich um Schlachtungen von selbst gezogenen Schweinen zum ausschließlichen Verbrauch im eigenen Haushalt des Tierhalters (Hauschlachtungen).

Die Vergütung, welche die Stadt für die Verwaltung der Schlachtsteuer erhält, betrug wie im Vorjahre 3 v. H. von dem Aufkommen aus den Schlachtungen des Schlachthofes und 4 v. H. vom übrigen Aufkommen.

Im Jahre 1935 sind an Schlachtsteuer = 217 143,— *R.M.* erhoben worden, während das Aufkommen im Vorjahre in der Zeit vom 1. Mai 1934 bis 31. März 1935, in 11 Monaten also, = 216 768,35 *R.M.* betragen hat. Die Vergütung, welche die Stadt aus dem Steueraufkommen für 1935 erhalten hat, beläuft sich auf 6727,— *R.M.* Von dem Schlachtsteueraufkommen für 1935 sind 195 821,— *R.M.* vom Schlachthof eingezogen worden, wofür an die Schlachthofverwaltung eine Verwaltungsgebühr von 2,25 v. H. = 4405,— *R.M.* gezahlt worden ist.

Der Rückgang des Schlachtsteueraufkommens ist zum Teil auf die erwähnte Ermäßigung der Steuer für Schweine und Schafe zurückzuführen, zum Teil ergibt er sich aus der Kontingentierung

der Schweineschlachtungen, einer Maßnahme, die im Oktober 1935 infolge der Verringerung des Schweinebestandes durch die Hauptvereinigung der Deutschen Viehwirtschaft im Interesse der gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit Schweinefleisch getroffen worden ist.

r) Steuerstundungen.

Durch die Vorverlegung des Steuerzahlungstermines auf den 15. j. Mts. (bisher wurde für Miethäuser stillschweigend der 5. des k. Mts. als äußerster Zahlungstermin angenommen) wurden zahlreiche Stundungsanträge dahin gestellt, es bei der alten Zahlungsweise zu belassen. Den Anträgen wurde in den meisten Fällen für einige Monate stattgegeben, bis sich die Steuerpflichtigen allmählich mit der neuen Zahlungsweise abgefunden hatten.

Die Anträge auf Niederschlagung von Hauszinssteuer wegen Minderausnutzung der gewerblichen Räume und wegen Hilfsbedürftigkeit wurden fast unvermindert weitergestellt. Insgesamt wurden rund 2500 Anträge bearbeitet und mit wenigen Ausnahmen vorläufige Stundung bewilligt.

Für Mieträume wurde wegen Hilfsbedürftigkeit in rund 6000 Fällen Stundung der Hauszinssteuer mit dem Ziel auf Niederschlagung bewilligt. Hier ist gegenüber dem Vorjahre eine leichte Abnahme zu verzeichnen.

Auf Grund dieser Stundungen wurden von dem Gesamthauszinssteuerfoll von 3385 342,— *R.M.* insgesamt 925 000,— *R.M.* niedergeschlagen.

s) Provinzialabgabe.

Die Veranlagung der Stadt zur Provinzialabgabe erfolgte im Berichtsjahre 1935 nach folgenden Maßstabsteuern:

1. Reichseinkommensteuerüberweisungen,
2. Körperschaftsteuerüberweisungen,
3. $\frac{1}{2}$ Aufkommen der Bürgersteuer,
4. Grundvermögensteuerfoll,
5. Gewerbesteuerfoll.

Die vorläufige Veranlagung der Stadt Bielefeld zur Provinzialabgabe für 1935 erfolgte zunächst nach einem Betrag von 355 181,— *R.M.* Dieser Betrag ist nachträglich ermäßigt auf 341 727,— *R.M.*

Die endgültige Festsetzung der Provinzialumlage erfolgt nach Feststellung der Maßstabsteuern für das Jahr 1935 im Laufe des Steuerjahres 1936.

t) Erteilung von Armenrechtszeugnissen.

Den Anträgen an die Gerichte auf Bewilligung des Armenrechts sind Zeugnisse über die Familien-, Vermögens- und Einkommensverhältnisse der beantragenden Parteien beizufügen. Die Ausstellung dieser Zeugnisse erfolgt durch das Steueramt.

Die Zahl der im Jahre 1935 ausgestellten Armenrechtszeugnisse beläuft sich auf zirka 1000.

7. Städtisches Bauwesen.

a) Hochbau.

Die im November 1934 in Angriff genommenen 2 Flachbauten am Sundern Nr. 37a und b mit je 6 zweiräumigen Wohnungen für räumungspflichtige Mieter konnten Mitte Juni bezogen werden. Die Kosten betragen zusammen rund 25 500,— *R.M.*, das sind rund 2125,— *R.M.* je Wohnung. In den Monaten September bis November wurde bei der Anlage des Parkplatzes am Oberntor ein neuer Zigarren-Pavillon auf dem zurückliegenden Gelände für rund 4200,— Reichsmark ausgeführt.

Der im November 1934 in Angriff genommene Erweiterungsbau der Bürgerschule Schelpshöhe Nr. 4 konnte Ende April in Benutzung genommen werden. Es wurden mit 28 000.— *R.M.* Kosten 3 neue Klassen geschaffen.

In der Zeit von Anfang September bis Ende Dezember 1935 wurde der An- und Umbau des Wirtschaftsgebäudes auf dem Hofe Oiderdissen für 16 650.— *R.M.* durchgeführt und dabei zwei zentral beheizte Gasträume von 164 Quadratmeter Größe geschaffen.

Im Juli und September 1935 wurde mit der Ausführung von 3 zweigeschossigen, unterkellerten Wohnhäusern mit je 6 abgeschlossenen zweiräumigen Wohnungen an der Petristraße Nr. 78 und 80 und Ziegelstraße Nr. 62 begonnen. Hierfür sind 57 600.— *R.M.* zur Verfügung gestellt. Das Haus Petristraße Nr. 78 konnte bereits am 1. Februar bezogen werden. Außerdem wurden im Berichtsjahr die Pläne und Berechnungen der vorstädtischen Kleinsiedlungen „Rottmannshof“ und des umfangreichen An- und Umbaus der Stadtheider Schule bearbeitet.

b) Heizungswesen.

Neben den laufenden Ausbesserungs- und Unterhaltungsarbeiten sind ausgeführt worden:

Rathaus: Ein Koksessel gegen einen Perlkoksessel ausgewechselt.

Wittkindschule: Neubau der Heizungsanlage in der Lehrküche und Fernheizungsanschluß an die Zentrale der Schule.

Rathaus: Heizgruppe Steueramt: Heizfläche an Außenwand verlegt und neue Leitungen montiert.

Gutenbergschule: Die Hälfte der alten Kesselanlage ausgebaut und zwei neue Kessel eingebaut; neue Kondensatleitungen im Keller.

Schwesternheim Nebelswall: Neubau der Warmwasserheizung für das Gebäude.

Wirtschaft Oiderdissen: Neubau der Warmwasserheizung für Wohnung und Wirtschaft.

Kunsthause: Heizung erweitert.

Luisenschule: Erneuerung der Zentrale, 4 neue Perlkoksessel.

Fröbelschule: Ein neuer Koksessel und Einbau des im Rathaus ausgebauten.

Martinschule: Reserveressel von der Kamphofschule, eingebaut als Ersatz für die ausgeglühten Kessel.

Döningerschule: Anschluß des Bades an die städtische Wasserleitung.

Mädchenberufsschule: Elektrische Signalanlage und Uhren.

Stieghorstschule: Elektrische Signalanlage und Uhren.

Wellensiekschule: Elektrische Signalanlage und Uhren.

Hamfeldschule: Elektrische Signalanlage und Uhren.

Rathaus: Ausbau der Beleuchtung.

Theater: Ausbau der Drehstromanlage, Bordonitransformatoren für Bühnenlicht, Bühnenbildwerfer und Erweiterung der elektrischen Anlagen.

c) Straßen- und Wegebau.

Der zunehmende Fahrzeugverkehr im Zuge der Hindenburg- und Koblenzer Straße hatte sich an den Kreuzungen der Kloster- und Stapenhorststraße und der Obern- und Von der Rede-Straße zu einer besonders starken Gefährdung des Fußgänger- und Fahrzeugverkehrs herausgebildet. Um diesen Gefahren nach Möglichkeit zu begegnen, wurden an diesen Kreuzungen Verkehrsinseln eingebaut. Dem Fahrverkehr werden hierdurch besondere Wege für jede Fahrtrichtung gewiesen und die Fußgänger können die Fahrbahn bis zur nächsten Verkehrsinsel gesicherter überschreiten. Außerdem sind durch die Anlage der Straßenbahninseln die bisher sehr verkehrsstörend wirkenden Stauungen der Fahrzeuge beim Halten der Straßenbahn beseitigt worden.

Sämtliche Verkehrsinseln sind mit Leuchtsäulen ausgestattet, so daß sie auch bei eintretender Dunkelheit klar hervortreten. Einen wirksamen Schutz gegen ein Überfahren bilden die am Kopf der Inseln aufgebauten Eisenbetonsockel. Die den Fußgängern vorgezeichneten Wege für das Überschreiten der Fahrbahn an den Kreuzungen sind durch besondere Markierungssteine aus Mansfelder Kupferschlacke mit weißer Einlage kenntlich gemacht.

Die Anlage der Verkehrsinseln in der Hindenburg- und Koblenzer Straße erforderte den vollständigen Umbau beider Straßen. Die Hindenburgstraße wurde auf der Strecke von der

Berufsschule bis zum Kunsthaus unter Hinzunahme eines Streifens der Oberntormallanlage verbreitert. Die Fahrbahn erhielt wieder wie vorher Granitreihenpflaster mit Fugenvergüß und Gußasphalt auf Betonunterbau.

In der Koblenzer Straße wurde die Fahrbahn auf 11 Meter = 4 Fahrbreiten bis zur Büscher'schen Mühle verbreitert. Dies erforderte neben der Inanspruchnahme eines schmalen Streifens des Stadtgartens den Erwerb von Vorgartenflächen von Herrn Dr. Bleef, Gebr. Uebermann und Kaufmann Kastrop.

Für die 25 Zentimeter starke Packlage der Fahrbahnen neben der Gleiszone wurde der beim Aufbruch gewonnene Unterbeton des früheren Asphaltbelages unter Zusatz von Muschelkalksteinen verbraucht. Die Gleiszone erhielt eine vollständig neue 30 Zentimeter starke Muschelkalksteinpacklage. Die Pflasterung ist aus den vorhandenen noch brauchbaren und aus den neuen bayerischen Granitreihenpflastersteinen ausgeführt und mit Asphaltmasse vergossen.

Die Verbreiterung der Koblenzer Straße und die Anlage einer Verkehrsinsel vor der Obernstraße bedingten erhebliche Veränderungen in der Obernstraße. In Verbindung damit wurden vor dem Oberntormall beiderseits der Fahrbahn je 4,80 Meter breite Parkplätze für zusammen 20 Personenwagen geschaffen. Außerdem wurde auf dem bisher brachliegenden, früheren Persike'schen Grundstück ein Parkplatz für 14 Personenwagen angelegt.

Die durchschnittlich 9 Meter breite Fahrbahn der Obernstraße erhielt eine 20 Zentimeter starke Packlage aus dem Betonaufbruch und Schlackensteinpflaster. Die Fugen wurden wie in der Koblenzer Straße vergossen. Die Parkplätze erhielten eine 15 Zentimeter starke Packlage aus dem Betonaufbruch und eine 5 Zentimeter starke Teermafadamdecke.

Starke Senkungen im Reihenpflaster des Albrecht-Delius-Weges machten eine vollständige Umpflasterung erforderlich. Diese Arbeiten und die gleichzeitige Verbreiterung des südlichen Bürgersteiges wurden im Anschluß an die Umbauarbeiten in der Koblenzer Straße ausgeführt.

Aus Gründen der Verkehrssicherheit wurde die Steinhagener Straße zwischen Hohenzollernstraße und Stadtgrenze an der Bergseite in einer Länge von 880 Metern mit einem 2 Meter breiten Radfahrwege und einem 2,60 Meter breiten Bürgersteig versehen. Der Radfahrweg ist durch einen leichten Naturbordstein von der Fahrbahn getrennt. Die Grenze des anschließenden Bürgersteiges ist durch Betonpfosten mit weißem Anstrich kenntlich gemacht. Die Befestigung besteht aus einer Kalksteinkleinschlagunterlage und einer Teereinstreudecke. Um den in Kurven mit kleinem Radius verkehrgefährdenden Auswirkungen der Fliehkraft der Fahrzeuge entgegenzuwirken, wurde das Kleinpflaster der Außenkurve hinter der Hohenzollernstraße überhöht. Außerdem wurde die Fahrbahn auf 6 Meter verbreitert und die Chausseierung zwischen dem Kleinpflaster und der Stadtgrenze durch eine neue Teermafadamdecke ersetzt.

Die Sebastian-Bach-Straße wurde auf eine Länge von 87 Metern mit leichten Kunstbordsteinen, 50 Zentimeter breiten Rinnen aus Karlsrufer Pflastersteinen und einer Fahrbahn aus Basaltdecke mit Teerinnenränkung auf einer 25 Zentimeter starken Muschelkalksteinpacklage ausgebaut. Anschließend an die Sebastian-Bach-Straße wurde oberhalb der Ausbau der Wilhelm-Raabe-Straße auf die volle Breite ergänzt und die Fahrbahn mit einer Decke aus Basaltkleinschlag mit Innentränkung versehen.

Der 1934 begonnene Ausbau des Hellweges konnte in einer Länge von 1200 Metern zu Ende geführt werden. Neben der 6 Meter breiten Fahrbahn wurde an der Bergseite ein zwei Meter breiter Radfahrweg und an der Talseite ein 2,50 Meter breiter Bürgersteig angelegt. Der Bürgersteig ist von der Fahrbahn durch einen Kalkplattenbordstein und der Radfahrweg durch Betonpfosten getrennt. Die Fahrbahnbefestigung besteht aus einer Packlage und Teereinstreudecke. Die Bürgersteig- und Radfahrwegbefestigung ist wie die der Steinhagener Straße ausgeführt.

Unter Aufsicht der städtischen Bauverwaltung wurden als Unternehmerstraße ausgeführt bzw. fertiggestellt: Die Roonstraße ab Waldstraße in einer Länge von 200 Metern durch Erben Gaese, Hammer und Möhlmann. Die Fahrbahnbreite beträgt 6 Meter und die Bürgersteigbreiten je zwei Meter. Als Bordsteine sind leichte Granitbordsteine gewählt. Die 50 Zentimeter breite Rinne besteht aus Karlsrufer Pflastersteinen, die Befestigung der Fahrbahn aus einer 25 Zentimeter starken Packlage und einer Teertränckede und die Befestigung der Bürgersteige aus Teersplitt.

Die Dietrich-Eckart-Straße zwischen Kant- und Werther Straße wurde durch den Landwirt Ummelmann ausgebaut, und zwar von der Kantstraße ab in einer Länge von 200 Metern mit 5,50 Meter breiter Fahrbahn und beiderseitigen 1,75 Meter breiten Bürgersteigen. Die Bürgersteige sind mit leichten Naturbordsteinen eingefast und mit Kohlenschlacke befestigt. Die Befestigung der Fahrbahn besteht aus 50 Zentimeter breiten Sandsteinpflasterinnen und einer fünf Zentimeter starken Teermafadamdecke auf einer 25 Zentimeter starken Muschelkalksteinpacklage. Die restliche Straßenstrecke bis zur Werther Straße ist zunächst nur mit einer 25 Zentimeter starken Packlage versehen.

Die Erbgemeinschaft Mühlenweg baute die Diesterwegstraße zwischen der Lippiischen Straße und Ehlenrupper Weg aus. Die Fahrbahn erhielt eine Breite von 6 Metern und die Bürgersteige eine Breite von je 2 Metern. Die Bürgersteige werden mit schweren Naturbordsteinen abgegrenzt und mit Kohlenschlacke befestigt. Die Fahrbahn hat 50 Zentimeter breite Basaltplastersteinrinnen und eine 25 Zentimeter starke Packlage. Die vorgesehene Teermafadamdecke soll erst nach Fertigstellung der Bauten aufgebracht werden.

Frau Thumel baute die Hamelmannstraße von der Fröbelstraße ab in einer Länge von 105 Metern aus. Die Fahrbahnbreite beträgt 5 Meter und die Bürgersteigbreiten je 2 Meter. Die Bürgersteige sind mit leichten Naturbordsteinen eingefasst. Die Fahrbahnbefestigung ist in derselben Weise wie die der Diesterwegstraße ausgeführt. Auch hier soll die Teermafadamdecke erst später aufgebracht werden.

Durch den Baumeister Otto Lamberg in Castrop-Rauzel wurde die Graf Haeseler-Straße in 95 Meter Länge ab Detmolder Straße angelegt. Sie hat eine 5,50 Meter breite Fahrbahn und je 1,75 Meter breite Bürgersteige mit leichten Karlsruhener Bordsteinen. Die Fahrbahn ist mit 30 Zentimeter breiten Rinnen und einer 25 Zentimeter starken Packlage versehen. Die vorgesehene Teereinstreudecke soll nach Fertigstellung des in Aussicht genommenen weiteren Ausbaues ausgeführt werden.

Der Bauer Friedrich Wilhelm Menke legte auf seinem Grundstück an der Bodelschwingstraße eine Straße an. Die Bürgersteige werden durch leichte Naturbordsteine begrenzt. Die Fahrbahn hat 40 Zentimeter breite Sandsteinrinnen und eine 25 Zentimeter starke Kalksteinpacklage. Die Bürgersteige haben eine Kohlenschlackenbefestigung. Die vorgesehene Teermafadamdecke soll nach Fertigstellung der Bauten aufgebracht werden.

Ebenso legten die Gebr. Klare auf ihrem Grundstück zwischen dem Paderborner Wege und der Sparenberg-Promenade eine Straße an. Sie wurde als Einbahnstraße 3,50 Meter breit ausgebaut und ist mit leichten Naturbordsteinen eingefasst. Die steile Rampe im Anschluß an den Paderborner Weg ist mit Karlsruhener Pflastersteinen gepflastert. Im übrigen besteht die Befestigung aus einer 5 Zentimeter starken Basaltteertränkdecke auf einer 20 Zentimeter starken Packlage. Gegen das Abgleiten des Bodens an der im Anschnitt angelegten Rampe mußte eine Stützmauer errichtet werden.

In der Ludwig-Lepper-Straße wurde die Kalksteindecklage beseitigt und durch eine Teermafadamdecke ersetzt.

Die Ösningstraße erhielt zwischen der Straße Am Weiher und dem Schutzweg in einer Länge von 200 Metern einen 3 Meter breiten Bürgersteig, der von der Fahrbahn durch einen leichten Naturbordstein getrennt ist. Die Befestigung besteht aus Kalksteinkleinschlag und Teersplitt. Anschließend wurde die Fahrbahn verbreitert und das steile Quergefälle beseitigt. Zwischen der Egge und der Straße Am Weiher ist ein 2 Meter breiter Fußweg hinter der Baumreihe angelegt und in der gleichen Weise wie oben befestigt.

Der Verbindungsweg zwischen der Straße Am Sparenberge und dem Weg zur Handwerkerschule, hinter Essen, erhielt einen Steinschlagunterbau und eine Teersplittdecke. Gleichzeitig wurde die Bretterplanke an der Talseite beseitigt und durch eine lebende Hecke aus Ahorn ersetzt.

Nachdem die Steinsieksiedlung fertiggestellt war, konnte die noch fehlende geteerte Decklage auf die schon im Vorjahre eingebaute Packlage der Fahrbahn aufgebracht werden. Die beiderseitigen Bankette wurden mit Kohlenschlacke befestigt. Für die Entwässerung sind im Vorgartengelände Gräben angelegt. Die einzelnen Grundstücke sollen an der Straßengrenze mit einer lebenden Hecke eingefriedigt werden. Die Straße ist bei einer Gesamtlänge von 300 Metern 10 Meter breit mit einer Fahrbahn von 5,50 Metern. Im Anschluß an diese Straße im Steinsiek ist vor den Grundstücken der Steinsieksiedlung in einer Länge von 60 Metern die Platzstraße einseitig bis zur Fluchtlinie mit einem seitlichen Graben, 2 Meter breitem Bankett mit Schlackenbefestigung und 5 Meter breiter Fahrbahn mit Packlage und wassergebundener Decklage, beides aus Muschelkalksteinen, ausgebaut.

An der Siedlung der Freien Scholle auf dem früher Klarhorst'schen Grundstück an der Apfelstraße ist die schon vor Jahren angefangene Straße „Am Sudholz“ um 72 Meter, in der Fahrbahn mit geteelter Decklage, beiderseitigem Bordstein mit gepflasterter Rinne und Bürgersteig mit Teersplittbefestigung verlängert. Es ist zu erwarten, daß im Jahre 1936 die ganze Straße Am Sudholz mit den 3 vorgesehenen Verbindungswegen zur Apfelstraße fertiggestellt wird. Auf demselben Grundstück ist die Straße Am Rottland um 32 Meter genau wie die Straße Am Sudholz in Fahrbahn, Bordstein mit Rinne und Bürgersteig verlängert und damit bis zum Abschluß an die nächste Planstraße fertiggestellt. In der Siedlung „Dreuer Esch“ ist mit dem Straßenbau des 2. Bauabschnitts begonnen. Die Schuckertstraße ist um 100 Meter verlängert, in dieser Strecke in 10 Meter Breite freigelegt und mit einer 5,50 Meter breiten Packlage aus Muschelkalksteinen versehen. Die Planstraße 844 ist in gleicher Weise um 110 Meter bis an die

Planstraße 841 verlängert und an den bestehenden alten Dreuer-Esch-Weg angeschlossen. Außerdem ist noch die Planstraße 842 in 220 Meter Länge und 9 Meter Breite freigelegt und mit einer 5 Meter breiten Packlage versehen. Im Sommer 1936 werden die Wohnhäuser angebaut und im Herbst dann auf die vorläufig in Packlage hergestellten Straßen eine leichte Teer-
makadamdecke aufgebracht. Die Straßen sollen in der gleichen Weise wie im 1. Bauabschnitt (Siemens- und Schuckert-Straße) ausgeführt werden.

Die Straßen in der Siedlung Rottmannshof sind im Projekt aufgestellt und zur Ausführung ausgeschrieben. Die Durchführung aller Straßenbauarbeiten erfolgt im Sommer 1936, und es ist vorgesehen, daß alle Straßen zum Herbst 1936 fertiggestellt sind.

An der Ecke der Stapenhorststraße—Werther Straße, vor der Schmiede von Welland, wurde in einer Länge von rund 100 Metern und einer Breite von 6 Metern die Straßendecke in der Kurve neu reguliert und mit einer leichten Teermakadamdecke eingedeckt. Im Anschluß ist die vor den Besitzungen Stender und Gehring an der Werther Straße schon bestehende vorläufige Bürgersteigbefestigung aus Teersplitt mit leichtem Bordstein und gepflasterter Straßenrinne in derselben Ausführung um zirka 75 Meter vor den Besitzungen Bertelsmann und Pohlmann verlängert. Da das Grundstück Tönsmann noch nicht bebaut ist, ist vor diesem der Bürgersteig mit Schlacken und Steingruß befestigt. In der Zugangsstraße zum Wellensief sind an den beiden abgehenden Straßen vor der Schule in einer Länge von rund 70 Metern die beiderseitigen Kurven bedeutend erweitert und die so erbreiterte Straßenfläche mit Karlsbafener Steinen gepflastert. Die vollkommen zerfahrene und ausgeflossene Zugangsstraße zur Siedlung „Daheim“ ist in einer Länge von 80 Metern mit einseitigem, 1,50 Meter breitem Bürgersteig, mit leichtem Bordstein und 3 Meter geteilter Fahrbahn, welche bis dicht an den Bordstein herangeführt ist, in der alten Packlage reguliert bzw. vollkommen neu befestigt. Die Steubenstraße und die Straße Auf der großen Heide, die sich noch in Privatbesitz befanden, sind von der Stadt in Eigentum und Unterhaltung übernommen und als gemeinsamer Straßenzug mit einseitigem Bürgersteig, leichtem Bordstein und Gräben sowie einer Fahrbahn mit leichter Teertränkdecke ausgebaut. Die Straße ist 640 Meter lang, durchschnittlich 6 Meter breit mit einer mittleren Fahrbahnbreite von 3,50 Meter.

In der laufenden Unterhaltung sind im Außenbezirk insgesamt 16,3 Kilometer Landstraßen und städtische Wohnstraßen mit Oberflächenteerung versehen. Daneben haben noch 1,52 Kilometer Straßen neue Decken aus Basaltkleinschlag mit Innenränkung erhalten. Zur Staubbekämpfung und Unterhaltung der Oberschicht an den wassergebundenen Nebenstraßen im Vorortgebiet sind die Fahrdämme mit Chloralkalium bestreut. Diese Behandlung hat sich außerordentlich gut bewährt, so daß im kommenden Jahre hiervon bei den nicht angebauten Wohnstraßen mit wassergebundener Decke mehr Gebrauch gemacht werden soll.

An der Hellingkampfschule sind die vorderen 1000 Quadratmeter des Schulhofes mit einer 10 Zentimeter starken Ziegelkleinschlagschicht versehen und mit Promenadenkies abgedeckt.

Der eingezäunte Schulhof an der Stadtheider Schule wurde nach gründlicher Ausbesserung ebenfalls neu bekies.

Der schlechte Zustand des Schulhofes der Rußheider Schule erforderte einen vollständigen Umbau. Das Quergefälle wurde verbessert und eine neue Befestigung aus Ziegelsteinkleinschlag und Promenadenkies aufgebracht. Die Verbindungswege und Zugänge erhielten eine Teersplittbefestigung.

Der Schulhof der Falk-Mittelschule wurde um 850 Quadratmeter vergrößert. Es wurde dafür eine Fläche der früheren Knoche'schen Gärtnerei in Anspruch genommen. Die Befestigung besteht aus Ziegelsteinkleinschlag und Promenadenkies.

An der Martinschule wurde das starke Gefälle der südlichen Flächen des Schulhofes beseitigt und die Befestigung mit Ziegelsteinkleinschlag und Promenadenkies erneuert.

Außerdem wurden die Gehwege an der Fritze-Reuter-Straße und der Prieß-Allee ausgebessert und die Sparenburg-Promenade zwischen der Burg und der „Schönen Aussicht“ mit Teersplitt eingedeckt und der Rest mit einer Oberflächenteerung versehen.

Den neuen Bestimmungen der Verkehrsordnung vom 9. Oktober 1934 entsprechend, wurden neue Verkehrsschilder beschafft und die alten in größerem Umfange ausgewechselt.

Längen und Umfang der Straßen und Wege im Stadtgebiet am 1. April 1936:

Befestigungsart	Länge	Fläche
	km	qm
Leichte Decken:		
einfache Schotterdecken	45,684	173 820
Schotterdecken mit Oberflächenschutzschicht	65,365	272 065
Schlackenbefestigung	9,090	26 125
Mittelschwere Decken:		
Teerstreumakadam-Asphalt	20,003	108 008
Schwere Decken:		
Teermakadam, Asphalt, Beton über 6 cm stark	13,089	87 629
Großpflaster	47,874	351 720
Kleinpflaster	34,374	194 568
zusammen:	235,479	1 213 935
Hiervon entfallen auf — Reichsstraßen — 13,126 km		
Straßen I. Ordnung 16,306 "		
Straßen II. Ordnung (Ortsdurchfahrt) 8,000 "		
Straßen II. Ordnung (freie Strecke) 14,985 "		
zusammen: 52,417 km		

Aufwendungen.

Im Berichtsjahr sind für Arbeiten an vorhandenen Straßen usw. aus Kämmereimitteln verausgabt:

Neubefestigung, Umbau und Unterhaltung der Straßen und Wege	282 489,16	R.M.
Unterhaltung der städtischen Bürgersteige	4 365,98	"
Unterhaltung der Promenaden	5 868,76	"
Grunderwerb und Begradigung von Straßen	37 193,61	"
Beschaffung von Straßen- und Verkehrsschildern	4 794,99	"
Sonstige Straßenarbeiten	7 004,56	"
Sa.	341 717,06	R.M.

Aus Mitteln des außerordentlichen Haushaltsplanes wurden verausgabt:

Für den Umbau vorhandener Straßen	92 230,11	R.M.
Für die Anlage neuer Straßen	10 439,73	"
Sa.	102 669,84	R.M.

d) Kanalbau und Abwässeranlagen.

Im Berichtsjahr 1935 wurden folgende Kanalisationsarbeiten ausgeführt:

Lfd. Nr.	Straßenbezeichnung	Kanäle für Schmutz- und Regenwasser (Mischkanäle)		Kanäle für Schmutzwasser		Kanäle für Regenwasser	
		Profil	Länge	Profil	Länge	Profil	Länge
Hauptgebiet:							
1	Planstraße 210 (verl. Diesterwegstraße)	∅		∅		∅	
				0,35	86,60	0,45	90,70
				0,25	77,25	0,40	79,10
2	Am Steinbrink			0,25	32,10	0,30	42,15
3	Planstraße 900			0,20	83,00	0,25	83,00
4	Hamelmannstraße			0,20	201,65	0,25	66,95
5	Planstraße 26 (verl. Roonstraße)			0,20	191,75	0,25	193,00
6	Hellweg			0,25	44,15	0,35	38,62
				0,20	17,00	0,30	16,00
Hauptgebiet zusammen:					733,50		609,52

Zfd. Nr.	Straßenbezeichnung	Kanäle für Schmutz- und Regenwasser		Kanäle für Schmutzwasser (Mischkanäle)		Kanäle für Regenwasser	
		Profil	Länge	Profil	Länge	Profil	Länge
	Schloßhofgebiet:	∅		∅		∅	
7	Dietrich-Eckart-Straße			0,20	191,75	0,25	184,75
8	Rantstraße			0,20	56,50	0,30	55,50
	Schloßhofgebiet zusammen:				248,25		240,25
	Eingemeindungsgebiet:						
9	Planstraße 62			0,20	130,65		
10	Planstraße 63 und Nebenstraßen . . .			0,20	368,50		
11	In den Barkwiesen			0,25	76,35		
12	Grasweg			0,25	266,25	0,60/0,40 0,45	155,30 108,85
13	Seitenstraßen der Planstraße 851 . . .			0,20	120,00		
14	Sudholz			0,20	21,30	0,25	20,05
15	Horstheiderweg			0,30 0,25	37,60 142,00		
16	Schuckertstraße			0,25	270,30		
17	Planstraße 842			0,20	288,20		
18	Planstraße 844			0,20	140,00		
19	Hudeweg			0,20	183,05		
20	Detmolder Straße					0,90/0,60 0,40	30,60 50,00
21	Stieghorster Straße			0,20	149,00	0,75/0,50	104,75
22	Graf-Haeseler-Straße			0,20	129,00	0,40 0,30	37,50 106,50
	Eingemeindungsgebiet zusammen:				2322,20		613,55
	Außerhalb des Stadtgebietes:						
23	Rantensiektal zwischen der Wirtschaft Freudental und Haus Magdala . .			0,20	249,50		
	zusammen:				249,50		

An Straßenkanälen sind ausgeführt:

3553,45 Meter Schmutzwasserkanäle,

1598,12 „ Regenwasserkanäle,

5151,57 Meter zusammen.

Am Schlusse des Berichtsjahres betrug die Gesamtlänge des Kanalnetzes:

51 428,89 Meter Schmutz- und Regenwasserkanäle (Mischkanalisation),

82 734,33 „ Schmutzwasserkanäle,

92 182,29 „ Regenwasserkanäle,

226 345,51 Meter zusammen.

Hierzu kommen noch 1300 Meter Schmutzwasserkanäle und 26 090 Meter Regenwasserkanäle, zusammen 27 390 Meter Kanäle im Eingemeindungsgebiet, die bei der Eingemeindung vorhanden waren.

Das sind zusammen 226 345,51 Meter

+ 27 390,— „

253 735,51 Meter Kanäle.

Weitere Hauskanalananschlüsse 1411 Meter. Spülung 168 Kilometer Kanäle. Reinigung 12 907 Einfästen, davon durch den Kraftschlammwagen 12 254 und durch den Einspänner Schlammwagen 653.

Beim Johannisbad wurden für den Hochwasserschutz eine Winkelstützmauer aus Eisenbeton und eine neue Brücke über den Schloßhofbach ausgeführt.

Auf dem Rieselfeld mußten durchschnittlich 15 Wohlfahrtserwerbslose mit der Instandsetzung der Kläranlage und der Befestigung eines 600 Meter langen Hauptentwässerungsgrabens beschäftigt werden.

Der Lutterbach zwischen dem Rehteich beim Gute Meyer zu Heepen und der Straße Am Venn konnte durch Wohlfahrtserwerbslose weiter reguliert und befestigt werden.

In der Töllenbecker Straße wurde die Brodmann'sche Wiese drainiert und als Rieselfeld für die Kläranlage der Siedlung Bültmanns Krug eingerichtet.

Der Kasernenbau an der Detmolder Straße machte eine Kläranlage (1 Emscherbrunnen) für 1400 Personen und ein Rieselfeld von 2,5 Hektar Größe auf städtischem Gelände nördlich der Detmolder Straße und östlich der Stieghorster Straße notwendig.

Der Unternehmer D. Lamberz, Castrop, stellte auf seine Kosten für die von ihm an der Graf-Haeseler-Straße errichteten Unteroffizierwohnungen eine zweite Kläranlage her und richtete auf dem Grundstück der Wwe. Horstbrink nördlich der Detmolder Straße eine Rieselfeld von 2700 Quadratmetern Größe ein.

Die Kanalarbeiten in der Mühlenstraße und Große Howe, Am Brodhagen, der verlängerten Schumannstraße und am Paderborner Weg, Am Scherkamp, in der Straße auf dem Grundstück Henrichsmeyer in Stieghorst, in der Planstraße 744a wurden begonnen.

Außer den Plänen für die vorstehenden Arbeiten mußten die Pläne und die Kostenanschläge für die Gunststraße, die Straßen und Pumpstationen auf den städtischen Gemüsesfeldern, die Töllenbecker Straße, die Dsningstraße, die Elbrede, die Planstraßen 458 und 903 (Birkmann), die Neue Straße, die Planstraße 893, den Mühlenbach auf dem Siedlungsgelände der Erben Schäfer, das Schmutzwasseraufhaltebecken bei der Pumpstation Subbrack und die Drainage des Siedlungsgeländes Rottmannshof angefertigt werden.

Ferner wurden die generellen Projekte und Kostenvoranschläge für die Hauptstraße, die Straßen auf den früheren Gunst'schen Grundstücken, die Boltmann- und Töllenbecker Straße, die Planstraßen 194 und 306, den Mühlenbach zwischen Detmolder Straße und Mühle Blome aufgestellt.

Das gesamte Kanalnetz des Stadtgebietes wurde in einem Plan 1:5000 dargestellt.

e) Vermessungswesen.

Die Tätigkeit des Stadterweiterungsamtes stand im Berichtsjahre weiterhin im Zeichen des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs unserer Stadt.

Infolge der starken Nachfrage nach Bauland mußten zur Geländeerschließung eine bedeutende Anzahl neuer Fluchtlinienpläne im Entwurf hergestellt und das Fluchtlinienfeststellungsverfahren durchgeführt werden.

Für die Ausführung neuer Siedlungen auf dem Rottmannshof in der früheren Gemeinde Gellershagen und auf der Schäferei in Siefer wurden die erforderlichen Pläne nach örtlichen Vermessungen aufgestellt, die Flächennivellements ausgeführt und die Projekt- und Höhenpläne angefertigt.

Die Absteckung der Grundstücksgrenzen, der neuen Straßen und der Siedlungshäuser erfolgte ebenfalls durch das Stadterweiterungsamt.

Für den Straßen- und Kanalbau wurden die Längen- und Querprofile nivelliert, die Lage- und Höhenpläne hergestellt und bei den Kanalverlegungen die Visiere einer dauernden Kontrolle unterzogen.

360 Bauanträge für Neubauten und 445 Anträge für bauliche Veränderungen mußten geprüft und die Neubauten in die Gebäudarten nachgetragen werden.

Daneben wies das Stadterweiterungsamt in dem weitverzweigten Stadtgebiet für die zu errichtenden 360 Neubauten die Straßen- und Baufluchtlinien in der Örtlichkeit an und führten die Sokellkontrolle durch.

Für das Grundstücksamt mußten etwa 250 Informations- und Vertragspläne angefertigt werden.

Die für den Verkauf aus städtischem Grundbesitz und die Übereignung als Straßenland notwendigen 55 Urkundsmessungen wurden bis zur grundbuchlichen Auflassung durchgeführt.

Für das Steueramt wurde das Kataster der Straßenreinigungsflächen laufend ergänzt. Die veraltete Registratur wurde neu aufgebaut und bezüglich der eingemeindeten Gebiete ergänzt.

Für die aus dem Wohnsiedlungsgesetz notwendigen Genehmigungen, die infolge des regen Grundwechsels von der Bürgerschaft in zahlreichen Fällen verlangt werden, wurden die erforderlichen Vorprüfungen in 614 Fällen durchgeführt.

Die Fluchtlinien der nachbezeichneten Straßen wurden im Berichtsjahr förmlich festgestellt oder gegen die früheren Festsetzungen abgeändert:

Bahnhofstraße zwischen Bahnplatz und Feilenstraße.

Hagenbruchstraße zwischen Gold- und Niedernstraße.

Koblenzer Straße Ecke Fußbach.

Verlängerte Mühlenstraße zwischen Mühlenstraße und Planstraße 861.

Planstraße 26 zwischen Ditsfurth- und Apfelstraße.

Planstraße 26a zwischen Planstraße 27 und Apfelstraße.

Planstraße 2 vor den Parzellen Flur 11 (Schild) Nr. 1202 und 1200/97.

Planstraße 900 zwischen Gobelinus- und Jakobusstraße.

Planstraße 161a im Gebiet zwischen Otmühlen- und Spindelstraße.

Planstraße 775 im Gebiet zwischen Otmühlen- und Spindelstraße.

Aufgehoben wurden die Fluchtlinien der Planstraßen:

Planstraße 389 für die Vorgärten auf der Nordseite zwischen Planstraße 396 und Meller Straße.

Planstraße 26 im Zuge der Grabenparzelle Flur 11 (Schild) Nr. 1204/0.97.

Planstraße 2a.

Planstraße 27 zwischen Planstraße 2 und Apfelstraße.

Planstraße 161 zwischen Otmühlen- und Spindelstraße.

f) Gebäudeunterhaltung.

Für die laufenden Arbeiten der Gebäudeunterhaltung stand zum ersten Male wieder ein höherer Betrag zur Verfügung, rund 180 000,— *R.M.* (gegen 120 000,— *R.M.* im Jahre 1934 und 65 000,— *R.M.* in den Jahren 1933 und 1932). Damit war es möglich, die seit Jahren vernachlässigte innere und äußere Instandhaltung der städtischen Gebäude in größerem Umfang in Angriff zu nehmen. So wurden bei einer großen Anzahl von Schulen, Verwaltungsgebäuden und Mietshäusern innen und außen Anstriche ausgeführt, schadhafte Dächer und Rinnen erneuert, das Inventar ergänzt und andere Unterhaltungsarbeiten ausgeführt. Es ist so der Anfang gemacht, um in einer Zeit von 5 bis 6 Jahren planmäßig den gesamten städtischen Hausbesitz wieder in einen würdigen baulichen Zustand zu bringen.

Außer den vorhandenen Gebäuden wurde das neu übernommene „von Schirach-Haus“ an der Melanchthonstraße gründlich instandgesetzt und zu einem Heim für die HJ. hergerichtet.

Aus den für einmalige Arbeiten der Gebäudeunterhaltung bereitgestellten Mitteln von rund 33 000.— *R.M.* erhielten einige Volksschulen weitere Tische und Stühle, und 6 Schulen bekamen Fahrschuppen.

Die Osningschule wurde an die Wasserleitung angeschlossen, in der Siefer Schule ein Rektorzimmer eingerichtet und in der Rußheider Schule ein Teil der Aborte erneuert.

Die Wirtschaft „Freudental“ bekam einen Anbau mit einer neuen an die Kanalisation angeschlossenen Abortanlage. Außerdem wurde die Küche erweitert.

Aus Mitteln des außerordentlichen Haushaltsplanes wurden die im Vorjahre begonnenen Arbeiten des Baues einer Lehrküche in der Wellensiekschule und die Einrichtung einer gewerblichen Abteilung im Keller des geschichtlichen Museums fertiggestellt.

Infolge der Verbreiterung der Koblenzer Straße mußte die alte Bedürfnisanstalt abgerissen und in dem Hause Koblenzer Straße Nr. 1a neu eingerichtet werden.

8. Unterricht und Bildung.

a) Unterricht.

1. Volksschulen.

Im Berichtsjahre trat infolge der niedrigen Geburtenziffer des Aufnahmejahrgangs wiederum ein Rückgang der Schülerzahl ein. Die Gesamtschülerzahl betrug am 1. 5. 1935 = 10 940, gegenüber dem gleichen Tage des Vorjahres 315 Schüler weniger. 1482 Lernanfänger wurden aufgenommen und 1290 Konfirmanden am Ende des Schuljahres entlassen. Die Klassenzahl, 264, war die gleiche wie im Vorjahre, die Zahl der planmäßigen Schulstellen ging durch den Wegfall von 3 freien Lehrerstellen am 1. 2. 1936 auf 246 Stellen zurück. Die Stellen setzten sich wie folgt zusammen: 23 Rektorstellen, 135 Lehrerstellen, 65 Lehrerinnenstellen und 23 techn. Lehrerinnenstellen. Die durchschnittliche Klassenbesetzung betrug 41,4.

Unter den Lehrkräften traten folgende Veränderungen ein: Dem Hauptlehrer Wefelmeyer wurde am 1. 4. 1935 die Rektorstelle an der Wellensiefelschule übertragen, der Mittelschullehrer Althaus wurde am gleichen Tage in die Rektorstelle an der Bückardtschule und der Lehrer Rüst aus Gütersloh am 1. 5. 1935 in die Rektorstelle an der Klosterschule berufen. Die Rektorstelle an der Hamfeldschule wurde am 1. 8. 1935 dem Lehrer Paepenmöller übertragen.

Die Lehrer Osterloh, Sundermann, Scharff und Schmidt wurden zu Ostern 1935 als Mittelschullehrer an der Falk-Mittelschule angestellt. Ihre Versetzung nach Bielefeld erhielten die Lehrer Dedert, Oberschelp, Vogt, die Lehrerin Brockmann und die techn. Lehrerin Langenkämper. Lehrer Henze wurde nach Dünne versetzt. Durch Versetzung in den Ruhestand schieden folgende Lehrkräfte aus ihrem Amt: Rektor Kastrup und Rektor Jaeske, Konrektoren Wahmann, Schröder, Burgemeister und Schnepel, Lehrer Wilmsmeier, Römeling, Demberg und Kücker, Lehrerinnen Ober und Bunke, Turnlehrerin Reinking und techn. Lehrerin Köhler.

Durch Gesetz vom 26. 3. 1935 wurden die bestehenden Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen aufgehoben und an ihrer Stelle zur ständigen Beratung des Leiters der Gemeinde Schulbeiräte eingesetzt. Die Befugnisse der bisherigen Schuldeputationen sind gleichzeitig auf den Leiter der Gemeinde übergegangen. Die Lehrervahl wird nach Anhörung der Schulbeiräte durch den Leiter der Gemeinde ausgeübt. Als Beiräte sind auf die Dauer von 6 Jahren berufen worden: Aus der Bürgerschaft die Ratsherren Kreis Kulturwart Wilke, Rektor Dellbrügge und Kaufmann Heinrich Brackfiel, ferner Frau Theodora Koch; als Vertreter der Hitler-Jugend: Lehrer Pilz; als Vertreter der Lehrerschaft: Rektor Althaus und Rektor Haas; als Vertreter der Kirchen: Pfarrer Buschtöns und Pfarrer Schmidt. Als Beauftragter des Herrn Regierungspräsidenten nimmt der Kreisschulrat an den Beratungen der Schulbeiräte teil.

Den Mittelschulen konnten 11 besonders begabte Volksschulkinder zugeführt werden.

Um das Verständnis für die Luftfahrt schon bei der Jugend zu wecken und zu fördern, ordnete der Herr Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung durch Erlaß vom 17. November 1934 an, daß in allen Schulen die Pflege der Luftfahrt eine gebührende Stelle erhalten solle. Um die Lehrer theoretisch und praktisch mit dem Segelflugzeug-Modellbau bekanntzumachen, wurden von der Stadt Bielefeld in Verbindung mit der staatlichen Schulaufsichtsbehörde, dem NSLB. und der Landesfliegergruppe X Westfalen drei Modellbau-Lehrgänge eingerichtet, zu deren Durchführung die Stadt die Werkräume in der Bückardtschule und die erforderlichen Geldmittel bereitstellt. Start- und Flugübungen wurden in Derlinghausen abgehalten. Von allen Schulen sind insgesamt 80 Lehrpersonen im Segelflugzeug-Modellbau ausgebildet worden, so daß der Unterricht in diesem Fach nach dem Erlaß in den Volksschulen eingeführt werden konnte. Zur Durchführung des Unterrichts stellte die Stadt Bielefeld erhebliche Mittel bereit.

Auf Grund der Erlasse des Herrn Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 23. 11. 1934 — U II C Nr. 30 963 — und vom 26. 4. 1935 — E II b 124 I, E V — hat sich die Stadt Bielefeld die Förderung der Schulgartenarbeit besonders angelegen sein lassen. In Verbindung mit dem Kreisschulrat wurde ein „Lehrgang zur Pflege der Schulgartenarbeit“ eingerichtet, der vom Juni bis in den November dauerte. Von jeder Schule des Schulaufsichtskreises nahm je eine Lehrperson an dem Lehrgang verbindlich teil. Die Stadt stellte wiederholt städtische Verkehrsmittel zur Verfügung, damit Versuchs- und Musterbetriebe an anderen Orten, z. B. in Hannover, Wilhelmsdorf, Hermannsheide usw. besichtigt werden konnten. Das Gartenamt der Stadt hat die Arbeiten des Lehrgangs durch fachmännische Beratung und Belehrung unterstützt. Von der Gruppe „Gartenbaubetriebe“ im Reichsnährstand stellten sich Vorstand und Sachbearbeiter verschiedentlich zu Führungen und Auskünften zur Verfügung. Der Obst- und Gartenbauverein gestattete die Teilnahme an seinen Veranstaltungen. Die Stadt stellte für den Grundstock einer Bücherei den Betrag von 50.— R.M. bereit.

2. Mittelschulen.

Falk-Mittelschule.

Das Jahr 1935 zeigte eine weitere Aufwärtsentwicklung der Schülerzahl. Die Gesamtzahl der Schüler betrug 432 gegenüber 418 im Schuljahr 1934. In die untersten Klassen wurden im Berichtsjahr 94 Kinder aufgenommen, 10 mehr als im Vorjahre. Eine Klasse mußte neu eingerichtet werden, so daß 11 Klassen mit durchschnittlich je 39,2 Schülern vorhanden waren.

Durch das Anwachsen der Schülerzahl war im Schulgebäude eine empfindliche Raumnot entstanden, die die Einrichtung „fliegender Klassen“ sowie die Unterbringung einer Unterklasse in der Aula der Handelslehranstalten notwendig machte.

Im Lehrerkollegium traten folgende Veränderungen ein: Zu Beginn des Schuljahres wurden der bisher außerplanmäßig beschäftigte Lehrer Sundermann und der Lehrer Scharff als Mittelschullehrer fest angestellt. Am 1. Oktober erhielten die Lehrer Osterloh und Schmidt, die seit Beginn des Schuljahres außerplanmäßig an der Schule beschäftigt waren, ihre feste Anstellung als Mittelschullehrer.

Für 4 Klassen wurden am 1. Oktober 1935 Kurse im Flugzeugmodellbau eingerichtet, die von den Mittelschullehrern Tegtmeyer und Schmidt geleitet wurden.

Bosse-Mittelschule.

Im Berichtsjahr ging die Zahl der neu aufgenommenen Schüler (48) gegen das Vorjahr (74) um etwa ein Drittel zurück. Da aber die Abgänge sich in mäßigen Grenzen hielten, konnte die Schule ihre Gesamtschülerzahl (339 gegen 342 des Vorjahres) aufrecht erhalten. Bei wiederum 9 Klassen mit einer Klassendurchschnittszahl von 38 blieb die Zusammensetzung des Lehrkörpers dieselbe. Mittelschullehrer Klostermann wurde am 1. 4. 1935 zum Konrektor berufen.

Der Übertritt der Schüler zur Staatsjugend nahm im Laufe des Jahres beständig zu und wurde am Schlusse so stark, daß z. Bt. 96 v. H. der Schüler zur Staatsjugend gehören.

Luisen-Mittelschule.

Die Gesamtzahl der Schülerinnen stieg im Berichtsjahr auf 776, die Zunahme betrug 34 Schülerinnen. Eine Klasse mußte neu eingerichtet werden, so daß 22 Klassen vorhanden waren. Die Zahl der auswärtigen Schülerinnen betrug 125. In die unterste Klasse wurden 135 Schülerinnen neu aufgenommen, 13 Schülerinnen weniger als im Vorjahre.

Unter den Lehrkräften traten folgende Veränderungen ein: Mittelschullehrer Althaus wurde am 1. 4. 1935 zum Rektor der Bückardttschule berufen. Die Schulamtsbewerberin Elisabeth Hampigjan wurde am 1. 9. 1935 als techn. Lehrerin planmäßig angestellt.

3. Höhere Lehranstalten.

Gymnasium und Realgymnasium (staatl.-städt. Anstalt).

Die Schülerzahl hielt sich in den seit Jahren beobachteten Grenzen. Sie betrug 560 Schüler. Die Zahl der von außerhalb kommenden Schüler belief sich auf 125. 9 Abiturienten bestanden am Gymnasium, 16 Abiturienten am Realgymnasium die Reifeprüfung. In die Sexta wurden 82 Schüler, 12 weniger als im Vorjahre, aufgenommen. 18 Klassen waren eingerichtet. Im Lehrerkollegium fanden zahlreiche Veränderungen statt. Für den Ostern 1935 in den Ruhestand versetzten Studienrat Dr. Hölzer trat am 15. Mai 1935 Studienrat Dr. Baesen von der Helmholtz-Oberrealschule in das Kollegium des Gymnasiums ein. Durch die Einführung der 3. Turnstunde, in der auf der Oberstufe Bogens, auf der Unter- und Mittelstufe Fußballspielen und Schwimmen als Vorübung für den Bogunterricht betrieben wird, mußte der wissenschaftliche Unterricht um eine Stunde geschwächt werden. Die Bemühungen der Turnlehrer um die körperliche Ertüchtigung der Schüler zeitigten bei den Wettkämpfen schöne Erfolge. Beim Fest der deutschen Jugend errang die Schule 441, bei den Schwimmkämpfen der Stadt Bielefeld 79 und bei den Gerätewettkämpfen der Stadt Bielefeld 66 Einzelsiege. Bei den im Laufe des Jahres von der Stadt ausgeschriebenen 9 Mannschaftskämpfen konnte die Schule 9 erste und 2 zweite Plätze belegen. Im Handballspiel der höheren Schule der Provinz Westfalen gewann das Gymnasium die Meisterschaft der Stadt Bielefeld und die des Kreises Ravensberg. Im Schlagballbannerkampf wurde das Gymnasium Bezirksieger und nahm am Endkampf um das Banner teil. — Im Januar 1936 wurde der Schule das Recht zugesprochen, die H.S.-Fahne zu hissen. 90 v. H. der Schüler waren Mitglied des BDA.

Zu Jugendberwaltern waren berufen: Rechtsanwalt Koch, Justizamtmann i. R. Krahnfeld,

Tierarzt Dr. Hemesath, Syndikus Sartorius, Rektor Paepenmöller. Die HJ. hatte den JB.-Fähnleinführer Schröder entsandt.

Die baulichen Verhältnisse der Anstalt erfuhren eine wesentliche Verbesserung. Das alte Abortgebäude auf dem Schulhof wurde abgerissen und die Schüler- und Lehreraborte in den Kellerräumen des Schulgebäudes eingerichtet. Im übrigen wurde der Anstrich in Fluren und zahlreichen Klassenzimmern erneuert und veraltete Bänke durch neue ersetzt.

Helmholz-Oberrealschule.

Das Schuljahr begann mit der gleichen Schülerzahl wie im Vorjahre, 340 in 12 Klassen (die Klassen U III, D III und U II hatten Parallelklassen). Wenige Tage nach dem Beginn des Unterrichts, am 4. Mai 1935, traf die Bestätigung des Herrn Ministers für den Antrag der Stadt ein, die Lessing-Oberrealschule mit der Helmholz-Oberrealschule zu vereinigen.

Da die Klassen der Lessing-Oberrealschule schon seit dem Herbst 1934 im Gebäude der Helmholz-Oberrealschule untergebracht waren, ging die Eingliederung rasch vor sich.

Durch die Zusammenlegung kamen 9 Klassen zu den bestehenden 12 hinzu, es wurden aber Vereinigungen möglich, sodaß nur U III und U II mit drei Parallelklassen bestehen blieben, die D II dagegen zu einer zusammengefaßt werden konnte, mithin 19 Klassen bestanden. Die Schülerzahl betrug nach der Eingliederung der Lessingschule 577, davon 132 Auswärtige. Die Zahl der aufgenommenen Sextaner betrug 84. Die Obersefunderreise erreichten 88, die Reifeprüfung bestanden 29 Schüler.

Der Lehrkörper der Schule wurde durch die Eingliederung der Lessing-Oberrealschule um 8 festangestellte Lehrer vermehrt, und zwar die Studienräte Franzmann, Dr. Westerfrölke, Baumann, Meyer zur Capellen, Dr. Spiekerkötter, Dr. Koppe, Ohmann und den Oberschullehrer Vogel. Studienrat Dr. Baesen wurde im Zusammenhang damit an das Gymnasium in Bielefeld versetzt. Am Ende des Schuljahres trat Studienrat Pider in den Ruhestand. Zu diesem Zeitpunkt waren an der Schule 27 Lehrkräfte tätig, davon 3 nicht festangestellte.

Die Stelle des Oberstudienrats wurde im Januar 1936 mit dem Studienrat an derselben Anstalt, Dr. Meier, besetzt.

Das Schuljahr brachte im Gemeinschaftsleben der Schule an Besonderem: Erfolgreiche Beteiligung an sportlichen Wettkämpfen (Bannerkampf der höheren Schulen Westfalens in Soest und Fußballwettkämpfe der Schulen Bielefelds, 1. Sieger); Beteiligung an der BDA-Tagung in Königsberg und dem BDA-Festzuge in Bielefeld am 29. 9. 35; Festliche Hisung der HJ-Flagge durch den Bannführer am 30. 1. 36 nach Überschreitung der 90 v. H.-Grenze durch die Mitglieder der HJ. und des DJ.

Durch die Vereinigung mit der Lessing-Oberrealschule wurde die Helmholz-Oberrealschule unterm 19. 6. 35 vom Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung wieder als große Doppelanstalt anerkannt.

Aufbauschule.

Anfang Mai 1935 wurde der Antrag der Stadtverwaltung, die Lessing-Oberrealschule mit der Helmholz-Oberrealschule zu vereinigen, von dem Herrn Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung genehmigt. Der Grund für den Antrag war der allgemeine Rückgang des Besuches der höheren Schulen. Ostern 1926 hatte der jahrelang sich wiederholende starke Andrang zur Sexta, der seit 1921 zur Bildung von dritten Parallelklassen geführt hatte, die Abzweigung von 6 Klassen als selbständige Realschule zur Folge gehabt, die bald danach zur Vollanstalt der Lessing-Oberrealschule ausgebaut, und der eine Aufbauschule angegliedert wurde. Es schien 1926 damit gerechnet werden zu können, daß diese neue Schule neben der zweizügigen alten, jetzt Helmholz-Oberrealschule, bestehen könnte. So wurde 1929 für die letztere der Neubau für 2 Parallelzüge (= 18 Klassen) errichtet. Der Rückgang der Schülerzahl ließ dann aber von Ostern 1931 an nur 2 Sexta-Klassen für die gymnasiale und 2 für die Oberrealschulseite in Bielefeld zu, sodaß damit der Grund für die Einrichtung der Lessing-Oberrealschule, die Abzweigung der 3. Parallelklassen, fortfiel. Es wurde daher schon 1932 der Beschluß gefaßt, die Lessing-Oberrealschule wieder mit der alten Schule zu vereinigen.

Mit der Zusammenlegung der beiden Oberrealschulen traten die Studienräte Meyer zur Capellen, Dr. Westerfrölke, Franzmann, Baumann, Dr. Spiekerkötter, Dr. Koppe, Ohmann und der Oberschullehrer Vogel in den Lehrkörper der Helmholz-Oberrealschule über.

Die Aufbauschule wurde als selbständige Anstalt weitergeführt. An ihr wirkten 6 Studienräte

und 1 Studienassessor, außerdem waren 2 Studienräte und 1 Oberschullehrer der Helmholtz-Oberrealschule mit zusammen 29 Wochenstunden an der Aufbauschule beschäftigt.

Die Schülerzahl betrug in den 6 Klassen der Aufbauschule insgesamt 75, darunter befanden sich 21 Schülerinnen. 20 Schüler und 7 Schülerinnen kamen von auswärts.

Am 28. 1. 1936 genehmigte der Herr Minister den klassenweisen Abbau der Aufbauschule, beginnend Ostern 1936 mit der U III.

Auguste Viktoria-Schule.

Schülerinnenzahl.

	Einheimische	Auswärtige	Gesamtzahl	Klassenzahl	Zahl der Neuaufnahmen in die Sexta
Lyzeum	283	28	311	10	48
Studienanstalt	63	18	81	6	—
Zusammen	346	46	392	16	48

Die Schülerinnenzahl ist um 8 gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen. Die Zahl der Aufnahmen in VI war um 12 geringer als im vorhergehenden Jahre.

Die Studienrätin Dr. Schulte, bisher Oberin der Frauenschule an der Cecilien Schule, trat mit Beginn des Schuljahres 1935 neu in den Lehrkörper ein. Der Studienrat Dr. Mönkemeyer wurde mit Wirkung vom 1. 4. 35 zum Oberstudienrat befördert. Der Oberstudiendirektor Schulz trat am 1. 10. 35 wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand. Die Vertretung des Direktors für das Winterhalbjahr hatte der Oberstudienrat Dr. Mönkemeyer. Am 1. 10. 1935 trat ebenfalls infolge Erreichung der Altersgrenze die Oberschullehrerin Margarete Bertelsmann und am 1. 1. 1936 die Oberschullehrerin Emmi Uhlendorff in den Ruhestand. Vom 15. 10. 1935 ab wurde die techn. Schulamtsbewerberin Ursula Tilly mit zunächst 15 Wochenstunden beschäftigt.

Cecilien Schule.

Schülerinnenzahl.

	Einheimische	Auswärtige	Gesamtzahl	Klassenzahl	Zahl der Neuaufnahmen in die Sexta
Lyzeum	283	93	376	15	46
Oberlyzeum	26	13	39	3	—
Frauenschule	26	15	41	3	—
Kindergärtnerinnen und Hortnerinnenlehrgang	6	21	27	2	—
Zusammen	341	142	483	23	46

Gegenüber dem Vorjahre ist ein Rückgang in der Gesamtzahl von 23 Schülerinnen und in der Aufnahme in die Sexta von 18 Schülerinnen eingetreten.

Die Oberin der Frauenschule, Studienrätin Dr. Schulte, trat zu Beginn des Schuljahres in den Lehrkörper der Auguste Viktoria-Schule über. Die Studienrätin Pape und die Oberschullehrerin Peters wurden am 1. 4. 1935 in den Ruhestand versetzt. Die Jugendleiterin Schlüter schied am Ende des Schuljahres wegen Verheiratung aus.

An der Schule wurde wieder ein pädagogisches Anstaltsseminar errichtet, dem 6 Studienreferendarinnen überwiesen wurden.

Die bisherige 2 jährige Frauenschule wurde mit Genehmigung des Herrn Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung zu Ostern 1935 in eine 3 jährige Frauenschule umgewandelt. Die 3 jährige Frauenschule beginnt mit der Untersekunda und ist ein vollwertiger Aufbau und Abschluß einer höheren Schule. Das Reifezeugnis der Schule berechtigt u. a. zum Studium an den Hochschulen für Lehrerinnenbildung.

4. Berufs- und Fachschulen.

Gewerbliche Berufsschule für Knaben.

Die Schülerzahl der gewerblichen Berufsschule für Knaben war im Berichtsjahr weiter steigend. Am 1. 6. 1935 ergaben sich folgende Zahlen:

Pflichtschüler	2 726
Freiw. Schüler	126

Gesamtsschülerzahl 2852 gegenüber 2229 im Vorjahre. Aus dem Lehrkörper schieden aus: Gewerbeoberlehrer und Fachvorsteher Berleger (4. 8. 1935 durch Tod) und Gewerbeoberlehrer Rische am 1. 2. 1936 infolge Versetzung nach Soest. Gewerbeoberlehrer Walkenhorst wurde vom 1. 5. 35 ab infolge Berufung als Direktor nach Wermelskirchen für 1 Jahr beurlaubt.

Der Gewerbeoberlehrer Schnell aus Soest wurde zum 1. 2. nach hier versetzt. Die wachsende Schülerzahl machte die Berufung von 4 Gewerbelehrern notwendig, die außerplanmäßig beschäftigt werden. Der durch die starke Vermehrung der Schülerzahl erforderliche Raum wurde durch Belegung einzelner Klassen in der Wittkeind- und Gutenbergsschule geschaffen. Der Unterricht der Weber wurde in die Räume der Vereinigung für Lehrlingsausbildung im Textilgewerbe in der Lutterstraße verlegt.

Für alle einheimischen Schüler, die nicht der H.J. oder einem Turnverein angehören, besteht wöchentlich eine Turnstunde Pflichtunterricht. In der gleichen Linie der körperlichen und Wehrtüchtigung lag der Ausbau der Luftfahrtlehrgänge und die Einrichtung von 4 Modellbaulehrgängen.

Der Reichsberufswettkampf der gewerblichen Jugend wurde im Monat Februar unter tatkräftiger Mithilfe des gesamten Lehrkörpers in den Räumen der Berufsschule durchgeführt.

Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes betr. die Erweiterung der Berufsschulpflicht vom 26. 3. 1935 sind zur ständigen Beratung des Leiters des Schulunterhaltungsträgers anstelle des früheren Schulvorstandes Schulbeiräte eingesetzt worden. Als Schulbeiräte wurden gemeinsam für die gewerbliche Berufsschule für Knaben und für Mädchen auf die Dauer von 6 Jahren folgende Bürger berufen: Aus der Reihe der Gemeinderäte: Elektromeister Wilhelm Mezner und Malermeister Heinrich Hesselbick; nach Benehmen mit der Industrie- und Handelskammer: Fabrikdirektor Fritz Deltius und Fabrikant Karl Risler; nach Benehmen mit der Handwerkskammer: Tapeziermeister F. Bahle und Schlossermeister Hermann Röwekamp; nach Benehmen mit der R.S.-Frauensschaft: Frau Theodore Koch; nach Benehmen mit der Deutschen Arbeitsfront: Obermeister Wilhelm Schanderwitz und Werkmeister Ewald Helling; nach Benehmen mit der Hitler-Jugend: Rektor Althaus, ferner kom. Direktor Böttcher und Direktorin Horstmann und als Vertreter der Lehrerkollegien: Gewerbeoberlehrer Engelbrecht und Gewerbeoberlehrerin Kleinicke.

Gewerbliche Berufsschule für Mädchen.

Das starke Anwachsen der Schülerinnenzahl der Mädchenabteilung der gewerblichen Berufsschule sowie pädagogische und verwaltungstechnische Gründe veranlaßten die Stadtverwaltung entsprechend dem Vorbild zahlreicher anderer Städte, die Mädchenabteilung von der Knabenberufsschule abzutrennen und unter eigener weiblicher Leitung selbständig zu machen. Für die Leitung wurde die bisherige Direktor-Stellvertreterin Horstmann in Vorschlag gebracht. Die Ratsherren stimmten in der Sitzung am 14. Februar 1935 dieser Maßnahme zu. Da die Genehmigung des Herrn Ministers zu erwarten war, wurden schon zu Beginn des neuen Schuljahres die Verwaltungsarbeiten der Mädchenabteilung von der Knabenabteilung abgetrennt und der Direktor-Stellvertreterin Horstmann zur selbständigen Erledigung übertragen. Im Erlaß vom 29. April 1935 erklärte sich der Herr Minister mit der Abzweigung der Mädchenabteilung von der gewerblichen Berufsschule einverstanden und stimmte der Übertragung der Geschäfte der Direktorin an die bisherige Direktor-Stellvertreterin Horstmann zu.

Die Zunahme der Schülerinnenzahl des Vorjahres hielt auch im Schuljahre 1935/36 an. Gegenüber dem Vorjahre waren 492 Schülerinnen mehr vorhanden. Es ergaben sich folgende Zahlen:

Pflichtschülerinnen	=	1 826	
freiwillige Schülerinnen	=	16	zus. 1 842
Teilnehmerinnen an hauswirtschaftlichen Abendlehrgängen			77

Gesamtsschülerinnenzahl: 1 919

Entsprechend der zunehmenden Schülerinnenzahl wurde auch der Lehrkörper durch die Einstellung von 4 außerplanmäßig vollbeschäftigten Gewerbelehrerinnen erweitert.

In der Zeit vom 30. März bis 7. April 1935 veranstaltete die Schule eine ausgedehnte Ausstellung unter dem Thema: „Hauswirtschaftliche und gewerbliche Berufsausbildung im Dienste des Nationalsozialismus“ in ihren Schulräumen im Rosenhof. Eine zweite Ausstellung fand vom 7.—15. September unter den Themen: „Schule und Boden“ und „Rationelle Gemüse- und Obstverwendung“ im Rahmen der großen Gartenbauausstellung des Bundes der Kleingärtner für die Provinz Westfalen auf dem Johannisberg in Bielefeld statt.

Am 25. 2. 1936 wurde in der Schule die Gehilfinnenprüfung der Innung für Putzmacherinnen und am 22. März 1936 die staatliche Prüfung für Hausgehilfinnen abgehalten.

Vom 3.—15. Februar 1936 wurde in sämtlichen Unterrichtsräumen und in der Lehrküche der Schule der Reichsberufswettkampf mit gutem Erfolg durchgeführt: Leiterin und Lehrerinnen stellten freudig ihre Kraft und Zeit in den Dienst der Sache. Aus der Schar von etwa 659 Teilnehmerinnen der gewerblichen und hauswirtschaftlichen Berufe gingen 12 Kreissiegerinnen hervor. Sie wurden in der Jugendfeier am 1. Mai vor dem Rathaus geehrt. Eine Auslese von 16 der besten Teilnehmerinnen beteiligte sich am Gauentscheid in Münster. Aus diesem Wettkampf kehrte eine Teilnehmerin als Gausiegerin der Gruppe Nahrung und Genuß heim.

Eine neue Art der hauswirtschaftlichen Erziehung, das „Hauswirtschaftliche Anlernjahr“, fand auch in Bielefeld guten Eingang. Es will schulentlassenen Mädchen vor dem Eintritt in das Erwerbsleben in geeigneten Haushalten, im echten deutschen Familiengeist die Grundausrichtung fürs Leben geben. Es will sie körperlich kräftigen und in ihnen die Freude am hauswirtschaftlichen Beruf wecken. Die Unterbringung der Mädchen geschieht schlicht um schlicht. Die hauswirtschaftliche Erziehungsarbeit der Anlernfrau wird durch die Berufsschule ergänzt und vertieft, und der BDM. übernimmt die weltanschauliche und körperliche Schulung. Nach einem gelungenen Versuch des Vorjahres konnten in diesem Jahre 4 Klassen mit rund 100 Anlernmädchen eingerichtet werden. Der Landkreis Bielefeld schickte auch seine Betheler Anlernmädchen in die Mädchenberufsschule Bielefeld. Der größte Teil der Mädchen stammte aus dem Ruhrkohlengebiet. Sie hatten sich in der neuen Heimat so eingelebt, daß fast alle am Schluß des Anlernjahres in Bielefelder Familienhaushalten verblieben oder in hiesige gewerbliche Tätigkeit übergingen.

Handelslehranstalten.

Die Zahl der Schüler und Schülerinnen betrug nach dem Stande vom 1. Vierteljahr des Schuljahres 1935/36:

Höhere Handels- schule	Handels- schule	Höhere Fach- schule	Fachschule	Berufs- schule	Drogisten Fachschule	Insgesamt
68	247	33	202	197	60	807

Gegenüber den Vorjahren ist ein erhebliches Anwachsen der Schülerzahlen bemerkenswert, das sich zum Ostertermin 1936 in verstärktem Maße fortsetzte. Der Zuwachs betrifft alle Abteilungen der Anstalt, besonders jedoch die Handelsschule.

Die verschärften Aufnahmeprüfungen in der Handelsschule und die hohen Anforderungen bei der Abschlußprüfung haben eine wesentliche Verbesserung der Auslese bewirkt, sodaß auch im Unterricht höhere Anforderungen gestellt werden können.

In den Fachschulklassen ist der Unterricht in den schreibtechnischen Fächern allgemein durchgeführt. Dazu war erforderlich, einen zweiten Schreibmaschinensaal einzurichten. Ferner wurden die Leibesübungen für die Berufsschule und die meisten Fachschulklassen in den Vormittagsunterricht eingebaut, um auch von der Schule aus die körperliche Ertüchtigung der männlichen und weiblichen Jugend besser zu fördern, als das bei Abendunterricht in Leibesübungen möglich ist.

Am 28. Juli 1935 wurde der Diplom-Handelslehrer Büsching durch einen Unglücksfall aus seiner Berufsarbeit herausgerissen. Als Ersatz wurde der Diplom-Handelslehrer Dr. Rodewald eingestellt. Am 1. 4. 35 erfolgte die planmäßige Anstellung des Diplom-Handelslehrers Schischke, der besonders die Drogistenfachschule betreut.

Außerplanmäßig wurde der Diplom-Handelslehrer Knollmann mit voller Beschäftigung herangezogen.

Als Schulbeiräte wurden aufgrund des Gesetzes vom 26. 3. 1935 folgende Bürger auf die Dauer von 6 Jahren berufen: Aus der Reihe der Gemeinderäte: Diplom-Kaufmann Alfred Glinkner und kaufmännischer Angestellter August Langenberg; nach Benehmen mit der Industrie- und Handelskammer: Kaufmann Ernst Buddeberg und Kaufmann Ernst W. Bertelsmann; nach Be-

nehmen mit der Handwerkskammer: Goldschmiedemeister Kappler und Bandagistenobermeister Harting; nach Benehmen mit der NS.-Frauenshaft: Frau Theodore Koch; nach Benehmen mit der Deutschen Arbeitsfront: Geschäftsführer Georg Zisgen und Vertreter Otto Riffelmacher; nach Benehmen mit der Hitler-Jugend: Rektor Althaus, ferner der Handelschuldirektor Dr. Eckardt und als Vertreter der Lehrerschaft Diplom-Handelsoberlehrer Buchholz.

Handwerkerschule.

Die Schülerzahl betrug in den Tagesklassen im Sommerhalbjahr 55, im Winterhalbjahr 85, in der Stickschule im Sommer 16, im Winter 16. An Sonder- und Abendkursen wurden durchgeführt: für Tischler, Gärtner, graphische Berufe im Sommer- und Winterhalbjahr je ein Kursus; für Schlosser 1 Kursus im Winter und außerdem im Sommer ein und im Winter zwei Vorbereitungskurse auf die Meisterprüfung. Die Teilnehmerzahl an diesen Abendkursen betrug im Sommerhalbjahr 111 und im Winterhalbjahr 114. Ferner wurde wieder ein Provinzialmeisterkursus für Maler abgehalten.

Die graphischen Kurse wurden in Zusammenarbeit mit der DAF. durchgeführt. Dadurch wurde die Vergrößerung der Buchbinderwerkstatt nötig.

Für den Reichsberufswettkampf stellte die Schule die Schlosserwerkstatt zur Verfügung. Durch eine Stiftung von Herrn Dr. Bleek wurde die Anschaffung einer Radio-Empfangsanlage möglich.

Im Berichtsjahr hat die Besichtigung verschiedener industrieller Betriebe stattgefunden. Das Ausstellungsplakat für die Ausstellung auf dem Johannisberg „Wir zeigen Blumen, Gärten und Tiere“ wurde von der graphischen Klasse in einem Wettbewerb bearbeitet.

Der erste Reichsleistungskampf der Deutschen Fachschulschaften wurde von der Schule mit der Bearbeitung eines Feierabendhauses durchgeführt.

Es erfolgte eine Verlegung des Vortragssaales vom Dachgeschoß nach dem Untergeschoß. Eine Verdunkelungsanlage ist eingerichtet.

Am 14. Januar 1936 wurde eine Revision der Schule durch Herrn Ministerialrat Federle durchgeführt.

In der graphischen Abteilung wurde eine Erweiterung durch eine Werkstatt für Photolithographie durchgeführt, wofür der frühere Vortragsaal im Dachgeschoß hergerichtet wurde.

Fachschule für das Metallgewerbe.

Schülerzahl.

	Betriebsfachschule	Deutsche Motoren- und Fahrzeug-Mechanikerschule	Deutsche Nähmaschinen-Mechanikerschule		Gesamtzahl
	Abendschüler	Tageschüler	Tageschüler	Abendschüler	
Sommerhalbjahr	52	9	7	18	86
Winterhalbjahr	45	24	12	8	89

Der Unterricht wurde in dem bisherigen Umfange und mit den bisher beschäftigten Lehrkräften weitergeführt.

5. Pflege der Leibesübungen in den Schulen.

Die sportlichen Wettkämpfe anlässlich des Deutschen Jugendfestes wurden am 22. und 23. Juni 1935 auf allen städtischen Spielplätzen durchgeführt. Es beteiligte sich daran die 10—18jährige männliche und weibliche Jugend und zwar 2985 Schüler und 2349 Schülerinnen. Sieger wurden 1679 Schüler und 1569 Schülerinnen. Am 17. 9. 35 fand das Wettschwimmen der Schülerinnen und am 19. 9. 35 das der Schüler unter der Leitung des Turnlehrers Busch im Stadtbad an der Wiesenstraße statt. Es beteiligten sich daran 351 Mädchen und 436 Knaben, davon wurden 273 Schülerinnen und 261 Schüler Sieger.

Als Abschluß der Turn- und Spielzeit des Sommers wurden am 4. 10. 1935 auf dem Spielplatz Königsbrügge die Endkämpfe im Schlagball und Handball und die Staffelläufe aller Schüler

und Schülerinnen unter reger Beteiligung der Schulen ausgetragen. Die siegenden Mannschaften erhielten, soweit sie nicht ein Banner errangen, von der Stadt eine Urkunde als Anerkennung.

Der Gerätewettkampf der Bielefelder Knabenschulen fand am 28. 2. 1936 statt. Die große Zahl der Teilnehmer machte die Inanspruchnahme von 3 Turnhallen notwendig. Es beteiligten sich an den Einzelkämpfen 496 Schüler, von denen 396 den Sieg errangen. Ein Mannschafts-Hindernislauf beschloß den Gerätewettkampf.

6. Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit.

Die Schulgeldebefreiung bzw. -ermäßigung wurde gut begabten bedürftigen Schülern an Mittel-, höheren- und Fachschulen im Rahmen der vorhandenen Mittel bewilligt. Besonders begabten Schülern unbemittelter Eltern wurden auch Lehrmittel gewährt.

7. Junge Bielefelder während ihrer technischen und wissenschaftlichen Ausbildung.

Im Rahmen der vorhandenen Mittel konnten im Falle der Bedürftigkeit und unter Nachweis guter Begabung Beihilfen gewährt werden.

8. Landwirtschaftsschule.

Die altbekannte Bezeichnung „Landwirtschaftsschule“ statt „Bäuerliche Werksschule“ ist wieder eingeführt worden. Die geburtenchwachen Kriegsjahrgänge wirken sich jetzt in vollem Maße im Schulbesuche aus. Der Rückgang an Schülern war nicht unerheblich.

Übersicht über den Schulbesuch und die Herkunft der Schüler im Winterhalbjahre 1935/36.

Gesamtbesuch	Oberklasse	Unterklasse	Die Schüler stammen elternseits von		Die Schüler stammen aus Betrieben von				
			Bauern	Nichtbauern	2-5 ha	5-10 ha	10-20 ha	20-50 ha	50-100 ha
38	15	23	29	9	3	5	12	6	3

Das Durchschnittsalter betrug in der Oberklasse 19 Jahre — Monate, in der Unterklasse 18 Jahre — Monate. Die der Landwirtschaftsschule angegliederte Mädchen-Abteilung war mit 16 Schülerinnen in diesem Winterhalbjahre sehr gut besucht.

Der jetzt für alle Landwirtschaftsschulen gültige Normallehrplan läßt einen breiten Raum für weltanschauliche Schulung der Jungbauern und Jungbäuerinnen. Rassenkundlicher Unterricht und die jahrtausendalte geschichtliche Grundlage des Bauerntums sind besonders in den Vordergrund gerückt.

Der Unterricht wurde von den folgenden Fachlehrern erteilt: 1. Landwirtschaftsrat Dr. Bachhaus, 2. Landwirtschaftsrat Holthaus, 3. Landwirtschaftslehrer Hüth. Der forstliche Unterricht wurde von Förster Mergell erteilt.

An der Jungbäuerinnenabteilung unterrichteten die Leiterin Frä. E. Küster und Frä. A. Dierkes.

Der Schule wurde in diesem Jahre eine Bodenuntersuchungsstelle neu angegliedert.

b) Städtisches Museum.

Im Geschäftsjahr 1935/36 ist das Städt. Museum in Bielefeld in seiner Entwicklung ein gutes Stück weitergekommen, weil ihm endlich wieder Mittel für Neuanschaffungen zur Verfügung standen. Das wurde sehr dankbar empfunden, nachdem wir in den Jahren 1931 bis 1934 lediglich auf private Gaben für Neuanschaffungen angewiesen waren. Besonders schöne Fortschritte sind im Bauernhausmuseum zu verzeichnen. Die Anlage hat sich sehr zu ihrem Vorteil verändert und ist bedeutend erweitert worden. Wir kauften die aus dem Jahre 1686 stammende Bock-Windmühle in Hille (Kreis Minden) an und ließen sie im August-September durch den Mühlenbauer Quellhorst

am Bauernhausmuseum wieder errichten. Nach Angabe des Besitzers Wesemann hat sie früher in Ilsenstedt im Kreis Lübbecke gestanden, wo sie im Besitz der Familie Peper war. Schnitzereien im Innern der Mühle weisen darauf hin. Windmühlen werden in unserer Landschaft immer seltener. Auch die Stork-Wesemann'sche Mühle war in starkem Verfall. Nach ihrem neuen Aufbau am Bauernhausmuseum wird sie hoffentlich noch ein Jahrhundert und mehr als technisches Kulturdenkmal erhalten bleiben.

Bald nach der Wiedererrichtung der Windmühle kauften wir noch eine Flachsstampfmühle, eine sogenannte „Bokemühle“ von dem Landwirt Barner in Wittloge (Kreis Minden) und bauten sie ebenfalls am Bauernhausmuseum wieder auf. Es handelt sich um ein urtümliches, primitives Stampfwerk aus dem Jahre 1828.

Ebenfalls aus dem Kreise Minden erwarben wir eine aus dem Jahre 1728 stammende Cichorienmühle, die seit ihrem Bestehen durch viele Generationen auf dem Hofe des Bauern Renkens in Grefte bei Nordhemmern in Gebrauch gewesen war und die ganze Umgebung mit Cichorienkaffee versah. Friedrich der Große war bekanntlich aus Gründen der Devisenersparnis ein entschiedener Gegner des Bohnenkaffees. Er setzte sich stark für das heimische Cichoriengetränk ein, das er „preussischen Kaffee“ nannte. Auffällig ist, daß der Name für Cichorienkaffee im Kreise Minden noch heute „Dütskenwater“ (Deutschen-Wasser), d. h. Kaffee der Deutschen) ist. Diese Cichorienmühle hat während des Weltkrieges eine große Rolle gespielt. Sie versorgte während der durch die Blockade verursachten Not die Bewohner der Kreise Minden, Herford, Lübbecke und Stolzenau mit „Päckchen“, wie man in der Grafschaft Ravensberg die gemahlene Cichorie nannte.

Auch sonst sind allerlei kleine Anschaffungen gemacht worden. In der geschichtlichen Abteilung wurde die Sammlung Münzen-, Wappen- und Familiengeschichte durch einige wertvolle Anschaffungen bereichert. Ferner kauften wir das große Ölgemälde des Kunstmalers Karl Hendel-Horn „Der letzte Weber von Erlinghausen“. Eine wertvolle Stiftung wurde uns zu Teil durch die Schenkung der Firma C. A. Delius und Söhne. Wir erhielten dadurch das von Professor Illner gemalte Portrait des Bielefelder Bürgermeisters Ernst Friedrich Delius, 1817—1831.

In der Naturkundlichen Abteilung wurde insbesondere die Sammlung der Vögel erweitert, die jetzt nahezu vollständig geworden ist. In der geologischen Abteilung begannen wir mit den Vorarbeiten für eine 1.20 Meter hohe geologische Wand, die in natürlichem Gestein einen Schnitt durch die Erdschichten Minden-Ravensbergs veranschaulichen soll. Der Pfleger Althoff wurde mit dieser besonders wichtigen Aufgabe betraut. Wir hoffen, daß wir mit dieser Einrichtung insbesondere den Schulen ein ideales Anschauungsmittel für den Unterricht in der Geologie und Erdkunde zur Verfügung stellen können.

Der Besuch des Museums ist gegen das Vorjahr zurückgegangen. Die Verteilung der Besucher auf die einzelnen Monate läßt sich aus folgender Übersicht erkennen:

April	1 482	Besucher
Mai	1 936	„
Juni	2 230	„
Juli	2 701	„
August	1 331	„
September	1 577	„
Oktober	1 794	„
November	1 488	„
Dezember	812	„
Januar	1 122	„
Februar	972	„
März	1 688	„

zusammen: 19 163 Besucher

Folgende Sonderausstellungen wurden veranstaltet: April: „Erbgesund — Erbkrank“ in Verbindung mit dem Reichsausschuß für Volksgesundheitsdienst, Berlin.

Mai: „Flugzeug-Modelle“ in Verbindung mit der Flieger-Ortsgruppe Bielefeld.

Juni-Juli: „Alt Nürnberg in Bildern“.

August: „Berühmte Westfalen“ in Verbindung mit dem Landesmuseum in Münster.

September-Oktober: „Westfälischer Blandruck“ in Verbindung mit dem Landesmuseum in Münster und der Anstalt Bethel.

November-Dezember: „Webereien, Stickerien und künstlerisches Schrifttum nach niederdeutschen Sagen und Märchen“ mit Werken von Anna Gehring-Hamelin.

Ebenfalls im November-Dezember: „Willst Du Deinen Bauernhof verschandeln?“

Januar: „Polnische Graphik, Bühnenedwürfe und Aquarelle“.

Februar: „Die Lipper bahnen Adolf Hitler entscheidend den Weg zur Machtergreifung“.

März: „Heimat im Lichtbild“ in Verbindung mit der Photographischen Gesellschaft in Bielefeld.

Ebenfalls im März: „Die Werke Matthies Daniel Pöppelmanns, des Erbauers des Dresdner Zwingers“ in Verbindung mit dem Landesdenkmalpfleger für Sachsen.

Außer den Führungen, die Museumsdirektor Dr. Schoneweg veranstaltete, fanden verschiedene Vorträge im Museum statt. Der polnische Konsul in Essen, Dr. Zawadowski, sprach anlässlich der Ausstellung „Polnische Graphik“ über „Die Entwicklung der polnischen Kunst“. Außerdem hielt Direktor Malezka vom polnischen Konsulat in Essen einen Lichtbildervortrag über „Polnische Volkskunst“. Beide Veranstaltungen fanden in Gegenwart von Vertretern der Parteiorganisationen, der Wehrmacht und der Behörden statt. In gemeinsam vom Museum und dem Historischen Verein veranstalteten Versammlungen sprachen Dr. Warning über „Harkort“ und Architekt Holtmann über „Westfälische Kirchen“.

Am 11., 12. und 13. Oktober fand in Bielefeld die Tagung der Vereinigung Westfälischer Museen statt. Vorträge hielten die Museumsdirektoren Dr. Friß-Dortmund, Dr. Rissen-Münster, Dr. Schoneweg-Bielefeld und die Museums-Assistenten Dr. Gräbke, Dr. Hoffmann und Dr. Schmitz aus Münster. Besichtigungen der drei Museumsabteilungen, der Burg auf dem Sparrenberge, sowie der kunstgeschichtlich wichtigen Altertümer in den Bielefelder Kirchen schlossen sich an. Eine Autobusfahrt, die ein Bild von der heimischen Kunstgeschichte vermitteln sollte, führte über Schloß Latenhausen, wo Graf Korff-Schmiesing die reichen Kunstschätze seines Besitzes zeigte, ferner zum Friedhof nach Stockkämpen (Grab des Grafen von Stolberg) und nach Schloß Holtfeld. Den Beschluß der vom schönsten Wetter begünstigten Fahrt bildete die Besichtigung der Kirche und Abtei des Klosters Marienfeld. Abends fand anlässlich der Tagung im Bielefelder Stadttheater eine Aufführung von Schonewegs Lustspiel „Dä Student van Münster“ statt, wozu der Historische Verein für die Grafschaft Ravensberg eingeladen hatte.

c) Städtische völkereundliche Sammlung.

Für die völkereundliche Sammlung auf der Sparenburg, die hauptsächlich aus kolonialen Erinnerungsstücken, Waffen aus Afrika und der Südsee und daneben einigen Kleidungsstücken aus Japan und China besteht, sind Neuanschaffungen nicht gemacht worden. Teilweise sind die Sachen verfallen. Für die Besichtigung zahlt der Besucher 0,10 R.M. Jährliche Besucherzahl etwa 3000 Personen.

d) Stadtbücherei.

Seit Jahren ist die Notwendigkeit erkannt, einzelne stark benutzte Abteilungen einer Umarbeitung zu unterziehen. Da sich die genaue Durchsicht des Bestandes gleichzeitig als wichtige Vorarbeit erweist, ist der Zeitpunkt für die neue technische Umarbeitung günstig. Als stark benutzte Abteilung ist zunächst mit der Umgestaltung der „Schönen Literatur“ Anfang April 1935 begonnen worden. Es wird versucht, diese Arbeit ohne Schließung der Bibliothek neben dem sonstigen Betriebe durchzuführen. Auf diese Weise ist nur ein langsames Vorwärtkommen möglich. Leider hat die Prüfung der einzelnen Bände — allein schon ihres äußerlichen Zustandes wegen — einen großen Abgang zur Folge. Es entstehen große Lücken. Zur Wiederauffüllung dieses für eine größere Bücherei selbstverständlichen Grundbestandes müssen in den nächsten Jahren besondere Mittel aufgewandt werden.

Wenn im vergangenen Jahre der Bestand mit einer Gesamtzahl von 61 524 Bänden angegeben wurde, so ist trotz des Abgangs eine kleine Zunahme auf 62 104 Bände zu verzeichnen, in der Hauptsache verursacht durch Geschenke alter Bände, sowie einiger Neuanschaffungen.

Die Woche des Buches vom 27. 10. bis 3. 11. war für die Stadtbücherei mit der Eröffnung eines neuen Zeitungszimmers und der gleichzeitigen Neugestaltung des Arbeitsraumes verbunden.

Im Zeitungszimmer liegen Zeitungen und einige Zeitschriften aus, die dort von jedermann gelesen werden können. — Der Arbeitsraum ist wieder mit der Handbibliothek der Nachschlagewerke versehen worden. In Zukunft sollen in diesem Raume besondere Buchausstellungen gezeigt werden. So hat im Februar-März 1936 die Bibliophile Vereinigung aus Privatbesitz eine Zusammenstellung „Aus der Blütezeit der Philosophie“ gegeben.

Zur Woche des Buches ist das Thema unserer Ausstellung aus eigenen Beständen „Der Soldat in Wort und Bild“ von den Benutzern mit viel Interesse beachtet worden. Ein kurzes Verzeichnis hat gleichzeitig über die vorhandene Literatur „Reichsheer und Wehrmacht“ Auskunft gegeben.

In diesem Berichtsjahr sind aus unserm Bestande 70 976 Bände ausgeliehen.

Auf dem Wege des Deutschen Leihverkehrs sind von auswärtigen Staats-, Universitäts- und Landesbibliotheken mit 2038 Bestellungen 1338 Bände für Wissenschaftliche Arbeiten vermittelt worden. An auswärtige Bibliotheken konnten 43 Bände verliehen werden.

Arbeitszimmer und Zeitungszimmer sind von 28 539 Personen besucht worden.

Aus der Bürgerschaft sind wieder verschiedene Schenkungen eingegangen.

e) Städtische Heimatbücherei.

Das Berichtsjahr brachte in der Verwaltung der Heimatbücherei eine bedeutsame Veränderung. Am 1. 4. 1935 ging die bisherige „Städtische Bibliothek für Heimatkunde“, die drei Jahre lang von dem „Historischen Verein für die Grafschaft Ravensberg“ betreut worden war, wieder auf die Stadt über. Sie führt nunmehr als städtische Dienststelle die Bezeichnung „Haus der Heimatkunde, Heimatbücherei und Stadtarchiv“. Dem Historischen Verein ist die Stadt für seine Bereitwilligkeit und vorbildliche Arbeit, sowie für seine mehrfache uneigennütige Aushilfe mit Vorschüssen zu Dank verpflichtet. Durch den dankenswerten Beitrag des Minden-Ravensbergischen Hauptvereins für Heimatschutz und Denkmalpflege und der Provinzialverwaltung ist der Bücherei der Ankauf des geschichtlichen und landeskundlichen Teiles der bedeutendsten gleichartigen Privatbibliothek unseres Landes, der Bücherei des alten Hauses Hüffe bei Preußisch-Oldendorf möglich geworden.

Die so gewonnenen, durch Seltenheit hervorragenden Bestände haben wir mit Hilfe der Stadt nunmehr durch sorgsame Einzelverzeichnung in der alten Form unseres Zettelkataloges sichern und dem Gebrauche zuführen können. Gleichzeitig damit konnten wir ein Andenken an den regen Sammel- und Studieneifer der Freiherren von Velh-Jungken begründen. Die Sammlung ist jetzt, abgesehen von ihrem Bestande an jährlich fortlaufenden Reihenwerken, im Oberstod unseres Hauses gesondert untergebracht.

Während die Benutzung der Bücherei gerade erst in dem letzten Jahre etwas nachgelassen hat, offenbar im Zusammenhang mit der vielseitigen, meistens gemeinnütigen sonstigen Tätigkeit der Bevölkerung, namentlich in ihrem jugendlichen Teil, erfuhr der Bestand unserer Sammlungen mehrfach einen großen Zuwachs. Der Tod unseres alten Gönners, des Fabrikanten Arnold Crüwell, brachte uns etwa 750 Bände heimischer Literatur zu. Es waren vor allem große Reihen von Schulbüchern aus älterer Zeit, welche dem Nachlaß des Taubstummenanstalts- und Seminardirektors Friedrich Bornbaum in Petershagen entstammten. Der letzte Wille unseres alten Arbeitskameraden Reinhold Meyer, sowie die Entscheidung seiner Haupterin, Fräulein Postassistentin Rahing, wandten unserer Bücherei einerseits eine schöne Stiftung von 500.— *R.M.* zur Nachbeschaffung der wichtigsten neueren Erscheinungen und andererseits einen großen Teil der wissenschaftlich hochstehenden Büchersammlung des Verstorbenen zu. Die öffentlich verfügbaren noch über 1000 Bände dieses Nachlasses teilte der Pfleger mit der Stadtbücherei. Ihr konnte alles für den Arbeitsgebrauch dort unmittelbar Wichtige zugewiesen werden. Für das Haus der Heimatkunde wurde eine ausreichende Zusammenstellung zurückbehalten.

f) Städtisches Archiv.

Das Städtische Archiv, ursprünglich nur der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung Bielefelds und Ravensbergs dienend, wurde, entsprechend den heutigen Anforderungen, die der Staat an seine Angehörigen stellt, sehr stark in Anspruch genommen durch die familiengeschichtliche Forschung. Diese starke Inanspruchnahme, an sich ein erfreuliches Zeichen, ist auch insofern für das Archiv selbst von Nutzen gewesen, als die eifrige Durchforschung unseres hier in Bielefeld befindlichen Materials manches geschichtlich Wertvolle zutage brachte und weiter dazu führte, das Bielefelder Stadtarchiv in Verbindung zu bringen mit dem in Münster lagernden, zum großen Teil noch gar nicht ausgewerteten Material. Hierbei leistete das von Herrn Geheimrat Krumbholz seit Jahren angefertigte Verzeichnis gute Dienste. Nach den Mitteilungen dieses wohl besten Kenners des Staatsarchivs befindet sich in Münster noch sehr viel, was für Bielefeld von Bedeutung ist. Daher hat sich die Weiterführung und Vollendung des genannten Verzeichnisses als ein unabwiesliches Bedürfnis herausgestellt; es ist erfreulich, daß Herr Geheimrat Krumbholz seine Arbeit auf diesem Gebiete fortsetzt. — Leider war es noch nicht möglich, bedeutende Teile des handschriftlich

vorliegenden Verzeichnisses in Maschinenschrift zu übertragen und damit weiteren Kreisen zugänglich zu machen.

Eine weitere, mit dem Vorhergehenden zusammenhängende Arbeit ist ebenfalls in Angriff genommen worden. Sie bezweckt eine nochmalige Durchsicht und teilweise bessere Anordnung des hier in Bielefeld lagernden geschichtlichen Stoffes. Es wird angestrebt, auch der familiengeschichtlichen Forschung dadurch entgegenzukommen, daß in dem neuen Verzeichnis nicht nur Titel und allgemeine Kennzeichnungen, sondern genauere Angaben in der Weise gegeben werden, die die familiengeschichtliche Forschung erleichtern.

g) Stadttheater.

Im Berichtsjahr begann die Tätigkeit des Stadttheaters erst im Herbst mit der Eröffnung der Winterspielzeit. Im Sommer 1935 konnte die Beseitigung von Bad Deynhausen durch den Beschluß der Reichsmusikkammer, wonach es ganzjährig angestellten Orchestern untersagt ist, Kurmusik in Bädern zu veranstalten, nicht mehr durchgeführt werden. Die für die Spielzeit 1935/36 wieder verpflichteten darstellenden Mitglieder des Vorjahres erhielten aber während der spiellosen Sommerzeit ein Übergangsgelalt, welches sie instandsetzte, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und auf öffentliche Unterstützung zu verzichten.

Die Spielzeit begann am 7. September und endete am 15. Mai. Der Besuch des Theaters ließ bis Weihnachten zu wünschen übrig, steigerte sich aber in den Monaten Januar bis März. Auch in dieser Spielzeit haben die Besucherorganisationen der „Deutschen Bühne“ und von „Kraft durch Freude“ Vorstellungen für ihre Mitglieder abgenommen. Neben den großen Dienstags- und Mittwochs-Platzmieten (je 24 Vorstellungen) traten erstmalig die kleinen Dienstags- und Mittwochs-Platzmieten (je 12 Vorstellungen) in Erscheinung. Letztere haben sich aber nicht bewährt, trotzdem für diese von der Intendanz geworben war.

Im Schauspiel fand eine Uraufführung (Bürgers „Canossa“) und in der Operette ebenfalls eine Uraufführung von „Drei kleine Fräulein“ des jungen Bielefelder Komponisten Siegfried Schulz statt.

Während der Spielzeit wurden in Bielefeld insgesamt 285 Vorstellungen (etwa je zur Hälfte musikalische Werke und Sprechstücke) gegeben. Abstecher erfolgten hauptsächlich nach Minden.

Der Intendant, Herr Leon Geer, erhielt im Laufe des Winters eine Berufung als Intendant nach Augsburg. Er wird also nach Ablauf seines hiesigen Vertrages, im Sommer 1936, Bielefeld verlassen. An seine Stelle tritt der stellvertretende Direktor der Landeskulturkammer der Freien Stadt Danzig, Oberspielleiter und Dramaturg des Danziger Staatstheaters, Herr Dr. Alfred Kruchen.

Für dieses Geschäftsjahr betrug

die Gesamt-Ausgabe	556 525,38	R.M.
die Gesamt-Einnahme	258 006,65	„
der städtische Zuschuß	298 518,73	R.M.

h) Städtisches Orchester.

Durch Beschluß der Reichsmusikkammer war es nicht mehr zulässig, daß, wie im vorhergehenden Jahr, auch im Sommer 1935 fest angestellte Orchester während der Sommerzeit als Kurorchester in Bädern verwandt wurden. Aus diesem Grunde wurde die Tätigkeit unseres Orchesters im Berichtsjahr 1935 wesentlich anders. Während des Sommers fand neben den üblichen Nachmittags-Konzerten, die auf dem Johannisberg abgehalten wurden, eine große Bach-Händel-Feier statt. Zum ersten Male wurden Serenaden-Abende, die auf der Sparenburg veranstaltet wurden, eingeführt. Außerdem wirkte das Städtische Orchester siebenmal an den Wochenschlußfeiern der Altstädter Kirche mit.

Im Konzertwinter 1935/36 wurden die volkstümlichen Sinfonie-Konzerte fallen gelassen und dafür 10 Große Abonnements-Konzerte veranstaltet. Auch für dieses Jahr gelang es, durch intensive Werbung die Zahl der Abonnenten wieder um eine beträchtliche Zahl zu erhöhen. Wie im Vorjahr sahen auch diese Konzerte die bedeutendsten Solisten vor.

Das laufende Berichtsjahr weist wiederum eine Stärke von 44 Mitgliedern des Städtischen Orchesters auf.

Die Gesamt-Ausgabe betrug	244 223,58	R.M.
„ Einnahme „	89 498,15	„
mithin städtischer Zuschuß	154 725,43	R.M.

9. Wohlfahrtswesen und Gesundheitspflege.

1. Wohlfahrtspflege.

a) Organisation und allgemeine Angelegenheiten.

Organisation.

In der Organisation der Stadtämter und Fürsorgestellen der Wohlfahrtsverwaltung sowie der Außenfürsorge sind Veränderungen nicht eingetreten. Die Abgrenzung der Fürsorgebezirke ist insofern geändert worden, als die Bezirke Wellensief und Sellershagen zu einem Fürsorgebezirk vereinigt wurden und ein Teil des letzteren anderen Bezirken zugeteilt wurde.

Beiräte für das Wohlfahrtswesen und die Körperertüchtigung.

Gemäß § 58 der Deutschen Gemeindeordnung sind für das Wohlfahrtswesen und die Körperertüchtigung Beiräte bestellt worden, denen die Aufgabe der Beratung in Angelegenheiten des Wohlfahrtswesens und der Körperertüchtigung obliegt. Als Beiräte sind berufen worden:

Stadtrat Heitkamp,	Vorsitzender,
Stadtrat Heidemann,	stellvertretender Vorsitzender,
Ratsherr Walter Pohlmann,	
Ratsherr Paul Seifert,	
Med.-Rat Dr. Ulrich,	Ärztlicher Leiter des Gesundheitsamtes,
Lehrer Brinker,	Fürsorgebezirksvorsteher,
Kreisamtsleiter Holtmann,	Vertreter der NSB.,
Pastor Pawlowsky,	Vertreter der Inneren Mission,
Pfarrer Schmidt,	Vertreter des Caritas-Verbandes,
Rechtsanwalt Koch,	Vertreter des Roten Kreuzes,
Frau Theodore Koch,	Vertreterin der NS.-Frauensschaft,
Frau Brackjef,	Vertreterin des Deutschen Frauenwerks,
Heinrich Sievert,	Vertreter der NS.-Kriegsopferversorgung,
Lehrer Ermschhaus,	Schuljugendwalter,
Mittelschullehrer Sundermann,	Kreisjugendwalter,
Marga Wienand,	Kreisjugendwalterin.

Fürsorgebezirksbeiräte.

Bei Beginn des Berichtsjahres waren als Wohlfahrtspfleger und -Pflegerinnen ehrenamtlich tätig 352 Personen.

Ausgeschieden sind im Laufe des Berichtsjahres

durch Verzug	7	
„ Tod	1	
„ freiwillige Aufgabe	28	
„ Ausschluß	4	40 „

bleiben: 312 Personen.

neu eingestellt wurden 27 „

Mithin waren am Schluß des Berichtsjahres tätig 339 Personen.

Von den am Schluß des Berichtsjahres tätigen Helfern waren entsandt:

151 von der NSDAP.,
130 von der Inneren Mission,
24 von der Caritas,
34 vom Vaterländischen Frauenverein.

Schulung der Wohlfahrtspfleger:

Im Berichtsjahr hat eine besondere Schulung der Wohlfahrtspfleger nicht stattgefunden. Die neu eingestellten Wohlfahrtspfleger wurden bei ihrer Verpflichtung in die Arbeit eingeführt.

Städtische Darlehnskasse.

Auf die in den früheren Jahren aus der Städtischen Darlehnskasse gewährten Darlehen sind im Berichtsjahr rund *R.M.* 6 800.— zurückgezahlt. Am Schluß des Berichtsjahres standen noch rund *R.M.* 23 000.— aus. Neue Darlehen sind und werden aus der Darlehnskasse nicht mehr gewährt.

Blinden=Freifahrkarten:

Die den Kriegs- und Friedensblinden vom Städtischen Betriebsamt ausgestellten Freifahrkarten zur Benutzung der Städtischen Straßenbahn und der Städtischen Omnibusse hatten auch im Berichtsjahr Gültigkeit. Es waren insgesamt 65 Freifahrkarten ausgestellt.

Ledigenheim Spinnerei Vorwärts:

Das Ledigenheim Spinnerei Vorwärts ist von der Stadt endgültig aufgegeben. Es wird von der Inneren Mission — Ev. Jugend- und Wohlfahrtsamt — weitergeführt. Die Einrichtungsgegenstände sind von der NSB. unentgeltlich überlassen, die sie der Inneren Mission für die Fortführung des Ledigenheimes weiter zur Verfügung stellt.

Volksküchen:

Die beiden Städtischen Volksküchen am Kesselbrink und im früheren Lutherstift, Kreuzstraße, sind auch im Berichtsjahr weitergeführt worden. Essenausgabe war Werktags und Sonntags.

Das Essen wurde abgegeben an:

Unterstützte und Minderbemittelte	Werktags für <i>R.M.</i> 0,15 die Portion
	Sonntags „ „ 0,20 „ „
An Selbstzahler	Werktags „ „ 0,30 „ „
	Sonntags „ „ 0,50 „ „

Es wurden durchschnittlich abgegeben:

Im Monat	Volksküche am Kesselbrink		Volksküche Kreuzstraße		Gesamtausgabe im Monat
	Werktags	Sonntags	Werktags	Sonntags	
April 1935	350	320	270	340	18 720
Mai „	450	340	310	330	21 660
Juni „	500	300	350	300	24 500
Juli „	600	550	420	460	30 560
August „	630	550	420	450	31 300
September „	660	530	420	460	32 040
Oktober „	640	350	360	300	28 600
November „	580	480	320	360	26 760
Dezember „	540	450	330	380	25 940
Januar 1936	450	350	270	250	21 120
Februar „	520	400	320	380	24 960
März „	420	320	250	300	19 900

Gesamtjahresausgabe: 306 060

Die Aufwendungen für Lebensmittel, Feuerung, Löhne, Mieten usw. betragen rd. 116 000,— Reichsmark. Für verkaufte Essenkarten sind rund 44 500,— *R.M.* eingegangen, so daß die Stadt mit rund 71 500,— *R.M.* endgültig belastet ist.

Margarine- und Speisefettverbilligung:

Die Margarine- und Speisefettverbilligungsaktion des Reiches wurde im Berichtsjahr fortgesetzt. Es wurden ausgegeben:

Für die Monate	Anzahl der Verbilligungsscheine	Verbilligung	
		je Schein	insgesamt
		<i>R.M.</i>	<i>R.M.</i>
April, Mai, Juni 1935	25 144	1,50	37 716,—
Juli, August, September „	24 933	1,50	37 399,50
Oktober, November, Dezember „	26 007	1,50	39 010,50
Januar, Februar, März 1936	25 784	1,50	38 676,—
Gesamtjahresausgabe:	101 868		
Gesamtjahresverbilligung:			152 802,—

Ehestandsdarlehen.

Im Berichtsjahr sind 408 Anträge gestellt worden, von denen 363 dem zuständigen Finanzamt befürwortend weitergegeben, 35 abgelehnt und 7 zurückgezogen wurden. 3 Anträge schwebten am Schluß des Berichtsjahres noch.

Die von der Stadt bei der Weiterleitung der Anträge befürwortete Gesamtsumme beträgt *R.M.* 275 700.—. Über die Höhe der wirklich bewilligten Einzelbeträge und des Gesamtbetrages kann nichts gesagt werden, weil die Bewilligung und Auszahlung der Darlehensbeträge durch die Finanzämter erfolgt.

Einmalige Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien.

Nach der Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 15. 9. 1935 können unter bestimmten Voraussetzungen einmalige Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien gewährt werden. Die Entgegennahme und Prüfung der Anträge erfolgt durch die Gemeinden, während die endgültige Entscheidung über die Anträge und die Auszahlung den Finanzämtern übertragen ist.

Im Laufe des Berichtsjahres sind 433 Anträge gestellt worden, davon sind 69 abgelehnt, 4 zurückgezogen und 218 befürwortend an das Finanzamt weitergegeben. 69 Anträge mußten abgelehnt werden, weil die Voraussetzungen nicht vorlagen. 145 Anträge sind bis auf weiteres zurückgestellt, weil die Antragsteller nur 4 oder 5 Kinder unter 16 Jahren haben und Vordringlichkeit nicht anerkannt werden konnte. Es entfielen auf jedes Kind durchschnittlich *R.M.* 70.—. Über die Höhe der wirklich bewilligten Einzelbeträge und des Gesamtbetrages kann nichts gesagt werden, weil die Bewilligung und Auszahlung durch die Finanzämter erfolgt.

Bedarfsdeckungsscheine für Ehestandsdarlehen und Kinderbeihilfen:

Zur Entgegennahme von Bedarfsdeckungsscheinen für Ehestandsdarlehen und Kinderbeihilfen waren 535 Geschäfte zugelassen.

Stiftungsmittel:

Im Berichtsjahr standen der Wohlfahrtsverwaltung *R.M.* 16 618.— Stiftungsmittel zur Verfügung, und zwar

dem Verwaltungs- und Gesundheitsamt	6 099,—	<i>R.M.</i>
dem Fürsorgeamt A	4 955,—	„
dem Fürsorgeamt B	4 764,—	„
dem Jugendamt	800,—	„
zusammen:	<u>16 618,—</u>	<i>R.M.</i>

Die Stiftungsmittel sind zur Beseitigung besonderer Notstände unter der bedürftigen und minderbemittelten Bevölkerung in Form von Sonderunterstützungen verwandt worden.

Gemeinde-Kranken- und Hauspflege:

Die Gemeinde-Kranken- und Hauspflege wird seit Jahren von dem Zweckverband der Ev. Kirchengemeinden und dem Caritas-Verband ausgeübt. Der genannte Zweckverband erhält von der Stadt einen Jahreszuschuß von *R.M.* 2 750.—, während die Bezuschussung des Caritas-Verbandes von Fall zu Fall erfolgt.

Bahnhofsmission:

Die Arbeiten der Bahnhofsmission sind an die Innere Mission — Ev. Jugend- und Wohlfahrtsamt — delegiert. Die Stadt zahlt zu den Aufwendungen einen Zuschuß von *R.M.* 600.— jährlich.

Mütter Schulung:

Die Arbeitsgemeinschaft im Deutschen Frauenwerk hat auch im Berichtsjahr die im Vorjahr eingerichteten Mütter Schulungskurse abgehalten. Die Stadt hat sich durch Bereitstellung von Räumen und Übernahme von Heizungs- und Lichtkosten beteiligt. Außerdem hat sie einen einmaligen Barzuschuß von *R.M.* 200.— geleistet. Sie hat das Mütter Schulungswerk außerdem insofern gefördert, als sie die Bewerberinnen um Ehestandsdarlehen und die kinderreichen Mütter, die Anträge auf Kinderbeihilfen stellten, auf die Mütter Schulungskurse hingewiesen hat.

Zusammenwirken mit der NSB. als Trägerin des Hilfswerks „Mutter und Kind“:

Die NSB. als Trägerin des Hilfswerks „Mutter und Kind“ hat zur Erfüllung ihrer Aufgaben (ergänzende Fürsorge für Säuglinge und junge Mütter, Landaufenthalte, Müttererholung usw.) in engster Beziehung zur Stadt gestanden. Unter anderem nahmen die Vertreterinnen der NS.-Frauenshaft als Beauftragte der NSB. an den Mütterberatungs- und Säuglingsprechstunden und an den Sprechstunden der Städtischen Fürsorgerinnen teil.

Winterhilfswerk 1935/36:

Auch im Winter 1935/36 ist das Winterhilfswerk von der NSB. unter Beteiligung der sonstigen freien Wohlfahrtspflege durchgeführt worden. Die Stadt hat das städtische Gebäude Niedermühlenkamp 43 (früher Jugendheim) unentgeltlich zur Verfügung gestellt und auch sonst zur Durchführung der Gemeinschaftsaufgaben mit der NSB. in engster Beziehung gestanden.

b) Wirtschaftliche Fürsorge.

Fürsorgeamt A.

Die allgemeine Besserung der Verhältnisse und damit der Rückgang der Aufwendungen der öffentlichen Fürsorge hielten im Berichtsjahre weiter an. Im einzelnen geht die Bewegung aus nachfolgenden Übersichten hervor:

Barunterstützungen.

Monat	Zahl der Unterstützten	Zahl der Fürsorgearbeiter	Gesamtzahl der Parteien	Ausgaben für Unterstützungen <i>R.M.</i>
April 1935	3219	370	3589	112 317,—
Mai „	2983	411	3394	102 556,—
Juni „	2846	423	3269	98 572,—
Juli „	2857	428	3285	96 296,—
August „	2707	439	3146	92 932,—
September „	2703	413	3116	91 053,—
Oktober „	2748	329	3077	92 283,—
November „	2803	299	3102	93 129,—
Dezember „	2941	266	3207	95 784,—
Januar 1936	3022	201	3223	98 369,—
Februar „	2906	261	3167	97 653,—
März „	2512	432	2944	88 852,—
			zusammen:	1 159 796,—
			Erstattungen an auswärtige Verbände:	101 100,—
			Gesamtausgabe an Barunterstützungen:	1 260 896,—

Die Gesamtausgabe an Barunterstützungen betrug im Jahre 1934: 2 740 900,—
 An Löhnen für Fürsorgearbeiter wurden im Berichtsjahre ausgegeben: 412 900,—
 Die Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen sank von 961 auf 658.

Sachleistungen.

Es wurden ausgegeben:

für Kohlen	36 800,—	<i>R.M.</i>
für Kartoffeln	68 400,—	"
für Bekleidung und Sonstiges	128 500,—	"
zusammen:	<u>233 700,—</u>	"

Die vollunterstützten Familien erhielten durchschnittlich je 7 Zentner Brennstoffe. An Kartoffeln wurden in diesen Fällen für Erwachsene je 2 Zentner und für Kinder unter 6 Jahren je 1 Zentner ausgegeben. Hierbei sind die vom Winterhilfswerk verteilten Kohlen und Kartoffeln nicht mitgerechnet.

Ärztliche Hilfe, Arznei und Heilmittel.

Arztkosten	25 000,—	<i>R.M.</i>
Arznei- und Heilmittel	24 000,—	"
zusammen:	<u>49 000,—</u>	"

Familienpflege für Kinder.

306 Fälle	64 000,—	<i>R.M.</i>
Erstattungen aus auswärtigen Fürsorgeverbänden	4 600,—	"
zusammen:	<u>68 600,—</u>	"

Krankenhauspflege.

Krankenhaus	Fälle	Pflegetage	Pflegekosten <i>R.M.</i>
Städtisches Krankenhaus	515	16 438	81 700,—
Franziskushospital	111	3 746	14 400,—
Bethel (Gilead, Kinderkrankenhaus und Samaria) . .	22	1 640	6 300,—
Entbindungsanstalten und sonstige Krankenhäuser . .	13	977	4 800,—
zusammen:	661	22 801	107 200,—
Erstattungen an auswärtige Fürsorgeverbände			25 700,—
		zusammen:	<u>132 900,—</u>

Fürsorge für Geisteskrankte:

359 Fälle, 108 345 Pflegetage 167 000,— *R.M.* Pflegekosten

Altersheimpflege:

101 Fälle, 28 211 Pflegetage	41 400,—	"	"
Erstattungen an auswärtige Verbände	900,—	"	"
zusammen:	<u>42 300,—</u>	"	"

Kinderheim- und sonstige Heimpflege:

323 Fälle, 20 239 Pflegetage	36 900,—	"	"
Erstattungen an auswärtige Verbände	7 600,—	"	"
zusammen:	<u>44 500,—</u>	"	"

Zusammenstellung der Ausgaben und Einnahmen:

Hauptsächliche Ausgaben:

Barunterstützungen	1 240 600,—	<i>R.M.</i>
Löhne für Fürsorgearbeiter	412 900,—	"
Sachleistungen	233 700,—	"
Arztkosten	25 000,—	"
Kosten für Arznei und Heilmittel	24 000,—	"
Familienpflege für Kinder	68 600,—	"
Krankenhaus-Pflegekosten	132 900,—	"
Heilanstalts-Pflegekosten	167 000,—	"
Altersheim-Pflegekosten	42 300,—	"
Kinderheim-Pflegekosten	16 000,—	"
Kosten für sonstige Heimpflege	28 500,—	"
Beerdigungskosten	4 700,—	"
zusammen:	<u>2 396 200,—</u>	"

Hauptsächliche Einnahmen:

Erstattungen durch auswärtige Fürsorgeverbände	161 300,—	<i>R.M.</i>
Erstattungen durch Versicherungsträger	74 400,—	"
Erstattungen durch Unterstützte selbst	41 100,—	"
Erstattungen durch Drittverpflichtete (Beiträge)	42 800,—	"
Sonstige Beihilfen	220 000,—	"
zusammen:	<u>539 600,—</u>	"

Die Zahlung der Reichsbeihilfe für Wohlfahrtserwerbslose ist mit Ende Dezember 1934 eingestellt worden. Für die Gewährung dieser Beihilfe ist eine Mindestzahl von anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen Bedingung, die 1 % der Einwohnerzahl der Stadt ausmacht. Diese Zahl von rd. 1200 wurde im Laufe des Monats November 1934 unterschritten und ist auch hinterher erfreulicherweise nicht wieder erreicht worden.

Bedürftigkeitsprüfung für die Arbeitslosen- und Krisenfürsorge.

Der Bezug der Arbeitslosenunterstützung über die 6. Woche hinaus und von Krisenunterstützung überhaupt ist von der Hilfsbedürftigkeit des Empfängers abhängig. Die Bedürftigkeitsprüfung erfolgt zuerst beim Eintreten des Unterstützungsfalles und ist alle 20 Wochen zu wiederholen bis auf die Fälle, in welchen Nebeneinkommen in der Familie vorhanden ist. Hier wird sie alle 6 Wochen wiederholt. Die Vornahme dieser Prüfung ist den Bezirksfürsorgeverbänden übertragen worden. Der Umfang der Tätigkeit des Fürsorgeamtes auf diesem Gebiet ergibt sich aus nachfolgender Aufstellung, welche die Zahlen der Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfänger im Berichtsjahre enthält.

Monat	Zahl der Alu-Empfänger	Zahl der Kru-Empfänger	Gesamtzahl der Unterstützten
April 1935	571	1922	2493
Mai "	444	1897	2341
Juni "	382	1830	2212
Juli "	369	1763	2132
August "	538	1704	2242
September "	540	1667	2207
Oktober "	668	1665	2333
November "	785	1693	2478
Dezember "	1170	1891	3061
Januar 1936	1286	1928	3214
Februar "	1149	1958	3107
März "	619	1794	2413

Zusätzlich unterstützte Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfänger.

In den Fällen, in welchen die Unterstützungssätze des Arbeitsamtes unter den Fürsorgegerichtssätzen lagen und die Familienverhältnisse die Zahlung einer Zusatzunterstützung aus Fürsorgemitteln erforderlich machten, ist eine solche in folgendem Umfange gezahlt worden:

April	1935	. . .	973	Fälle
Mai	"	. . .	872	"
Juni	"	. . .	825	"
Juli	"	. . .	833	"
August	"	. . .	789	"
September	"	. . .	734	"
Oktober	"	. . .	780	"
November	"	. . .	824	"
Dezember	"	. . .	848	"
Januar	1936	. . .	917	"
Februar	"	. . .	924	"
März	"	. . .	799	"

Diese Zahlen und auch der Aufwand für diese Unterstützten sind in der Aufstellung über Barunterstützungen am Anfang des Berichts enthalten.

Anträge auf Stundung und Niederschlagung von Hauszinssteuer.

Alle Anträge von Wohnungsmietern auf Stundung und Niederschlagung von Hauszinssteuer sind beim Fürsorgeamt A zu stellen. Nach erfolgter Prüfung der Verhältnisse des Antragstellers wird der Antrag an das Steueramt weitergegeben. Im Berichtsjahre sind vom Fürsorgeamt A 4183 solcher Anträge aufgenommen und bearbeitet worden.

Rundfunkgebührenbefreiung.

Durch die Neuregelung der Bestimmungen über die Befreiung von den Rundfunkgebühren ist den Fürsorgeverbänden die Entgegennahme und Prüfung der Anträge und die Ausstellung der Vorschlagsbescheinigungen übertragen. — Erlaß des Reichspostministers vom 25. 3. 1935. — Im Berichtsjahre sind bei den Fürsorgeämtern A u. B 2100 Anträge eingegangen und bearbeitet. Um alle Anträge berücksichtigen zu können, reichte die dem Fürsorgeverband Bielefeld-Stadt überwiesene Freistellenzahl — 1254 — nicht aus. Sie wurde auf Antrag durch den Landesfürsorgeverband nach und nach auf 1654 erhöht.

Fürsorgeamt B.

Im Berichtsjahr 1935 machte sich in der Sozialrentnerfürsorge in der Zahl der zu betreuenden Personen ein geringer Rückgang bemerkbar. Auch in der Zahl der laufend unterstützten Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen war weiter ein kleiner Rückgang zu verzeichnen. In der Kleinrentnerfürsorge dagegen zeigte sich infolge der Auswirkung des Gesetzes über die Kleinrentnerhilfe eine kleine Steigerung. Eine Entlastung trat mithin im allgemeinen nicht ein. Es kamen vielmehr durch die Verordnung über die Familienunterstützung vom 19. 12. 1935 und die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Zinsermäßigung bei den öffentlichen Anleihen vom 7. 2. 1936 neue Aufgaben hinzu, deren Durchführung mit einer erheblichen Mehrarbeit verbunden war.

Die Zahl der Parteien und Personen, sowie die Fürsorgeleistungen einschließlich der Mietbeihilfen betragen im Berichtsjahr in den einzelnen Monaten:

In der Kleinrentnerfürsorge (gehobene Fürsorge).

Monat	Fälle	Mietfälle	Betrag <i>R.M.</i>	Gesamter Unterstützungsbetrag <i>R.M.</i>
April 1935 . . .	177	78	1 100,—	7 987,—
Mai " . . .	170	78	1 094,—	7 681,—
Juni " . . .	169	77	1 124,—	7 689,—
Juli " . . .	166	74	1 061,—	7 389,—
Übertrag:	682			30 746,—

Monat	Fälle	Mietfälle	Betrag <i>R.M.</i>	Gesamter Unterstützungsbetrag <i>R.M.</i>
Übertrag:	682			30 746,—
August	162	70	1 017,—	7 055,—
September	160	65	1 004,—	7 006,—
Oktober	157	69	1 006,—	6 946,—
November	154	67	985,—	6 678,—
Dezember	151	65	969,—	6 780,—
Januar 1936	146	65	965,—	6 690,—
Februar	147	64	948,—	6 674,—
März	146	64	918,—	6 635,—
zusammen:	1 905		zusammen:	85 210,—

Der Jahresdurchschnitt der unterstützten Parteien betrug monatlich 158 und der Jahresdurchschnitt der Fürsorgeleistungen 7101,— *R.M.* Die monatlichen Leistungen für den einzelnen Fall stellen sich auf 44,90 *R.M.* (im Vorjahre 44,— *R.M.*).

Kleinrentnerhilfe.

Monat	Fälle	Mietfälle	Betrag <i>R.M.</i>	Gesamter Unterstützungsbetrag <i>R.M.</i>
April 1935	153	80	1 233,—	6 976,—
Mai	168	82	1 277,—	7 369,—
Juni	169	82	1 277,—	7 458,—
Juli	171	82	1 316,—	7 730,—
August	177	90	1 375,—	7 940,—
September	179	94	1 898,—	8 143,—
Oktober	182	90	1 354,—	8 614,—
November	182	92	1 362,—	8 295,—
Dezember	182	91	1 352,—	7 942,—
Januar 1936	178	89	1 324,—	7 764,—
Februar	178	89	1 301,—	7 753,—
März	187	91	1 351,—	7 917,—
zusammen:	2 106		zusammen:	93 901,—

Der Durchschnitt der unterstützten Parteien betrug monatlich 175 und der der Fürsorgeleistungen 7825.— *R.M.* Die monatlichen Leistungen für den einzelnen Fall machten 44.— *R.M.* aus.

Aus Mitteln des Reiches wurden für die Gewährung von besonderen Beihilfen an Kleinrentner und zum Ausgleich der Mehrkosten, die durch die vom Reiche angeordnete Verbesserung der gehobenen Fürsorge, Klein- und Sozialrentnerfürsorge entstanden, im Berichtsjahre 1935 = 42 590,— *R.M.* überwiesen, im Vorjahre 39 405,— *R.M.*

In der Sozialrentnerfürsorge.

Monat	Fälle	Mietfälle	Betrag <i>R.M.</i>	Gesamter Unterstützungsbetrag <i>R.M.</i>
April 1935	1 158	451	4 212,—	23 886,—
Mai	1 153	454	4 276,—	24 474,—
Juni	1 145	449	4 174,—	23 758,—
Juli	1 150	450	4 121,—	23 519,—
Übertrag:	4 606			95 637,—

Monat	Fälle	Mietfälle	Betrag <i>R.M.</i>	Gesamter Unterstützungsbetrag <i>R.M.</i>
Übertrag:	4 606			95 637,—
August	1 160	454	4 086,—	24 350,—
September	1 162	455	4 106,—	24 092,—
Oktober	1 166	458	4 164,—	24 134,—
November	1 178	468	4 196,—	24 319,—
Dezember	1 174	471	4 184,—	25 226,—
Januar 1936	1 171	469	4 099,—	24 730,—
Februar	1 162	470	4 074,—	24 546,—
März	1 146	473	4 079,—	24 609,—
zusammen:	13 925		zusammen:	291 643,—

Der Jahresdurchschnitt der Parteien betrug monatlich 1160,— *R.M.*, der Jahresdurchschnitt der Fürsorgeleistungen monatlich 24 303,— *R.M.* Die monatlichen Leistungen auf den Einzelfall betragen 21,— *R.M.* (im Vorjahre 20,78 *R.M.*).

Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene.

Monat	Fälle	Mietfälle	Betrag <i>R.M.</i>	Gesamter Unterstützungsbetrag <i>R.M.</i>
April 1935	138	74	773,—	3 932,—
Mai	134	60	708,—	3 796,—
Juni	128	56	666,—	3 541,—
Juli	125	55	637,—	3 355,—
August	115	50	638,—	3 219,—
September	115	48	641,—	3 365,—
Oktober	116	48	573,—	3 255,—
November	117	48	577,—	3 341,—
Dezember	120	45	545,—	3 430,—
Januar 1936	124	45	576,—	3 496,—
Februar	122	46	573,—	3 509,—
März	120	43	565,—	3 435,—
zusammen:	1 474		zusammen:	41 674,—

Der Jahresdurchschnitt der Parteien betrug monatlich 122,— *R.M.*, der Jahresdurchschnitt der Fürsorgeleistungen monatlich 3 472,— *R.M.* Die monatlichen Leistungen auf den Einzelfall betragen 28,— *R.M.*

Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, die außer der Versorgungsrente noch eine Zusatzrente bezogen.

Monat	Fälle	Betrag <i>R.M.</i>
April 1935	271	9 543,—
Mai	258	9 299,—
Juni	247	9 394,—
Juli	240	9 179,—
August	246	9 240,—
September	252	9 028,—
Oktober	258	8 985,—
November	275	9 099,—
Dezember	283	8 882,—
Januar 1936	280	9 094,—
Februar	274	9 339,—
März	269	8 872,—
zusammen:	3 153	109 954,—

Für die Bearbeitung der Zusatzrentenangelegenheit wurden vom Reiche im Berichtsjahre 5251,— *R.M.* zur Verfügung gestellt.

Familienunterstützung für Angehörige von Wehrpflichtigen und Arbeitsdienstpflchtigen.

Monat	Fälle	Kopfzahl	Betrag <i>R.M.</i>
Januar 1936	7	12	250,—
Februar „	24	36	902,—
März „	27	42	945,—
zusammen:			2 097,—

Sachleistungen.

Insgesamt wurden verausgabt:

Für Kohlen in 3006 Fällen	27 000	<i>R.M.</i>
„ Kartoffeln in 2604 Fällen	25 600	„
„ Bekleidung	17 500	„
„ Verschiedenes	1 650	„
zusammen:		71 750 „

Von diesen 71 750,— Reichsmark entfallen auf

Sozialrentner	44 700	„
Kleinrentner	18 550	„
Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene	8 500	„
zusammen:		71 750 „

Die Familien erhielten durchschnittlich 14 Zentner Kohlen. Hiervon gab das Winterhilfswerk 7 Zentner aus.

An Kartoffeln wurden für Erwachsene und Kinder über 4 Jahren je 3 Zentner und für Kinder von 1 bis 4 Jahren je 1½ Zentner ausgegeben. Einen Zentner hiervon gab das Winterhilfswerk aus.

Ausbildungsbeihilfen.

Für Erwerbsbefähigung und Berufsausbildung wurden in 18 Fällen besondere Beihilfen gewährt. Insgesamt wurden verausgabt 1346,— *R.M.*

Krankenhauspflege.

	Fälle	Pflegetage	Pflegekosten <i>R.M.</i>	Nebenkosten <i>R.M.</i>	Zusammen <i>R.M.</i>
Städtisches Krankenhaus	346	11 310	35 215,—	18 250,—	53 465,—
Franziskushospital	102	2 800	9 400,—	6 815,—	16 215,—
Bethel (Gilead)	39	1 238	3 820,—	1 400,—	5 220,—
Sa.:					74 900,—

Arztkosten, Arznei und Heilmittel.

	Arztkosten <i>R.M.</i>	Arznei und Heilmittel <i>R.M.</i>
Sozialrentner	14 400,—	16 450,—
Kleinrentner	3 300,—	3 950,—
Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene	4 680,—	6 920,—
zusammen:		22 380,—
zusammen:		27 320,—

Alterspflege.

	Fälle	Pflegeetage	Pflegekosten <i>R.M.</i>	Nebenkosten <i>R.M.</i>	Zusammen <i>R.M.</i>
	233	72 844	129 830,—	810,—	130 640,—

Von den 233 Pflöglingen befanden sich 200 in hiesigen Heimen.

Zusammenstellung der hauptsächlichsten Ausgaben und Einnahmen.

Ausgaben:

Laufende und einmalige Unterstüzungen	539 230,—	<i>R.M.</i>
Erstattungen an auswärtige Verbände	19 120,—	"
Arzt- und Zahnarztekosten	22 380,—	"
Arznei und Heilmittel	27 320,—	"
Krankenhauspflegekosten	74 900,—	"
Alterspflegekosten	130 640,—	"
Anstaltspflegekosten für Kinder	1 390,—	"
Sachleistungen	71 750,—	"
Bestattungskosten	5 130,—	"
	<u>zusammen:</u>	891 860,— <i>R.M.</i>

Einnahmen:

Zuschüsse und Erstattungen (Reich und Land)	42 590,—	<i>R.M.</i>
Erstattungen durch auswärtige Verbände	33 040,—	"
„ durch Versicherungsträger	19 060,—	"
„ durch die Unterstüzten	69 260,—	"
„ durch Drittverpflichtete	5 250,—	"
„ Verschiedenes	1 000,—	"
	<u>zusammen:</u>	170 200,— <i>R.M.</i>

Kapitalabfindungen.

Im Berichtsjahre wurden 21 Anträge auf Kapitalabfindung gestellt. Diesen Anträgen konnte jedoch infolge der beschränkten Mittel nur teilweise entsprochen werden. Bescheinigungen zwecks Niederschlagung der Grunderwerbssteuer wurden aber in allen Fällen ausgestellt. In Verbindung mit diesen Anträgen wurden zur Abwendung von Zwangsversteigerungen 16 Anträge auf Gewährung von Beihilfen und Darlehen bearbeitet.

Vorzugsrenten.

Anträge auf Vorzugsrente wurden in 29 Fällen gestellt. Nachprüfungen auf Anordnung der Reichsschuldenverwaltung erfolgten in 21 Fällen. Durch den Ausschuß für Vorzugsrente wurden 29 Fälle bearbeitet. Anträge auf Stundung und Niederschlagung von Hauszinssteuer wurden in 2133 Fällen aufgenommen und bearbeitet.

In 92 Fällen wurden Anträge auf Fahrpreisermäßigung für Kriegsbeschädigte gestellt. Bescheinigungen für Schwerbeschädigte zur Benutzung der 2. Wagenklasse wurden in 160 Fällen ausgestellt.

Feststellungen und Prüfungen in Versorgungsangelegenheiten.

Das Versorgungsamt ersuchte in 1800 Fällen um Feststellungen und Prüfungen in allen vorkommenden Versorgungsangelegenheiten. Vorwiegend erstreckten sich diese Ersuchen auf die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Hinterbliebenen, die eine Zusatzrente — Elternrente, Elternbeihilfe oder Erziehungsbeihilfe bezogen.

Arbeitsfürsorge für Schwerbeschädigte und Schwererwerbsbeschränkte.

Der zu betreuende Personenkreis ist von 1767 auf 1863 gestiegen. Im Stadt- und Landkreis Bielefeld sind vorhanden:

Schwerkriegsbeschädigte	1395
Schwerunfallbeschädigte	155
Gleichgestellte	240
Friedensblinde	73
<hr/>	
zusammen:	1863

Die von den Arbeitgebern zu leistenden Ausgleichsabgaben beliefen sich im letzten Jahre auf 20 630.— *R.M.* Hiervon wurden in 117 Fällen 5914.— *R.M.* als Beihilfen und in 28 Fällen 9670.— *R.M.* als Darlehen an Schwerkriegsbeschädigte und Schwererwerbsbeschränkte verausgabt. Vermittelt wurden im Laufe des Berichtsjahres:

- 44 Schwerkriegsbeschädigte,
- 31 Unfallbeschädigte und Gleichgestellte,
- 32 Leichtbeschädigte einschl. Kriegerwaisen,
- 34 Erwerbsbeschränkte, sowie
- 5 Blinde.

Die Vermittlungstätigkeit war auch in diesem Jahre wieder recht rege, ihr Erfolg ein guter. Viele Schwerbeschädigte müssen aber oft in andere Arbeitsstellen vermittelt werden, weil sie durch Verschlimmerung ihrer Leiden die Arbeiten nicht mehr verrichten können. Auch durch Erhöhung der Renten sind stets Zugänge zu verzeichnen, so daß ein gewisser Bestand an erwerbslosen Schwerbeschädigten immer vorhanden sein wird.

Eine verhältnismäßig große Zahl von Leichtbeschädigten bleibt noch zu vermitteln. Aber durch die intensive Tätigkeit der Arbeitsfürsorge wird es möglich sein, auch im nächsten Jahre wieder eine größere Anzahl in Arbeitsstellen unterzubringen.

c) Jugendwohlfahrt.

Die gesamte Außenfürsorge, die dem Jugendamte nach dem Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt obliegt, ist gemäß § 11 R. f. J. W. dem Evangelischen Jugend- und Wohlfahrtsamt, soweit es sich um evangelische Jugendliche handelt, und dem Caritasverband für die katholischen Minderjährigen übertragen worden.

Das städtische Jugendamt hat lediglich diejenigen Aufgaben behalten, deren Durchführung mit Befugnissen obrigkeitlicher Gewalt verbunden ist, insbesondere die endgültige Stellungnahme gegenüber den Gerichten usw. Im übrigen übt es die Aufsicht über die Tätigkeit der beiden Vereinigungen aus.

Es ist jedoch beabsichtigt, den Vereinigungen gegenüber die gesamte Übertragung zu widerrufen und der NSB. in Bielefeld zu übertragen, die einen dementsprechenden Antrag gestellt hat.

Amtsvormundschaft.

Bis zum 1. 6. 1933 ist die Amtsvormundschaft über die unehelichen Kinder bis zu deren Einschulung geführt worden. Seitdem wurde die Amtsvormundschaft nur bis zum vollendeten 2. Lebensjahr der Kinder beibehalten, und für die älteren wurden Einzelvormünder bestellt. Die Erwartungen, daß diese Einzelvormünder mit gleichem Erfolg tätig sein würden, haben sich nicht erfüllt, trotzdem von den Delegationsstellen Schulungsmaßnahmen für diese Vormünder getroffen waren.

Mit dem Beginn des Berichtsjahres 1936 wird daher die Amtsvormundschaft — wie früher — erst niedergelegt, wenn die Mündel ihr 6. Lebensjahr vollendet haben.

Mündelbestand am 31. 3. 1935	115
Zugang 1935	81
	<hr/>
	196.

Abgang:

1. Abgabe an andere Jugendämter	= 26
2. Bestellungen von Einzelvormündern	= 35
3. Legitimationen	= 29
4. Adoptionen	= 4
5. Tod	= 4
	<hr/>
	98.

Bestand am 31. März 1936 = 98.

Den 19 kirchlichen Kindergärten, dem Kindergarten der N.S.-Frauenshaft und dem Kindergarten der Kindermann-Stiftung (Privatkindergarten) sind Zuschüsse gezahlt worden, die sich insgesamt auf 3000.— *R.M.* belaufen.

Kindermann-Stift.

Das „Kindermann-Stift“, das seine Entstehung dem Deutschamerikaner Wilhelm Kindermann verdankt, ist eine selbständige Stiftung, die ihre Einkünfte und Ausgaben selbst verwaltet. Die Kindermann-Stiftung unterhält einen Kindergarten und einen Kinderhort. Der Kindergarten ist durchschnittlich von 60 Kindern im vorschulpflichtigen Alter und der Kinderhort durchschnittlich von 50 Kindern im Alter von 6 bis 12 Jahren besucht worden. Für den Anstaltsbetrieb wurden im Berichtsjahre 11 266,— *R.M.* ausgegeben. Die Geschäftsführung erfolgt durch das Jugendamt.

Gemeindewaisenrat.

1983 Mündel werden beaufsichtigt, und zwar:

a) vom Evangelischen Jugend- und Wohlfahrtsamt	1678 evangelische Mündel,
b) vom Caritas-Verband	207 katholische „
c) von der Bezirksfürsorge (Mündel unter 2 Jahren)	98 uneheliche Säuglinge,
zusammen: 1983.	

Das Städtische Jugendamt unterstützte unter Mitwirkung der Vereinigungen gemäß § 43 R. f. J. W. das Vormundschaftsgericht in folgenden 319 Fällen:

- 24 Äußerungen gemäß § 1635 Abs. 1 Satz 2 BGB. (Verbleib minderjähriger Kinder nach erfolgter Ehescheidung),
- 17 Äußerungen gemäß § 1636 BGB. (Regelung des Verkehrs geschiedener Eltern mit ihren Kindern),
- 177 Äußerungen gemäß § 1666 BGB. (Maßnahmen zum Schutze gefährdeter Kinder),
- 23 Anträge auf Sorgerechtsziehung gemäß § 1666 BGB. wegen Verschuldens der Eltern:
 - 2 Ehelichkeitserklärungen (§ 1723 BGB.),
 - 12 Adoptionsangelegenheiten (§§ 1750 und 1751 BGB.),
 - 21 Volljährigkeitserklärungen,
 - 43 sonstige Stellungnahmen gemäß § 43 R. f. J. W.

Außerdem wurden Anzeigen an das Vormundschaftsgericht gemäß § 1675 BGB. in 21 Fällen erstattet. (Notwendigkeit von gerichtlichen Maßnahmen.)

Zu den Aufgaben des Gemeindewaisenrats gehört es ferner, den Vormundschaftsgerichten geeignete Vormünder, Pfleger, Helfer und Beistände vorzuschlagen. Vorgeschlagen wurden 366 Vormünder, Pfleger usw. Die Vereinigungen machen ihre Vorschläge in unmittelbarem Verkehr mit den Vormundschaftsgerichten und unter eigener völliger Verantwortung.

Mitwirkung bei der Beaufsichtigung der Arbeit von Kindern.

Die Vereinigungen sind im Einvernehmen mit den maßgebenden Stellen bei der Ausstellung der Arbeitskarten tätig und üben eine laufende Aufsicht aus. Für 40 Kinder wurden Arbeitskarten ausgestellt.

Wandererfürsorge.

Betreut sind 71 ortsfremde Jugendliche, und zwar vom Evangelischen Jugend- und Wohlfahrtsamt 37 Jugendliche, vom Caritas-Verband 34 Jugendliche. Von diesen 71 Jugendlichen sind 62 mit einer Fahrkarte versehen und in das Elternhaus oder zu Verwandten zurückgeschickt. 9 Jugendliche sind in Arbeitsstellen untergebracht worden.

Die Versuche, die Reiseauslagen von den Jugendlichen oder ihren unterhaltspflichtigen Angehörigen wieder einzuziehen sind in mehreren Fällen gelungen. In einigen Fällen schweben die Einziehungsversuche noch. Auch in diesem Jahre hat der Landesfürsorgeverband der Provinz Westfalen in Münster die Auslagen erstattet, soweit sie von den Jugendlichen oder ihren Angehörigen nicht eingezogen werden konnten. Er wurde in 41 Fällen in Anspruch genommen.

In der Mehrzahl der Fälle handelte es sich um solche Jugendliche, die aus dem westlichen Industriegebiet in landwirtschaftliche Bezirke verschickt, aber aus den verschiedensten Gründen die ihnen zugewiesenen Stellen aufgegeben hatten.

Mitwirkung in der Jugendhilfe bei den Polizeibehörden und im Gerichtsgefängnis.

Von der Polizei sind den Vereinigungen 120 Jugendliche überwiesen, und zwar aus folgenden Gründen:

Diebstahl	77
Hehlerei	3
Erpressung	1
Kindermisshandlung	1
Betrug	2
Grober Unfug	16
Körperverletzung	2
Sittlichkeitsverbrechen	4
Sachbeschädigung	3
Transportgefährdung	1
Vergehen gegen das Kraftfahrzeuggesetz	9
Beleidigung	1.

Zu den Vernehmungen Jugendlicher und Kinder durch die Polizei sind die Vereinigungen in 97 Fällen hinzugezogen worden. Bei den Vernehmungen handelte es sich

in 89 Fällen um Sittlichkeitsfachen,
 „ 8 „ „ Diebstahl.

In Schutzhaft genommen sind 16 Jugendliche. 7 Jugendliche sind im Gerichtsgefängnis betreut worden.

Gegen das Vorjahr ist eine merkliche Steigerung eingetreten.

Im Zusammenhang hiermit ist auch eine Steigerung der Zahl der Fürsorgeerziehungsfälle festzustellen. 1934 = 28, 1935 = 39. Im Berichtsjahr 1936 hält diese Steigerung an.

Auch die Zahl der Jugendgerichtsfälle ist von 29 im Jahre 1934 auf 43 im Berichtsjahre gestiegen.

Schutzaufsichten über gefährdete Jugendliche.

Unter Schutzaufsicht standen am 1. 4. 1935 1686 Minderjährige.

Der Zugang betrug 456
 und der Abgang 288 = 168 „

so daß am 31. 3. 1936 insgesamt 1854 Minderjährige

beaufsichtigt wurden. Davon standen unter Aufsicht männlich weiblich

a) des Evangelischen Jugend- und Wohlfahrtsamtes 923 683

b) des Caritas-Verbandes 139 109

1062 792

Zusammen: 1854 Minderjährige, und zwar 1674 eheliche und 180 uneheliche Minderjährige.

Die gerichtlich angeordnete Schutzaufsicht wird über 50 männliche und 25 weibliche Minderjährige geführt. Bei den übrigen 1012 männlichen und 767 weiblichen Minderjährigen wird die losere Schutzaufsicht ausgeübt. Beantragt und beschlossen ist im Berichtsjahr die gerichtliche Schutzaufsicht in 10 Fällen.

In auswärtigen Pflegestellen sind 99 Kinder untergebracht, ferner 41 Minderjährige in Lehr- und Arbeitsstellen mit Kost und Wohnung.

Fürsorgeerziehung.

Die Fürsorgeerziehung ist für 39 Minderjährige beantragt und beschlossen worden. Unter diesen befinden sich 3 Ortsfremde.

Von den 39 Minderjährigen sind 21 männlichen und 18 weiblichen Geschlechts. 25 sind evangelischer und 14 katholischer Religion.

Die Anträge auf Überweisung zur Fürsorgeerziehung sind in 8 Fällen gemäß § 63 Abs. 1 Ziffer 1 (gefährdete Kinder) und in 31 Fällen gemäß § 63 Abs. 1 Ziffer 2 (verwahrloste Kinder) R. f. J. W. gestellt.

11 aus den Anstalten entwichene Jugendliche sind den betreffenden Anstalten wieder zugeführt worden.

12 in Fürsorgeerziehung befindliche Jugendliche sind im Laufe des Berichtsjahres längere Zeit zur Arbeitsaufnahme beurlaubt, widerruflich oder endgültig entlassen worden. 5 Jugendliche mußten wegen schlechter Führung der Anstalt wieder zugeführt werden. 34 Urlaubs- und Entlassungsanträge sind begutachtet worden.

Jugendgerichtshilfe.

Die Vereinigungen haben in unmittelbarem Verkehr mit den Justizstellen sich hinsichtlich der Strafeinsicht und der Notwendigkeit von Erziehungsmaßnahmen in 43 Fällen geäußert und die Strafeinsicht in 6 Fällen verneint.

Alter der Jugendlichen bei der Begehung der Tat:

	männlich	weiblich	zusammen
14—15 Jahre	6	2	8
15—16 „	13	1	14
16—17 „	7	1	8
17—18 „	12	1	13
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	38	5	43

Von den Jugendlichen sind:

	männlich	weiblich	zusammen
unehelich geboren	1	1	2
Vaterlose Waisen zur Zeit der Tat	4	2	6
Mutterlose Waisen zur Zeit der Tat	—	—	—
Vollwaise zur Zeit der Tat	—	—	—
Kinder geschiedener oder getrennt lebender Eltern zur Zeit der Tat	6	—	6
In Fürsorgeerziehung zur Zeit der Tat	—	—	—
Vorbeftraft	—	—	—

Beruf der Jugendlichen:

Lehrlinge	13	—	13
Arbeiter (gelernte)	1	—	1
„ (ungelernte)	16	1	17
kaufm. Angestellte	—	—	—
Hausangestellte	—	2	2
Schüler	8	2	10
Landhelfer	—	—	—
zusammen:	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	38	5	43

	männlich	weiblich	zusammen
Arbeitslos zur Zeit der Tat	—	—	—
Angehörige der HJ. oder BDM.	10	1	11

Straftaten:

	männlich	weiblich	zusammen
Diebstahl	19	3	22
Schwerer Diebstahl	2	1	3
Betrug	2	—	2
Unterschlagung	—	1	1
Körperverletzung	3	—	3
Urkundenfälschung	1	—	1
Sittlichkeitsverbrechen	2	—	2
Erpressung	2	—	2
Vergehen gegen die Straßenverkehrsvorschriften	6	—	6
Vergehen gegen das Fischereigesetz	1	—	1
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	38	5	43

Abchluß des Verfahrens:	männlich	weiblich	zusammen
Einstellung nach § 32 JGG. leichte Fälle	6	—	6
Einstellung aus sonstigen Gründen	19	—	19
Freispruch	—	—	—
Abgesehen von Strafe	7	3	10
Berurteilung zu			
1. Geldstrafe	2	—	2
2. Haft	—	—	—
3. Gefängnis 1 bis 14 Tage	1	1	2
" bis 1 Monat	—	—	—
" " 3 Monate	2	1	3
" " 6 Monate	—	—	—
" über 6 Monate	1	—	1
	38	5	43
Bewährungsfrist durch Aussetzung der Strafverbüßung .	4	2	6

Erziehungsmaßnahmen durch den Jugendrichter:

	männlich	weiblich	Zusammen
Verwarnung	7	1	8
Schutzaufsicht	6	1	7
Fürsorgeerziehung	—	—	—
Erziehungsmaßnahmen neben Strafe	2	—	2
" ohne Strafe	2	—	2
Überweisung an den Vormundschaftsrichter	4	—	4

Begutachtung von Schankkonzessionen.

Nach § 19 Abs. 2 des Gaststättengesetzes vom 28. 4. 1930 ist vor der Erteilung der Erlaubnis für neu zu errichtende Betriebe mit Ausschank geistiger Getränke oder für die Ausdehnung bestehender Betriebe auf den Ausschank von Branntwein auch das Jugendamt zu hören. Das städt. Jugendamt hat in 24 Fällen ein Gutachten abgegeben. Das Ergebnis ist folgendes:

	Die Bedürfnisfrage ist vom Jugendamt		Das Stadtverwaltungsgericht hat die Erlaubnis	
	bejaht	verneint	erteilt	abgelehnt
a) Neue Konzession für Gast- und Schankwirtschaft	—	1	—	1
b) Räumliche Erweiterung bestehender Konzessionen für Gast- und Schankwirtschaften	14	1	13	2
c) Übertragung der Konzession auf einen neuen Inhaber bei Gast- und Schankwirtschaften	5	1	5	1
d) Ausdehnung bestehender alkoholfreier Konzessionen auf solche mit alkoholhaltigen Getränken	—	2	—	2
	19	5	18	6

Jugendpflege.

In den nationalsozialistischen Jugendverbänden waren 3189 und in den Vereinen des Reichsbundes für Leibesübungen 2442 männliche und weibliche Jugendliche organisiert. Dazu kamen noch 911 Jugendliche aus sonstigen Vereinen. Es wurden also insgesamt 6542 Jugendliche betreut, gegenüber 5851 im Vorjahre. Die Steigerung erklärt sich aus der im Interesse der allgemeinen Entwicklung liegenden stärkeren Erfassung der Jugendlichen durch die nationalsozialistischen Jugendverbände, in denen im vergangenen Jahre nur 2318 Jugendliche versichert waren.

Alle Jugendlichen gehören der staatlichen Jugendpflegeversicherung an. 60 v. H. der Ver-

sicherungsbeiträge haben die Jugendgruppen und Vereine getragen, während die restlichen 40 v. H. von der Stadt als Zuschuß gezahlt wurden.

75 Unfallverletzte haben die Versicherung in Anspruch genommen.

Ausgaben für Jugendpflege 2194,— *R.M.*

Jugendheime.

Das Jugendheim „Niedermühle“ ist auch im vergangenen Jahre ausschließlich von der NSD. benutzt worden. Es soll in den nächsten Monaten geräumt und dann der Hitler-Jugend als Heim zur Verfügung gestellt werden.

Das vom Staat beschlagnahmte frühere Arbeiterjugendheim auf dem Hofe der Gutenberg-schule — jetzt Schirach-Haus — ist vom Staat angekauft und im Innern für die Zwecke der Hitler-Jugend umgebaut. Es wurde der Hitler-Jugend als Heim überlassen, nachdem es auch mit dem notwendigen Inventar — Tische, Schemel, Schränke — ausgestattet worden war. Darüber hinaus wurde der Heimbeschaffung für die Hitler-Jugend nach wie vor größte Aufmerksamkeit geschenkt. In einigen Fällen konnten weitere Räume zur Verfügung gestellt werden. Außerdem ist bei der Inventarbeschaffung geholfen.

Ausgaben für Jugendheime 10 322,— *R.M.*

Jugendherberge Oelderdisen und Jugendherbergswesen.

Die städtische Jugendherberge Oelderdisen wird vom Ortsverband Bielefeld im Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen verwaltet. Zu den Verwaltungs- und Unterhaltungskosten hat die Stadt einen Zuschuß von 400,— *R.M.* gezahlt. Die Zahl der Übernachtungen belief sich auf 7543, gegenüber 7792 im Vorjahre.

Das Jugendamt führt die Geschäfte des Ortsverbandes. In Zusammenarbeit mit der Partei und der Hitler-Jugend konnte auch in Bielefeld der Reichswerbe- und Opfertag für Deutsche Jugendherbergen erfolgreich durchgeführt werden.

Die Jugendherberge Oelderdisen genügt nicht mehr den Anforderungen, die in der heutigen Zeit an eine Jugendherberge gestellt werden. Außerdem hat sie verschiedene Mängel, die auf die Dauer nicht tragbar sind. Die Stadt plant daher den Neubau einer Jugendherberge. Für diesen Zweck werden in den Haushaltsplan 1936 zunächst 20 000,— *R.M.* Rücklage eingesetzt.

Dem Landesverband Westfalen im Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen ist ein Zuschuß von 200,— *R.M.* gezahlt worden.

Ausgaben 754,— *R.M.*

Leibesübungen.

Die Vereine und Verbände betätigten sich auf allen Gebieten der Leibesübungen. Neben den Vereinen des Reichsbundes für Leibesübungen nahmen SA., SS. und NS.-Jugendverbände die städtischen Spiel- und Sportplätze stark in Anspruch. Die Jugendgruppen und Vereine wurden mit Rat und Tat unterstützt. Der Reichsverband für Leibesübungen führte auf Veranlassung des Amtes für Sportwerbung Berlin eine Reichssportverbewoche durch, die der Vorbereitung und Werbung für die Olympischen Spiele diente. Der BDM. veranstaltete ein Untergau-Sportfest. Die Sportwettkämpfe im Rahmen des Deutschen Jugendfestes wurden vorbereitet und durchgeführt, während die Organisation und Durchführung der Sonnenwendfeier Sache der Hitler-Jugend war. Die Olympiaglocke, die auf ihrem Wege von Bochum nach Berlin über Bielefeld kam, wurde feierlich eingeholt. Zum Zwecke der Werbung für die Olympischen Spiele besuchte der Olympiazug für einige Tage Bielefeld. Die von diesem mitgeführte Ausstellung wurde von 9500 Personen besucht. Im übrigen stand die gesamte Arbeit stark im Zeichen der Werbung für die Olympiade. Neben der Verteilung umfangreichen Werbematerials, das vom Amt für Sportwerbung in Berlin zur Verfügung gestellt wurde, konnten rund 20 000 Olympiahefte (Werbehefte für alle Sportarten) verkauft werden.

Sportärztliche Beratungsstelle.

Die Stadt führt sportärztliche Beratungen nicht mehr durch. Ihre Untersuchungsgeräte hat sie dem Sportamt der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ leihweise überlassen, das sich dafür bereit erklärt hat, auch die Personen, die ihm von der Stadt zugewiesen werden, kostenlos sportärztlich zu beraten.

Spiel- und Sportplätze.

Die Stadt verfügt zurzeit über eine Grundfläche von 56 Hektar 16 Ar für Spiel- und Sportplätze. Es sind folgende Plätze vorhanden: Großspielplatz Quelle, Königsbrügge, Bollbrinker, Diesterwegschule, Oldberrissen, Lutherschule (Hauptplatz und kleiner Platz), Siefer, Heeper Fichten (I, II, Hauptplatz, Spielwiese und Holzwiese), Am Stadtholz, West, Sudbrack, Schildesche, am Freibad und Kamphoffschule. Dazu kommen noch 6 Tennisplätze auf dem Sportplatz Bollbrinker und 1 Tennisplatz am Sparenberg mit einer Gesamtgröße von 71,47 Ar, der 32 Ar große Jugendtanzplatz Oldberrissen und als Nadelgelegenheiten die Brunnsiekbahn, die Kahlenbergbahn und die Jostbergbahn mit einer Gesamtlänge von 1450 Metern.

Der fortlaufenden Pflege und Unterhaltung unserer Sportplätze wird die größte Beachtung geschenkt. Eine besondere Arbeitskolonne führt die notwendigen Arbeiten aus.

Die Jugendgruppen und die Vereine zahlen für die Benutzung der Spiel- und Sportplätze geringe Benutzungsgebühren. Für die Vermietung der Tennisplätze an Vereine und Spielgruppen werden besondere Mietsätze gefordert.

Die mit der Regierung geführten Verhandlungen wegen der käuflichen Überlassung des Sportplatzes „West“ sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Es wird jedoch in Kürze mit einer in unserem Sinne liegenden Entscheidung zu rechnen sein.

Die Tennisplätze auf dem Sportplatz Bollbrinker sind tiefer gelegt worden, damit dort unabhängig vom Sportplatz in den Wintermonaten eine Eisbahn betrieben werden kann. Der hierdurch freigewordene Boden findet Verwendung für eine gründliche Überholung des Sportplatzes.

Gesamtausgaben für Leibesübungen einschließlich der Ausgaben für Spiel- und Sportplätze 48 349,— *R.M.*

Der DSC. Arminia, der Verein für Bewegungsspiele, die Spielvereinigung 06/07, der Sportklub Borussia, der Reichsbahnsporverein und der Sportverein Grün-Weiß unterhalten Vereins-sportplätze in einer Gesamtgröße von 7 Hektar.

Der Bielefelder Tennisturnierklub, die Tennisgemeinschaft Sparenberg und der Tennis- und Hockeyklub Gelb-Weiß verfügen über Vereinsstennisplätze, deren Größe sich unter Einschluß von 2 Privattennisplätzen auf 2,7 Hektar beläuft.

d) Ehrengeschenk für Veteranen.

Den in Bielefeld wohnhaften bedürftigen Veteranen, die an dem Feldzuge 1870/71 oder an einem von deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriege teilgenommen haben, ist auch in diesem Jahre am 15. August ein Geldbetrag von 35,— *R.M.* von der Stadt als Ehrengeschenk zugewendet worden. Es konnten 30 Veteranen bedacht werden.

2. Gesundheitswesen.

a) Gesundheitsfürsorge.

Schwangerenfürsorge.

Eine besondere Schwangerenfürsorge mit eigenen Sprechstunden war nicht eingerichtet. Die Schwangerenfürsorge ist vielmehr im Rahmen der Bezirks-Familien- und Säuglingsfürsorge ausgeübt worden.

Säuglingsfürsorge und Mütterberatung.

Im Berichtsjahre bestanden 6 Fürsorge- und Beratungsstellen, deren Sprechstunden wie folgt waren:

Herforder Straße 21a, jeden Montag und Donnerstag	101 Sprechstunden,
Petrischule, jeden Montag	50 "
Sudbrackschule, alle 14 Tage Freitags	25 "
Hampfeldschule, alle 14 Tage Dienstags	26 "
Fürsorgestelle Siefer, alle 14 Tage Dienstags	26 "
Wellensiekchule, am 1. Montag eines jeden Monats	12 "

Zusammen: 240 Sprechstunden.

Es waren tätig: 1 beamteter Arzt, 2 Hilfsärzte, 14 Fürsorgerinnen.

Die Säuglinge wurden durch standesamtliche Meldungen bekannt. Von den Neugeborenen sind 1117 in den Beratungsstellen vorgestellt, während 525 nur durch Hausbesuche erfaßt sind.

Die Stillfrequenz der beobachteten Säuglinge betrug

bis zu 3 Monaten	813 Säuglinge,
von 3 bis 6 Monaten	504 „
über 6 Monate	523 „

Zusammen: 1840 Säuglinge.

Von den ärztlich beobachteten und auf den Ernährungszustand untersuchten Säuglingen erhielten die Bezeichnung gut: 50,5 v. H., mittel: 44,8 v. H. und schlecht: 4,7 v. H. Der Gesundheitszustand der Säuglinge ist danach im allgemeinen als sehr gut zu bezeichnen.

Kleinkinderfürsorge.

Die Kleinkinderfürsorge wurde mit der Säuglingsfürsorge gemeinsam betrieben. Eine besondere Fürsorgestelle mit eigenen Sprechstunden war nicht eingerichtet. Die Zahl der vorgestellten Kleinkinder betrug 384. Besondere Beobachtungen sind nicht gemacht worden.

Frischmilchversorgung der Säuglinge und Kleinkinder.

Die Frischmilchversorgung der Säuglinge und Kleinkinder und in geringem Umfange auch der gesundheitlich Gefährdeten konnte auch im Berichtsjahre beibehalten werden. Es erhielten im Falle der Bedürftigkeit die Säuglinge im ersten Lebensjahre täglich 1 Liter und im zweiten Lebensjahre täglich $\frac{1}{2}$ Liter Markenmilch. An Kleinkinder bis zum 4. Lebensjahre wurde täglich $\frac{1}{2}$ Liter Molkereimilch verabreicht. Ältere Kinder und Erwachsene erhielten Milch, wenn die Notwendigkeit durch den Stadtfürsorgearzt festgestellt war. An rund 1700 Personen wurden durchschnittlich täglich ausgegeben: 500 Liter Molkereimilch und 350 Liter Markenmilch. Es kostete die Molkereimilch 19 *Rpf* und die Markenmilch 25 *Rpf* der Liter. Der Gesamtaufwand betrug rund 70 000.— *R.M.*

Schulkinderfürsorge.

In sämtlichen Schulen Vielesfelds — mit Ausnahme der höheren Schulen — war der Schularzt diensteingeführt. Es waren 12 Ärzte nebenamtlich tätig. Die Gesamtzahl der bei der Reihenuntersuchung beobachteten Schulkinder betrug 14 494.

Der Ernährungszustand der untersuchten Schulkinder war:

Schuljahr	Zahl der Kinder	Es erhielten die Bezeichnung		
		gut	mittel	schlecht
Schulanfänger	1482	36 %	58 %	6 %
4. Schuljahr	1508	35,5 %	60 %	4,5 %
Schulabgänger	1160	37 %	59,9 %	3,1 %

Der allgemeine Gesundheitszustand war im allgemeinen gut. Lediglich im Frühjahr 1935 traten in der Wellensiefschule vermehrte Diphtherieerkrankungen auf, so daß die Schule am 3. 5. bis zum 6. geschlossen werden mußte. Ferner wurde eine Klasse der Büchhardtschule 8 Tage wegen Ziegenpeter geschlossen.

Von den 14 494 untersuchten Schulkindern hatten 14 370 keine chronischen oder konstitutionellen krankhaften Störungen.

Erholungs- und Heilkuren für Kinder.

Mit der NS.-Volkswohlfahrt besteht die Vereinbarung, daß der Landaufenthalt und die Erholungskuren für erholungsbedürftige Kinder von dieser, die Heil- und Heilstättenkuren für franke und gesundheitlich gefährdete Kinder von der Stadt durchgeführt werden. Die bei den ärztlichen Schuluntersuchungen ermittelten und dem Gesundheitsamt gemeldeten Kinder — insgesamt 516 — sind der NS.-Volkswohlfahrt gemeldet worden. Von den von den Schulärzten und dem Stadtfürsorgearzt gemeldeten franken und gesundheitlich gefährdeten Kindern sind zu Vier- oder Sechswochenkuren untergebracht worden:

an der Ostsee	50 Kinder,
an der Nordsee	179 "
in Solbädern	266 "
im Kindergenesungsheim Senne	68 "
im Cecilienstift Lippspringe	— "

zusammen: 563 Kinder.

An Kosten sind 60 000.— *R.M.* entstanden, wovon Eltern, Krankenkassen usw. 23 000.— *R.M.* getragen haben, so daß die Stadt mit 37 000.— *R.M.* belastet wurde.

Heilstättenkuren für Erwachsene.

In 30 Fällen sind Heilstättenkuren für Erwachsene durchgeführt, und zwar:

Tuberkulose in Lippspringe	8 Personen,
Sicht- und Rheumatismuskranke in Seebruch, Prießnitz-Krankenhaus	3 "
Herzkranke in Deynhaus und Salzuflen, Driburg und Wildungen	19 "

zusammen: 30 Personen.

An Kosten sind 7200.— *R.M.* entstanden, wovon die Kranken selbst, die Krankenkassen usw. 1800.— *R.M.* getragen haben, so daß die Stadt mit 5400.— *R.M.* belastet wurde.

In 29 Fällen mußte Ablehnung der Anträge erfolgen, weil die Nachuntersuchung durch den Stadtfürsorgearzt ergab, daß die Kuren nicht unbedingt notwendig waren.

Schulkinderspeisung.

In den Bürger- und Mittelschulen fanden Speisungen statt. Es wurden gespeist im Sommerhalbjahr vom 1. 4. bis 16. 5. 1935 durchschnittlich 1300 Kinder und im Winterhalbjahr vom 16. 10. 1935 bis 31. 3. 1936 durchschnittlich 1700 Kinder. Die Kinder erhielten in einer größeren Pause $\frac{1}{4}$ Liter Frischmilch. Die Aufwendungen beliefen sich auf 9400.— *R.M.* Der Staat leistete hierzu einen Zuschuß von 1000.— *R.M.*

Schulzahnpflege.

Die Schulzahnpflege war für alle Volksschulen eingeführt. Sie bestand in der regelmäßigen zahnärztlichen Untersuchung der Grundschulkinder, und zwar halbjährlich, und in der Überwachung der mit kranken Zähnen behafteten Kinder. Es war zu diesem Zwecke ein Zahnarzt im Hauptamt tätig, der auch gleichzeitig die Zahnklinik leitete. Die Behandlung der zahnkranken Kinder erfolgte von den privaten Zahnärzten und Dentisten. In der städtischen Klinik wurden nur die Kinder minderbemittelter Eltern, sofern sie keiner Krankenkasse angehörten, behandelt. Daneben wurde der städtische Zahnarzt bei Anträgen auf Bewilligung von künstlichen Gebissen, Gebißreparaturen usw. von den Fürsorgeämtern gutachtlich gehört. Für einige unbemittelte Zahnkranken wurde der zur Erhaltung der Gesundheit unbedingt notwendige Zahnersatz in der Klinik angefertigt.

Die Zahl der zahnärztlich untersuchten Schulkinder betrug 9520. Von ihnen hatten etwa 2760 = 29 % krank bleibende Zähne. Von den zahnärztlich untersuchten 9520 Schulkindern hatten am Schlusse des Berichtsjahres rund 94 % gesunde, bleibende Zähne.

An Kosten sind entstanden:

Für Instrumente, Materialien, Medikamente,	
Wäsche, Reinigung usw.	700.— <i>R.M.</i>
„ zahntechnische Arbeiten	3000.— "
„ Gebäudeunterhaltung	200.— "
„ Heizung, Licht und Wasser	400.— "

zusammen: 4300.— *R.M.*

Dazu kommen die Gehälter des Zahnarztes und seiner Gehilfin.

Krüppelfürsorge.

Die vor Jahren eingerichtete Krüppelfürsorgestelle war auch im Berichtsjahr tätig. Eine besondere Durchmusterung der Schulkinder von einem Facharzt fand nicht statt. Die Schulärzte hatten vielmehr Anweisung, bei den allgemeinen Schuluntersuchungen auf Krüppelkinder und Rückenschwächlinge zu achten und diese dem Gesundheitsamte zu melden.

Leiter der Fürsorgestelle war ein Facharzt. Außerdem war eine hauptamtlich angestellte Turnlehrerin als Leiterin der orthopädischen Turnkurse tätig.

Zu Beginn des Berichtsjahres standen 299 Krüppel unter 18 Jahren in Fürsorge. Neu gemeldet wurden 139, aus der Krüppelfürsorge schieden aus 121, so daß am Schluß des Berichtsjahres 317 in Fürsorge standen. Von diesen 317 Krüppelkindern standen

in offener Fürsorge	302
„ Anstalten zur Heilbehandlung	4
„ Anstalten zur Berufsausbildung	3
„ Anstalten zur Schulung und Erziehung	3
„ Anstalten zur Bewahrung	5
zusammen:	317

Von den neu gemeldeten Krüppeln wurden gemeldet:

durch freie Ärzte	6
„ Schulärzte und beamtete Ärzte	118
„ Lehrpersonen	—
„ Hebammen	8
„ Sonstige	7
zusammen:	139

Außerdem standen 13 Krüppel über 18 Jahren in Fürsorge, und zwar 5 in offener Fürsorge und 8 in Anstalten zur Heilbehandlung.

Es wurden 9 ärztlich geleitete Krüppelsprechstunden abgehalten. Die Zahl der in ihnen vorgestellten Krüppel betrug insgesamt rund 360.

An den orthopädischen Turnkursen nahmen rund 100 Krüppel teil. Die Turnstunden betragen für jedes Kind durchschnittlich 50. Die Turnkurse fanden im städtischen Krankenhause statt. Bedürftigen Kindern, die einen weiten Weg zurückzulegen hatten, wurden Fahrscheine zur freien Benutzung der Straßenbahn und der städtischen Omnibusse zur Verfügung gestellt.

An Kosten sind entstanden:

Für die Unterhaltung der Krüppelfürsorgestelle	
Miete, Turnsaal	600.— R.M.
einschl. Gehalt der Turnlehrerin	2 300.— "
für Maßnahmen der offenen Fürsorge, auch	
Apparate pp.	2 400.— "
für Anstaltsbehandlung zur Entkrüppelung	9 500.— "
für Anstaltsbehandlung zur Bewahrung	4 000.— "
	18 800.— R.M.
Erstattung Eltern, Krankenkassen	5 550.— "
zu Lasten der Stadt	13 250.— R.M.

Fürsorge für Alkoholkrante.

In der Fürsorge für Alkoholkrante waren eine Spezialfürsorgerin und 14 Bezirksfamilienfürsorgerinnen tätig. Die alkoholgegnerischen Vereine haben aus den Kreisen ihrer Mitglieder etwa 40 Helfer und Helferinnen zur Verfügung gestellt. Ferner waren die alkoholgegnerischen Vereine selbst an der Durchführung der Einzelfürsorge in erheblichem Maße beteiligt, was dadurch erreicht wurde, daß von jeder Neumeldung den Helfern und Helferinnen Mitteilung gemacht wurde. Sprechstunden wurden täglich abgehalten.

Aus dem Vorjahre wurden 543 Fälle übernommen.

Der Zugang im Laufe des Berichtsjahres betrug 63, der Abgang 116, so daß am Schlusse des Berichtsjahres 490 Personen in Fürsorge standen. Von den zugegangenen Personen waren 62 männlich und 3 weiblich.

Es wurden durchgeführt: 9 Entmündigungen, 7 Heilverfahren und 4 Asylierungen.

Die Aufwendungen betragen:

Für die Unterhaltung der Fürsorgestelle einschl.	
Gehalt der Fürsorgerin	2 400.— R.M.
für Heilverfahren, Asylierungen usw.	1 100.— "
zusammen:	3 500.— R.M.

Fürsorge für Nerven- und Gemütskranke.

Von der Fürsorgestelle für Nerven- und Gemütskranke wurden insgesamt 595 Personen betreut, und zwar 256 Männer, 324 Frauen, 6 Knaben und 9 Mädchen. Davon wurden 431 aus dem Vorjahre übernommen. Die neu in Fürsorge genommenen Personen wurden gemeldet:

Bon den Fürsorgeämtern A und B	22
vom Jugendamt	7
von der Bezirksfürsorge	23
von der Trinkerfürsorge	—
von Ärzten	23
vom Krankenhaus	12
vom Amtsgericht	13
von privater Seite	24
von Angehörigen	10
von Anstalten	4
von der Polizei und dem Gerichtsgefängnis	9
von der Hilfsschule	1
Selbstmeldungen	1
von der Fürsorgestelle selbst erfaßt . . .	15

Zusammen: 164

In Anstalten waren 270 untergebracht, davon im Laufe des Berichtsjahres 56 neu. In Heimen waren 56 untergebracht, davon im Laufe des Berichtsjahres 11 neu. Aus den Anstalten wurden 31 entlassen, 35 sind gestorben. Unter Pfllegschaft standen 93, davon im Laufe des Berichtsjahres 25 neu. Unter Vormundschaft standen 48, davon im Laufe des Berichtsjahres 11 neu. Von der Bezirksfamilienfürsorge wurden 576 Personen betreut.

Als Vertrauensärzte waren 2 Fachärzte für Nervenkrankte tätig. Ihnen wurden 102 Kranke vorgestellt.

Fürsorge für Geschlechtskranke.

Im Berichtsjahr betrug die Zahl der Erkrankten 457, und zwar 146 Männer, 301 Frauen, 3 Knaben und 7 Mädchen.

Es wurden gemeldet:

Personen:	
Durch die Fürsorgestelle für Geschlechtskranke	192
durch die Bezirksfürsorge	5
durch das Fürsorgeamt A und B	15
durch das Jugendamt	5
durch das Gefängnis	—
durch die Polizei	8
durch Selbstmeldungen	17
durch Privatmeldungen	37
durch Ärzte	91
durch das Städtische Krankenhaus	15
durch die Beratungsstelle	7
durch auswärtige Behörden	25
an auswärtige Behörden	30

Zusammen: 457

megen Lues	189 Personen
„ Co.	252 „
„ L. und G.	15 „
„ L. und Schanker	1 Person

Zusammen: 457 Personen

Zwangsweise einem Arzt vorgeführt	57	Personen
„ ins Städt. Krankenhaus		
eingewiesen	18	„
„ nach Benninghausen		
gebracht	13	„
unter gesundheitlicher Aufsicht stan-		
den Frauen mit häufig wechselndem		
Geschlechtsverkehr	73	„

Der Fürsorgestelle stand ein am hiesigen Ort niedergelassener Facharzt für Geschlechtskrankheiten zur Seite. Außerdem bestand eine Beratungsstelle für Geschlechtskranke, die von der Landesversicherungsanstalt Westfalen eingerichtet und unterhalten wurde.

Tuberkulosenfürsorge.

Die Tuberkulosenfürsorgestelle stand während der Berichtszeit unter Leitung des Stadtfürsorgearztes, der gleichzeitig Facharzt ist. Mittätig war eine Spezialfürsorgerin. In die Arbeit waren weiterhin die 14 Bezirksfürsorgerinnen und eine Schreibhilfe einbezogen. In Fürsorge standen zu Beginn des Jahres 1277 Personen. An Neuzugängen wurden überwiesen 324, und zwar durch

Ärzte	103
Behörden und Versicherungsträger	75
Selbstmelder	9
von der Fürsorgestelle bestellte Angehörige	137

317 Abgänge waren zu verzeichnen, und zwar durch Tod 52, durch Wegzug 24 und als nicht mehr fürsorgebedürftig 241, mithin in Beobachtung und Fürsorge am Schluß des Jahres 1284.

Die Sprechstunden, von denen insgesamt 116 in regelmäßigen Zeitabständen im Laufe des Jahres abgehalten wurden, wurden von 1856 Patienten wiederholt aufgesucht. Röntgen-durchleuchtungen wurden in 1498 Fällen vorgenommen. Durch Vermittlung der Fürsorgestelle wurden überwiesen:

28	Patienten	in ärztliche Behandlung,
16	„	einem Krankenhause,
102	„	einer Heilstätte,
73	„	in Erholungsheime,
11	„	in Asylierung.

Die Aufwendungen betragen:

Für Unterhaltung der Tuberkulosenfürsorgestelle einschließlich Gehälter	18 000,—	R.M.
für Heilverfahren, Ernährungsbeihilfen	12 600,—	„
	<u>30 600,—</u>	R.M.

Das Gesundheitsamt erhielt neue Aufgaben auf dem Gebiete des Gesundheitswesens durch die nachbenannten Gesetze:

1. Das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. 9. 1935.
2. Die Verordnung über die Gewährung von Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien vom 15. 9. 1935.
3. Das Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz) vom 10. 10. 1935.

Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre verbietet Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes.

Die Verordnung über die Gewährung von Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien gab Veranlassung zur Prüfung der erbbiologischen Verhältnisse zahlreicher Familien, die durch Untersuchungen ergänzt wurden.

Das Ehegesundheitsgesetz vom 18. 10. 1935 bestimmt die gesundheitlichen Hinderungsgründe der Eheschließung. Es bestimmt, daß Entmündigte oder unter vorläufiger Vormundschaft stehende Verlobte nicht heiraten dürfen. Es verbietet die Eheschließung eines Verlobten, der an einer geistigen Störung leidet, die die Ehe für die Volksgemeinschaft unerwünscht erscheinen läßt. Ferner wird als Egehinderungsgrund genannt, wenn erbkranker Nachwuchs zu erwarten ist. Schließlich wird die Ehe verboten für solche Personen, die — selbst körperlich und geistig gesund — eine erbkrante Persönlichkeit heiraten wollen.

Die Eheauglichkeit wird durch ein Zeugnis des Gesundheitsamtes nachgewiesen. Eine ärztliche Untersuchung beider Verlobten sowie Nachforschungen nach der erbbiologischen Beschaffenheit der Sippe sind die Voraussetzungen.

In einer angemessenen Übergangszeit ist die Vorlage der Eheauglichkeitszeugnisse nur in Zweifelsfällen vorgeschrieben.

b) Badewesen.

Zu den vornehmsten Aufgaben, die den Gemeinden für die Erhaltung und Förderung der Volksgesundheit gestellt worden sind, gehört neben der geistigen die körperliche Ertüchtigung aller Volksgenossen.

Ohne Sport ist aber eine körperliche Ertüchtigung nicht denkbar. In der Erkenntnis, daß besonders der Schwimmsport viele Möglichkeiten für die Ertüchtigung von Körper und Geist gibt, werden durch die Stadt mustergültige Bäder unter Aufwendung erheblicher Geldmittel unterhalten.

Jahresabluß 1935 für alle städtischen Bäder.

Ausgaben 158 318,27 R.M.

Einnahmen 87 426,59 "

Zuschuß: 70 891,68 R.M.

In dem Zuschußbetrage ist ein erheblicher Betrag für die Herabsetzung der Benutzungsgebühr für minderbemittelte Volksgenossen enthalten.

Leider läßt der Besuch der städtischen Bäder noch zu wünschen übrig. Es gibt immer noch Bielefelder, die den Wert des Badens und des Schwimmens für die eigene Gesunderhaltung noch nicht schätzen gelernt haben. Oft scheuen diese Volksgenossen die geringen Ausgaben für die Benutzung eines Bades. Es ist bedauerlich, daß vielen die Wichtigkeit der Erhaltung des größten Gutes, der Gesundheit, noch nicht zur Erkenntnis gekommen ist. Hier ist noch eine große Aufgabe zu erfüllen. Das Schwimmen muß Gemeingut des deutschen Volkes werden. Erfreulich ist es, daß besonders die Schulen mit wahrem Eifer an die Ausbildung der Jugend im Schwimmen herangehen (obligatorischer Schwimmunterricht).

Besuchsübersicht.

Jahr	Schwimmbäder			Brausebäder	Wannenbäder	Gesamtbesuch
	Freibad	Johannisbad	Hallenbad			
1930	167 520	rd. 30 000	86 179	133 402	16 528	433 629
1931	136 911	33 886	91 122	152 507	16 290	430 716
1932	152 527	45 969	71 678	141 932	12 359	424 465
1933	110 208	27 301	65 972	148 099	11 075	362 655
1934	114 460	23 417	70 112	160 878	11 263	380 130
1935	121 015	32 096	81 700	157 967	11 833	404 611

Die vorstehende Besuchsübersicht gibt ein beredtes Zeugnis darüber, wie sich die wirtschaftliche Not im deutschen Volke immer mehr auswirkte und 1933 den Tiefstand erreichte. Von diesem Jahre ab zeigt der Besuch der städtischen Bäder wieder eine aufsteigende Kurve.

c) Städtisches Krankenhaus.

Allgemeines.

Das Krankenhaus ist im Pavillonssystem gebaut.

Im Haus 1 sind untergebracht zwei medizinische und zwei chirurgische Stationen (Männer und Frauen) 3. Klasse.

In Haus 2 befinden sich die chirurgisch-gynäkologische und die Kinderstation,

in Haus 3 die Lungenkranken, Diphtherie- und Geschlechtskranken,

in Haus 4 die Infektionskrankheiten,

in Haus 5 eine medizinische, eine chirurgische und eine geburtshilflich-gynäkologische Station für 1. und 2. Klasse,

Haus 6 enthält die Apotheke, die Röntgenabteilung, die Operationsabteilung und die Laboratorien.

Im Berichtsjahre haben sich die Anforderungen gegenüber dem Vorjahre noch gesteigert.

In der Zahl der belegungsfähigen Betten sind keine Änderungen eingetreten. Es war oft sehr schwer, die aufzunehmenden Kranken unterzubringen. Abweisungen waren nicht zu vermeiden.

Am 30. 9. 1935 trat der Chefarzt und leitende Arzt der chirurgischen Abteilung, Prof. Dr. Nomburg, nach vierundzwanzigjähriger Tätigkeit in den wohlverdienten Ruhestand.

Am 1. 10. 1935 wurde sein Nachfolger, Dr. Sprengell, als Chefarzt vom Oberbürgermeister in sein Amt eingeführt.

Mit dem 31. 3. 1936 ist Frau Oberin Wiese ebenfalls in den Ruhestand getreten. Sie war seit dem 1. 1. 1903, über 33 Jahre, im Krankenhause tätig. Nachfolgerin wurde Frau Oberin Hedwig Kreuzberger. Die Verdienste der Ausgeschiedenen sind an anderer Stelle gewürdigt.

Seit Oktober 1935 wurde die gynäkologische Abteilung von der chirurgischen getrennt. Zum Leiter der erstgenannten Abteilung wurde Dr. Rölle ernannt, der seit 1917 im Krankenhause tätig ist.

Inanspruchnahme und Leistungen.

Die Zahlen des Vorjahres sind eingeklammert.

Der Abschluß des Rechnungsjahres ergibt folgendes Bild:

Ausgabe	792 517,—	R.M.	oder	6,90	R.M.	pro	Pflegetag,
Einnahme	711 088,—	"	"	6,19	"	"	"
Zuschuß	81 429,—	R.M.	"	0,71	R.M.	"	"

Die Zahl der aufgenommenen Kranken stieg auf 5683 (5590).

Berpflegungstage 114 721 (112 043).

Die durchschnittliche Behandlungsdauer hat sich mit 20 Tagen gegenüber dem Vorjahre nicht geändert.

Ambulant wurden 2863 (2828) Personen behandelt.

Es wurden 1242 (1236) größere Operationen und 381 (350) kleinere operative Eingriffe vorgenommen.

Gipsverbände wurden 167 (166) angelegt.

Die Strahlenleistungen verteilen sich auf 7301 (6907) Röntgenaufnahmen, 1624 (1682) Röntgendurchleuchtungen, 530 (513) Röntgenbestrahlungen und 3092 (3567) andere Bestrahlungen.

Im Laboratorium erfolgten 7350 (6865) Harn-, Stuhl-, Mageninhalt-, Blut-, Sputum- und sonstige Untersuchungen.

d) Städtisches Untersuchungsamt.

Der Amtsbezirk des Untersuchungsamtes hat im Berichtsjahre eine Veränderung nicht erfahren, er umfaßte die preussischen Kreise Bielefeld-Stadt, Bielefeld-Land, Halle, Wiedenbrück, Herford-Stadt, Herford-Land, Lübbecke, Minden-Stadt, Minden-Land und den größten Teil von Lippe-Detmold.

Auf Veranlassung der hierfür zuständigen Organisationen des Reichsnährstandes wurde ab 1. April 1935 die seither vom Untersuchungsamt vorgenommene Qualitätsprüfung der angelieferten Milch in der Molkerei Bielefeld e. G. m. b. H. von der Molkereei-Versuchs- und Lehranstalt in Münster übernommen.

Wie in den früheren Jahren nahm die ambulante Lebensmittelkontrolle, also die Überwachung der Lebensmittelherstellung und -Verteilung durch Sachverständige des Amtes, sehr viel Zeit in Anspruch. Es kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß das, was für viele Untersuchungsämter erst für die Zukunft als erstrebenswert von maßgeblicher Seite angesehen wird, vom hiesigen Untersuchungsamt schon seit mehr als zwei Jahrzehnten durchgeführt wird. Auf der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Lebensmittelchemiker am 28. und 29. Mai 1935 wurde der

Direktor des Untersuchungsamtes mit einigen weiteren Fachgenossen in eine Kommission gewählt. Diese hat den Zweck, dem zuständigen Reichsministerium des Innern Vorschläge für die Neugestaltung der lebensmittelchemischen Kontrolle und ihrer Organisation einzureichen. In einer am 14. September 1935 in Berlin, unter Teilname zweier Vertreter des Reichsgesundheitsamtes stattgehabten Sitzung der gewählten Kommission, wurden nach entsprechenden Vorarbeiten Vorschläge aufgestellt.

Bei Betrachtung der ambulanten Lebensmittelkontrolle sei bemerkt, daß seitens der wissenschaftlichen Sachverständigen manche national-sozialistische Schulungsarbeit geleistet worden ist, insbesondere in manchen ländlichen oder kleinstädtischen Kleinhandelsgeschäften. Die Aufbauarbeit des Reichsnährstandes bringt es unvermeidbar mit sich, daß auf vielen Gebieten der Lebensmittelherstellung und -verteilung zahlreiche Vorschriften hinsichtlich Zusammensetzung, Beschaffenheit, Verpackung usw. erlassen werden müssen. Es ist menschlich verständlich, daß der Kleinhändler, der sich nun darüber unterrichten muß, ob das ihm gelieferte Mehl vorschriftsmäßig ausgemahlen, vorschriftsmäßig verpackt und bezeichnet ist, ob der Käse den gesetzlichen Anforderungen genügt, der sich weiter darüber unterrichten soll, ob der Honig die vorschriftsmäßigen Bezeichnungen über Inhalt und Preis trägt, daß der Bäcker, der auf seinen Broten die verschiedensten Angaben über Art und Gewicht des Brotes bringen muß, diese zahlreichen und ihm auch häufig nicht ausreichend bekannten Vorschriften in seinem Betriebe lästig und störend empfindet. In solchen Fällen wurde viel Zeit darauf verwendet, die Beteiligten mit Erfolg über Zwecke und Ziele, die durch derartige Verordnungen verfolgt werden, aufzuklären. Die in der ambulanten Lebensmittelkontrolle im Berichtsjahre tätig gewesenen Sachverständigen des Untersuchungsamtes dürfen für sich in Anspruch nehmen, manches Unverständnis und manche Mißstimmung in den Reihen gerade der Kleingewerbetreibenden beseitigt zu haben.

Mehr als in früheren Jahren tritt in der Zeit des nationalsozialistischen Wirtschaftsaufbaues der wirtschaftliche Wert der Lebensmittelkontrolle — neben dem polizeilichen Wert — in die Erscheinung.

Wie bisher war das Untersuchungsamt auch im Berichtsjahre tätig bei Revisionen von Drogen-, Farb- und Arzneimittelhandlungen, ferner für Gerichte, Staatsanwaltschaften, Bauämter, Wasserwerke, Zollbehörden sowie für Handel und Industrie.

Der Direktor des Untersuchungsamtes übernahm mit Beginn des Berichtsjahres die Leitung des Entgiftungsdienstes im zivilen Luftschutz. Die ziemlich umfangreiche Arbeit, die auf diesem Gebiet geleistet wurde, läßt sich aus einer Übersicht, die sich bei dem Sonder-Jahresbericht des Amtes, welcher der Regierung und der Öffentlichkeit im Februar 1936 übergeben wurde, befinden, ersehen.

Bei der Fülle der vom Untersuchungsamt zu erledigenden praktischen Aufgaben blieb für rein wissenschaftliche Arbeiten und Veröffentlichungen, wie sie in manchen früheren Jahren getätigt wurden, leider keine Zeit.

Die Gesamtzahl der in der Zeit vom 1. 4. 1935 bis 31. 3. 1936 im Untersuchungsamt untersuchten Gegenstände — Lebensmittel, Futtermittel, technische Artikel, Branntwein-Vergällungsmittel, Wasser, Abwasser, Drogen, Chemikalien, Arzneimittel, sowie Untersuchungen zur Aufklärung von Verbrechen für Gerichte und Staatsanwaltschaften betrug 7437.

Über Einzelheiten gibt der Sonderbericht des Untersuchungsamtes Auskunft.

e) Impfwesen.

Im Berichtsjahre sind insgesamt je 27 öffentliche Impf- und Nachschauermine abgehalten worden. Davon entfielen auf das Frühjahr je 17, auf den Herbst je 10, auf Erstimpflinge im Frühjahr 9, im Herbst 9, auf Wiederimpflinge im Frühjahr 8, im Herbst 1.

Impfärzte: Med.-Rat Dr. Ulrich, Dr. Corzdreß, Dr. Hilburg und Dr. Wernicke.

Impfpflichtig waren: Erstimpflinge 2302,

Wiederimpflinge 1893

zusammen 4195.

Erstimpflinge Wiederimpflinge

Von den Impfpflichtigen wurden		
mit Erfolg geimpft	1484	1695
ohne Erfolg geimpft.	43	4
von Privatärzten mit Erfolg geimpft	301	34
zurückgestellt	353	149
nicht vorge stellt	121	11
	<hr/>	<hr/>
	2302	1893.

f) Hebammen.

Im Stadtgebiet waren im Berichtsjahre 16 Hebammen beschäftigt.

g) Gemeingefährliche und ansteckende Krankheiten.

Von gemeingefährlichen Krankheiten ist das Stadtgebiet auch in diesem Berichtsjahr verschont geblieben.

An ansteckenden Krankheiten sind gemeldet worden:

1. Diphtherie (Rachenbräune)	392 Fälle,
2. Bakterielle Lebensmittelvergiftung	6 „
3. Genickstarre	3 „
4. Kinderlähmung	5 „
5. ansteckende Lungen- und Kehlkopf- tuberkulose, neu gemeldet	85 „
68 Todesfälle,	
6. Scharlach	205 „
7. Typhus und Typhusverdacht	16 „

Das zeitweise gehäufte Auftreten von Diphtherie-Erkrankungen im Ortsteil Wellensief im Frühjahr 1935 machte die vorübergehende Schließung der dortigen Schule erforderlich.

In 610 Fällen ist die amtliche Desinfektion angeordnet worden. Die amtlichen Desinfektoren sind Beamte und Angestellte der Feuerlöschpolizei.

h) Schlachtvieh- und Fleischschau.

Das Schlachten aller Tiere — ausgenommen die reinen Hauschlachtungen — und ihre Beschau erfolgten wie bisher in dem der Fleischer-Innung gehörenden öffentlich anerkannten Schlachthofe, der der gemeindlichen Aufsicht untersteht.

Die nur für den eigenen Haushalt der Besitzer geschlachteten Schweine unterliegen der amtlichen Trichinenschau durch vom Staat bestellte Bezirkstrichinenschauer.

Das Stadtgebiet ist in 11 Trichinenschaubezirke eingeteilt.

i) Viehseuchen und Kadaververwertung.

Bei 35 Schweinen wurde Rotlauf bzw. Backsteinblattern festgestellt.

Von anderen Viehseuchen ist das Stadtgebiet freigeblichen.

Die Kadaver der an einer Viehseuche oder aus anderen Gründen gefallenen Tiere wurden auf Grund vertraglicher Verpflichtung von der Tierkörperverwertungsanstalt Hellweg in Gartnisch bei Halle abgeholt.

k) Kehrbezirke.

Das Stadtgebiet ist in 9 Kehrbezirke eingeteilt, die im Berichtsjahre mit 9 Bezirkschornsteinfegermeistern besetzt waren.

l) Straßenreinigung und Straßen Sprengung.

Im Stadtbezirk (altes Stadtgebiet) werden 620 000 Quadratmeter Fahrbahn- und Bürgersteigflächen durch die Stadt gereinigt, wovon die Hauptstraßen täglich, alle übrigen Straßen dreimal wöchentlich mit der Kehrmaschine gefegt werden.

An Personal waren vorhanden:

- 1 Stadtinspektor,
- 1 Fahrmeister,

2 Aufseher,
 1 Handwerker,
 6 Kraftfahrer,
 3 Vorarbeiter,
 46 Arbeiter,
 4 Papierhammer.

An Kraftfahrzeugen standen zur Verfügung:

3 Autosprengwagen,
 2 Autokehrmaschinen,
 1 Lastkraftwagen.

Außer den angeführten Kraftfahrzeugen waren vorhanden: Für Pferdebespannung 4 Reservekehrmaschinen, 4 Sprengwagen von 1,5 Kubikmeter Inhalt, 1 Asphaltreinigungsmaschine und 4 Schneepflüge, ferner 14 Handkarren, 12 Schneekarren und 4 Sandstreufarren.

An Straßenkehrriecht wurden 3650 Kubikmeter gesammelt. Im Sommer wird der Kehricht zur Düngung nach dem Sennefriedhof gefahren. Der im Winter gesammelte Kehricht ist zum Abdecken von Flächen der Müllgrube an der Finkenstraße benutzt worden.

Die Straßen Sprengung konnte nur in geringem Umfange durchgeführt werden, da die Wasserentnahme aus dem städtischen Leitungsnetz wegen des Wassermangels unterbleiben mußte. Das Sprengwasser wurde dem Stauteich III „Am Bann“ entnommen. Aufwendungen 1935 für Straßenreinigung und Straßen Sprengung: 242 867,— *R.M.*

m) Abfuhr von Kehricht und Hausmüll.

Neben 4 Automüllwagen von je 10 Kubikmeter Inhalt waren noch 4 Müllwagen von je 4 Kubikmeter Laderaum für Pferdebespannung zur Beseitigung des Mülls innerhalb des alten Stadtgebietes erforderlich. Das Müll wird bis auf einige Straßen dreimal wöchentlich abgefahren. Das Ladepersonal — 20 Arbeiter und außerdem 2 Arbeiter auf der Müllkippe — stellt die Straßenreinigung. Ferner sind noch 5 Kraftfahrer, 1 Handwerker und 5 Kutscher bei der Abfuhr tätig. Nachdem die alte Ziegelgrube der Gesellschaftsziegelei an der Ziegelstraße verfüllt war, wurde mit der Verwaltung der Hagemannschen Ziegelei in Oldentrup ein Vertrag abgeschlossen, wonach der Stadt Bielefeld die Lagerung von Hausmüll in der Ziegelgrube auf zehn Jahre gegen eine jährliche Vergütung von 1000,— *R.M.* gestattet ist.

34 200 Kubikmeter Hausmüll sind im alten Stadtbezirk gesammelt und zu den Abladestellen gefahren. Mit dem Wintermüll wurde eine zirka 4 Meter tiefe Senkung der Anfuhrstraße zur Rottmann-Siedlung angefüllt.

Neu aufgenommen in die Müllabfuhr wurden:

Werther Straße von Haus Nr. 107a bis 169,
 Stapenhorststraße von Bosse- bis Werther Straße,
 Walkenweg von Herforder Straße bis „An der Landwehr“,
 Kammerratsheide,
 Karolinenstraße,
 Sprudelweg.

In Bielefeld-Sieker wird die Müllabfuhr durch einen Privatunternehmer im Auftrage der Stadt ausgeführt.

In Bielefeld-Stieghorst sowie in Bielefeld-Schildesche-Gellershagen erfolgt die Abfuhr durch Privatunternehmer ohne Mitwirkung der Stadt. Über die Abfuhrmengen in diesen Bezirken liegen keine Aufzeichnungen vor.

Aufwendungen 1935 für Müllabfuhr: 144 862,— *R.M.*

10. Städtische Polizei. Feuerlöschwesen.

a) Verwaltungs- und Sicherheitspolizei.

Erfassungswesen.

Mit der Proklamation der Reichsregierung und dem Gesetz über den Aufbau der Wehrmacht vom 16. 3. 1935 wurde die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt. Die Erfassung der Dienstpflichtigen erfolgt durch die Polizeiverwaltung (Meldeamt) in Verbindung mit dem Standesamt. Es mußten mit größter Beschleunigung erfasst werden die Dienstpflichtigen des Geburtsjahrgangs 1914 für den aktiven Wehrdienst und die des Jahrgangs 1915 für den Reichsarbeitsdienst. Erfasst wurden (Stichtag 20. 3. 1935) 980 Dienstpflichtige des Jahrgangs 1914 und 740 Dienstpflichtige des Jahrgangs 1915. Zu bearbeiten waren ferner 242 Zugänge des Jahrgangs 1914 und 170 Zugänge des Jahrgangs 1915, einschließlich der schon auswärts gemusterten Dienstpflichtigen, so daß am Schluß des Berichtsjahres insgesamt erfasst waren 1222 Dienstpflichtige des Jahrgangs 1914 und 911 Dienstpflichtige des Jahrgangs 1915. Von hier verzogen sind Dienstpflichtige des Jahrgangs 1914 in 356 Fällen und des Jahrgangs 1915 in 291 Fällen. Die Musterung der Jahrgänge 1914 und 1915 fand in der Zeit vom 26. Juli bis 10. August im Gymnasium, vom 7. bis 10. August 1935 in der Helmholz-Oberrealschule statt, außerdem waren später an einzelnen Tagen Nachmusterungen notwendig. Gemustert wurden in Bielefeld-Stadt insgesamt 849 Dienstpflichtige des Jahrgangs 1914 und 687 Dienstpflichtige des Jahrgangs 1915. Befreiungen von der Gestellung zur Musterung gemäß § 9 der Verordnung vom 29. 5. 35 wurden ausgesprochen: Jahrgang 1914 in 4 Fällen und Jahrgang 1915 in einem Falle.

An Zurückstellungsanträgen sind gestellt worden, 86 vom Jahrgang 1914 und 96 vom Jahrgang 1915.

Freiwilligenscheine sind gemäß § 11 der Verordnung vom 7. 11. 1935 ausgestellt worden:

	für den aktiven Wehrdienst	für den Reichsarbeitsdienst
vom Jahrgang 1913	31	1
„ „ 1916	63	5
„ „ 1917	39	11
„ „ 1918	25	11

Im Juli 1935 hat eine Kraftfahrzeugvormusterung stattgefunden. Außerdem fand vom 18. bis 23. 11. 1935 eine Pferdevormusterung statt, bei welcher 803 Pferde gemustert wurden.

Ehrenkreuze.

Bis zum 31. 3. 1936 sind verliehen worden:

- 11 656 Ehrenkreuze für Frontkämpfer,
- 2 156 Ehrenkreuze für Kriegsteilnehmer,
- 637 Ehrenkreuze für Witwen,
- 554 Ehrenkreuze für Eltern.

Am Schluß des Berichtsjahres war das Verleihungsverfahren bei etwa 180 Frontkämpfer- und 85 Kriegsteilnehmeranträgen wegen weiterer Ermittlungen noch nicht abgeschlossen.

Paß- und Fremdenpolizei.

Am 31. 3. 1936 waren 802 Ausländer gemeldet, davon waren 526 deutschstämmig. Aufenthaltserlaubnisse wurden 58 Ausländern erteilt. Es wurden 26 Einbürgerungsanträge bearbeitet, genehmigt wurden 9, so daß am Schluß des Berichtsjahres noch 17 Anträge schwebten.

5 Anträge auf Änderung von Familiennamen und 3 Anträge auf Änderung der Vornamen wurden genehmigt.

Es wurden ausgestellt: 1343 Reisepässe, 38 Fremdenpässe, 30 Kinderausweise, 24 Personalausweise zur Reise nach Ostpreußen, 3111 Führungszeugnisse und etwa 2400 Aufenthaltserlaubnisse.

Erteilt wurden: 18 Wiedereinreisefichtvermerke für Ausländer, 43 Ausreisefichtvermerke und Einreisegenehmigungen nach Österreich, 149 Durchreisegenehmigungen für Österreich und 97 Dringlichkeitsbescheinigungen für Auslandsreisen auf Grund der Devisenverordnung. Bearbeitet wurden ferner 6 Heimatscheinanträge und 78 Anträge auf Erteilung von Staatsangehörigkeitsausweisen zur Weiterleitung an den Herrn Regierungspräsidenten. 228 Anträge auf Erteilung von Befreiungsscheinen und Arbeitskarten für ausländische Arbeiter wurden an die Deutsche Arbeiterzentrale in Dortmund weitergegeben.

Ausgestellt wurden 121 Waffenscheine und 35 Waffenerwerbscheine.

Verkehrsunfälle.

Es wurden 653 Verkehrsunfälle gemeldet, davon 439 Fälle Sachschaden, 214 Fälle Personenschaden. 7 Personen fanden den Tod. An diesen Verkehrsunfällen waren beteiligt: 298 Kraftwagen, 120 Kraftträder, 214 Fahrräder, 43 Straßenbahnwagen, 57 andere Fahrzeuge und 83 Fußgänger.

Als Ursachen der Zusammenstöße kommen hauptsächlich Nichtbeachtung des Vorfahrtsrechts, falsches Einbiegen und übermäßige Geschwindigkeit in Frage. Bei den Unfällen wurden verletzt:

1935: 196 männliche und 73 weibliche Personen,

1934: 165 männliche und 57 weibliche Personen

und getötet:

1935: 7 Personen, 1934: 9 Personen.

Bestand an Kraftfahrzeugen am 1. 7. 1935.

Jahr	Personenkraftwagen		Lastkraftwagen		Kraftträder		Zugmaschine	Omnibus	Sonstige Fahrzeuge	Zusammen
	Insgesamt	davon deutsche Marke	Insgesamt	davon deutsche Marke	Großkraftträder	Kleinkraftträder				
1934	2562	2193	704	593	692	792	30	30	12	4822
1935	3063	2748	782	664	623	893	34	32	11	5438

	1935	1934
Erteilte Kraftfahrzeugscheine	2832	2694
„ Führerscheine	1162	1219
„ internationale Zulassungsschein	68	44
„ internationale Führerscheine	91	52
Ausgefertigte Kraftfahrzeugbriefe	766	1243
Kraftfahrern ist der Führerschein entzogen	10	14
„ „ „ „ wieder ausgehändigt	2	4

Für die Ausbildung der Kraftfahrerschüler waren 30 Fahrlehrer tätig. Der Beförderung von Gütern mit Kraftfahrzeugen auf der Landstraße über 50 Kilometer hinaus dienten in Bielefeld 23 Unternehmen. An Kraftdroschken sind vorhanden: 23, im Vorjahre 28. 3 Droschkenunternehmer sind auf Grund der Verordnung zur Bekämpfung der Notlage des Kraftdroschkengewerbes mit zusammen 5 Kraftdroschken freiwillig ausgeschieden und vom Staate entschädigt worden.

Wandergewerbe.

Im Kalenderjahr 1935 wurden insgesamt 312 Anträge auf Erteilung von Wandergewerbescheinen gestellt. Unter den Antragstellern befanden sich 4 Ausländer bzw. Staatenlose. In 11 Fällen wurde der Wandergewerbeschein versagt, da die gesetzlichen Voraussetzungen für die Erteilung nicht erfüllt waren.

Ambulanter Handel.

Auf Grund der Anordnung des Oberbürgermeisters vom 18. 4. 1934, betr. den ambulanten Handel im Stadtkreis Bielefeld, wurde im Berichtsjahre in insgesamt 206 Fällen die Erlaubnis zum Straßen- bzw. Hausierhandel erteilt. Für Kaufleute, Handlungsreisende und Handlungsagenten wurden 1935 = 1195 Legitimationskarten ausgefertigt.

Die Richtlinien für die Handhabung der Polizeistunde sind unverändert geblieben. Wie im Vorjahre wurde auch im Berichtsjahre 1935 in etwa 3000 Fällen eine Verlängerung der Polizeistunde gewährt.

An Verwaltungsgebühren sind insgesamt 56 141,88 *R.M.* (53 333,— *R.M.* im Vorjahre) vereinnahmt worden.

Strafpolizei.

Es mußten wegen verkehrs- und ordnungspolizeilicher Übertretungen 3949 Straf- bzw. Zwangsgeldverfügungen erlassen werden und zwar gegen

Kraftwagen- einschl. Motorradfahrer	1809
Fuhrleute	97
Radfahrer	618
Fußgänger	32
sonstige Personen	1393
	<hr/>
	zusammen 3949.

die ihre Erledigung wie folgt gefunden haben:

durch Zahlung der Strafe	2750
„ Verbüßung der Haftstrafe	119
„ Zurücknahme	53
„ Abgabe an das Gericht	321
„ Übernahme in das Jahr 1936	706
	<hr/>
	zusammen 3949.

Außerdem sind 441 Verwarnungen erlassen und eine Reihe von Strafanzeigen wegen Geringfügigkeit nicht verfolgt worden. Der Gesamtbetrag der festgesetzten Straf gelder betrug 1935: 22 542,— *R.M.* Davon sind gezahlt 13 050 *R.M.*, niedergeschlagen, ermäßigt, infolge Verbüßung oder Abgabe an das Gericht in Abgang gestellt 8006 *R.M.* und in das Rechnungsjahr 1936 übernommen 1486 *R.M.*

Auf Grund der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten vom 18. 4. 1935 wurde die Polizeibehörde ermächtigt, gebührenpflichtige Verwarnungen für die Ahndung von Übertretungen im Sinne des R.Str.G.B. und für die Nichtbefolgung von Polizeiverordnungen, und zwar nur für solche leichter Art von je 1,— *R.M.* an Ort und Stelle zu erteilen und zu erheben. Es sind ab Mai 1935 5265 gebührenpflichtige Verwarnungen an Ort und Stelle erteilt und insgesamt 5068 *R.M.* erhoben worden. Wegen Nichtzahlung der Verwarnungsgebühr ist diese in etwa 200 Fällen in eine polizeiliche Geldstrafe umgewandelt worden.

Es sind 203 Jahresjagdscheine, 93 Tagesjagdscheine, 6 unentgeltliche Jahresjagdscheine und 3 Jahresjagdscheine für Jugendliche ausgestellt worden. Ferner wurden 18 Fischereischeine, 26 Giftscheine ausgestellt. Die Fischereischeine berechtigen nur zum Fischen in Gewässern außerhalb des Stadtgebietes.

Vollzugspolizei.

Es wurden Anzeigen vorgelegt wegen

Übertretung der Reichsstraßenverkehrsordnung	3037
Verübung groben Unfugs und ruhestörenden Lärms	429
Vergehen gegen das Kraftfahrzeuggesetz	20
Verunreinigung öffentlicher Straßen	34
Verstoßes gegen das Feld- und Forstpolizeigesetz	3
Übertretung der Polizeistunde	173
Tierquälerei	9
Übertretung der Meldevorschriften	86
Betteln	32
unrichtiger Namensangabe	5
Verstöße verschiedener Art	687.

Es wurden an gebührenpflichtigen Verwarnungen erteilt wegen

Übertretung der Reichsstraßenverkehrsordnung	5047
Verunreinigung öffentlicher Straßen	41

unrichtiger Namensangabe 15
 Verstöße verschiedener Art 162.

Sichergestellt wurden:

Kraftfahrzeuge	85
Fahrräder	296
Verkehrsunfälle sind gemeldet	653.

An 16 Tagen wurden von den vorgesetzten Dienstbehörden angeordnete Verkehrskontrollen durchgeführt.

Das Überfallkommando wurde in 263 Fällen alarmiert. Zur Einlieferung in das Polizeigefängnis kamen 745 männliche und 93 weibliche Personen. An Einzelgefangenentransporten wurden 745 ausgeführt.

Bei 244 besonderen Veranstaltungen (Aufmärsche, Umzüge, größere Sportspiele usw.) wurden 1779 Beamte, die planmäßig keinen Dienst hatten, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eingesetzt.

Luftschutz.

Die Arbeit für den zivilen Luftschutz war sehr umfangreich. Insbesondere mußten infolge Ausscheidens und anderweitiger Verwendung etwa 50 v. H. des gesamten Personals im Sicherheits- und Hilfsdienst neu erfasst und geschult werden. Die Ausbildung aller Kräfte wurde von neuem durchgeführt. U. a. fanden mit allen Formationen mehrere Planspiele und Teilübungen statt. Die Arbeiten im zivilen Luftschutz haben inzwischen einen derartigen Umfang angenommen, daß die Bildung einer besonderen Abteilung „Luftschutz“ notwendig war.

Kriminalpolizei.

Bei der Kriminalpolizei wurden folgende strafbare Handlungen zur Anzeige gebracht:

Abtreibungen	22
Anschuldigung (wissentlich falsch)	22
Amtsanmaßung	1
Automatenmißbrauch	4
Beamtenbeleidigung	1
Beleidigung, allgemein	58
Bedrohung	23
Beischlafdiebstahl	10
Betrug und Betrugsversuch	422
Bettelei und Landstreicherei	9
Blutschande	6
Brände aus natürlicher Ursache	10
Briefgeheimnisverletzung	6
Diebstahl, schwer	254
„ einfach	1097
„ Feld und Forst	7
„ Fahrräder	95
Depotgesetzvergehen	1
Erregung öffentlichen Argernisses	42
Falschgeldverausgabung	221
Freiheitsberaubung	4
Gewerbsunzucht	4
Glückspiel	15
Hausfriedensbruch	6
Hehlerei	8
Jagdvergehen	4
Körperverletzung mit Todeserfolg	7
„ , schwer	7
„ , einfach, ohne Verkehrs-	107
„ , fahrlässig, einschl.	
„ Geschl.=Krankheiten	4
„ durch Verkehrsunfälle	322
Rupperei	7

Übertrag: 2806

Übertrag: 2806

Meineid und Verleitung dazu	24
Mißbräuchliche Benutzung von Kraftfahrzeugen	4
Mundraub	1
Nötigung	1
Notzucht an Minderjährigen	1
Sachbeschädigung	83
Tierquälerei	6
Transportgefährdung	25
Unlauterer Wettbewerb	5
Unterschlagung	181
Untreue	9
Unzucht, widernatürliche	1
Unzüchtige Handlungen an Kindern	28
Urkundenfälschung, öffentlicher u. privater Art	58
Widerstand	12
Wirtschaftsvergehen	5
Zuhälterei	12
Anzeigen sonstiger Art	38

Zusammen 3300.

Festgenommen wurden insgesamt 616 Personen. Hiervon wurden 331 in das Gerichtsgefängnis eingeliefert. Es verübten 44 Personen Selbstmord. Erkennungsdienstlich wurden 347 Personen behandelt. Unter Polizeiaufsicht standen durchschnittlich 6 Personen. In 38 Fällen fanden Todesermittlungen statt (Ursachenermittlung). Vermißt wurden 15 Personen, von denen 12 ermittelt werden konnten. Insgesamt wurden 150 Razzien und Streifen durchgeführt.

b) Baupolizei.

Die vermehrte Bautätigkeit, die bereits im vorjährigen Berichtszeitraum einsetzte, hat auch im Jahre 1935 unverändert angehalten. Das letzte Halbjahr — Oktober 1935 bis März 1936 — zeigt sogar eine erhebliche Steigerung der Bauanträge gegenüber den gleichen Zeiten des Vorjahres.

Vorherrschend ist auch jetzt noch der Wohnungsbau, gefördert durch verstärkten Zufluß von privatem Kapital. Die Zahl der Umbauwohnungen ist zugunsten der Neubauten erheblich zurückgegangen. Nach wie vor besteht jedoch trotz des erheblichen Zuganges an Neubauwohnungen immer noch großer Bedarf an Kleinwohnungen. Entsprechend der vermehrten Bautätigkeit wurde die der Baupolizei angegliederte statische Prüfungsstelle für den Regierungsbezirk Minden in erhöhtem Maße durch auswärtige Bauherren in Anspruch genommen.

Die Heeresbauverwaltung hat im Berichtsjahre weitere Großbauten an der Detmolder Straße und Oldentrupper Straße begonnen bzw. fertiggestellt. Desgleichen sind von der Industrie und dem Gewerbe mehrere Bauten großen Umfangs in Angriff genommen und teilweise vollendet worden.

Die Wohnungsaufsicht und die Wohnungspflege mußten sich weiterhin auf die notwendigsten polizeilichen Maßnahmen beschränken.

In wegepolizeilicher Hinsicht wurde die Anlegung und Befestigung neuer Bürgersteige im Stadtgebiet entsprechend der Bautätigkeit gefördert und die Instandsetzung der vielfach in den letzten Jahren vernachlässigten älteren Bürgersteige nachdrücklich und mit gutem Erfolg angeregt.

Die von der Reichsregierung angeordneten Maßnahmen zur Ordnung des deutschen Siedlungswesens wirken sich auch in der Handhabung der Baupolizei aus. Der Entwurf der neuen baupolizeilichen Bestimmungen trägt den Erfordernissen des Siedlungs- und Wohnungsbaues weitgehend Rechnung.

Auf dem Gebiete des Naturschutzes ist durch das Reichsnaturschutzgesetz vom 26. 6. 1935 nunmehr die Möglichkeit zu wirklichem Schutz und zur Pflege der heimatischen Natur in weiterem Umfang gegeben. Die zur sachlichen Beratung der unteren Naturschutzbehörde vorgesehene Naturschutzstelle ist inzwischen für den Stadtkreis Bielefeld eingerichtet worden.

c) Gewerbepolizei.

Vorhandene Wirtschaften.

	Unbeschränkte Schankwirtschaften	Beschränkte Schankwirtschaften	Gastwirtschaften	Verkauf von Spirituosen in Flaschen	Ausschank nichtalkohol. Getränke	Veranstaltung von Singpielen
1935	254	16	43	126	78	8
Eingegangene Wirtschaften . .	—	—	—	—	6	—
Neuerteilte Wirtschaftserlaubnisse	—	—	—	3	—	2
Am Schlusse der Berichtszeit entfielen bei einer Einwohnerzahl von 123 000 auf je einen Betrieb Einwohner . . .	484	7687	2860	976	1577	15 375

Im Berichtsjahr 1935 haben 8 Sitzungen des Stadtverwaltungsgerichts stattgefunden. Im ganzen standen 114 Konzessionsfachen zur Entscheidung an, davon entfielen auf:

	Schankfachen	Anträge auf Erteilung der Erlaubnis zum Verkauf von Spirituosen in Flaschen	Anträge auf Erteilung der Milchhandelserlaubnis	Anträge auf Erteilung der Erlaubnis zum Ausüben des Versteigerergewerbes	Anträge auf Erteilung der Erlaubnis zum Betriebe einer Speiseeiswirtschaft	Zurückgestellte Anträge
	70	20	8	1	4	11
davon sind genehmigt worden	64	8	7	1	2	—
davon sind abgelehnt worden	6	12	1	—	2	—

In 14 Fällen ist mündliche Verhandlung vor dem Stadtverwaltungsgericht anberaumt worden, davon wurden abgelehnt 8, 2 Klagen wurden vor bzw. in der mündlichen Verhandlung zurückgezogen, 1 Klage ist zurückgestellt worden, 1 Klage ist vertagt worden. 2 Klagen sind, ohne daß mündliche Verhandlung stattgefunden hat, direkt beim Bezirksverwaltungsgericht in Minden erhoben worden; ferner fanden noch zwei Feststellungsklagen ihre Erledigung.

Auf Grund der Verordnung über neu zu errichtende Gast- und Schankwirtschaften (Sperrverordnung) wurden 11 Anträge auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung bei dem Herrn Regierungspräsidenten in Minden gestellt; davon sind 9 Anträge genehmigt und 2 abgelehnt worden.

d) Marktwesen.

Krammärkte.

Im alten Stadtbezirk wurden auf dem Platze Ecke Wiesen- und Wilhelm-Bertelsmann-Straße 2 Krammärkte (Frühjahr und Herbst) abgehalten, denen jedesmal 2 örtliche, zugelassene Kirmestage vorausgingen. Auf dem Marktplatze des eingemeindeten Ortsteiles Schildesche fanden ebenfalls 2 Krammärkte statt.

Biehmärkte.

Insgesamt wurden 26 Viehmärkte — davon 24 auf dem Platz neben der Ausstellungshalle und 2 auf dem Marktplatz des eingemeindeten Ortsteiles Schildesche — abgehalten. Zum Auftrieb kamen nur Schweine. Das Angebot war durchweg größer als die Nachfrage. Veterinärpolizeilich standen die Viehmärkte unter der Aufsicht des Veterinärrats Dr. Hohmann.

Wochenmärkte.

Der Hauptwochenmarkt — auf dem Platze zwischen Paulus- und Reichspoststraße und auf dem südlichen Streifen des Kesselbrinks — fand wöchentlich Dienstags, Donnerstags und Sonnabends statt, während die Wochenmärkte auf dem Siegfriedsplatz und an der Oststraße auf Mittwoch und Freitag fielen. Alle Märkte, insbesondere die am Wochenende liegenden, erfreuten sich

durchweg eines guten Käuferzuspruchs. Das Angebot an zulässiger Marktware war immer größer als die Nachfrage. Nicht nur aus der Stadt selbst und der nächsten Umgebung wurden die Märkte beschickt, sondern vornehmlich der Hauptwochenmarkt auch von weiterher kommenden Händlern mit großen Warenmengen.

In gesundheitspolizeilicher Hinsicht stand der Lebensmittelverkehr unter der Aufsicht des Vet.-Rats Dr. Hohmann und von Beauftragten des Städtischen Untersuchungsamtes.

e) Schiedsmänner.

Das Stadtgebiet ist in 5 Schiedsmannsbezirke eingeteilt worden. Schiedsmänner waren im Berichtsjahre:

- | | |
|------------------------|--|
| I. Schiedsmannsbezirk: | Mittelschullehrer Heinrich Gottlieb, Stapenhorststraße 77, |
| II. " | Konrektor i. R. Bernh. Bud, Kavalleriestraße 28, |
| III. " | Konrektor Aug. Uthoff, Detmolder Straße 122c, |
| IV. " | Lehrer Wilhelm Franke, Gütersloher Straße 76, |
| V. " | Oberpostsekretär i. R. Hermann Baute, Apffelstraße 25. |

f) Feuerlöschpolizei.

Feuerlösch-, Krankentransport- und Desinfektionswesen.

Die Sollstärke betrug am Ende des Berichtsjahres:

Berufsfeuerwehr: 1 Branddirektor,
2 Oberbrandmeister,
4 Brandmeister,
2 Löschmeister,
4 Oberfeuerwehrmänner,
12 Feuerwehrmänner,
3 Arbeiter.

Freiwillige Feuerwehr: 3 Normallöschzüge,
3 selbständige Halbzüge,
3 Löschzüge, die sich aus je 2 Halbzügen zusammensetzen.

Der am 30. 4. 1934 vom Regierungspräsidenten bestätigte Führerrat des Kreisfeuerwehrverbandes ist bestehen geblieben und setzt sich wie folgt zusammen:

Kreisfeuerwehrführer:	Branddirektor Ritter,
Fachwart und stellv. Kreisfeuerwehrführer:	Wilhelm Kirchhoff, Hauptbrandmeister,
Pressewart:	Otto Brinkfötter, Brandmeister,
Adjutant:	Gustav Becker, Oberbrandmeister.

Nach Erreichung der Altersgrenze mußten 13 Mitglieder aus dem aktiven Dienst der Freiwilligen Feuerwehr ausscheiden. Sie wurden in die Altersabteilung überführt. Durch Tod verlor der Kreisfeuerwehrverband im Berichtsjahr

5 Ehrenmitglieder und
3 Mitglieder der Altersabteilung.

Durch Verziehen nach außerhalb, Einberufung zum Arbeitsdienst oder Heeresdienst und aus sonstigen Gründen schieden ferner 31 Mitglieder aus. Neu aufgenommen werden konnten 8 freiwillige Feuerwehrmänner. Im Berichtszeitraum wurden 2 Anwärterlehrgänge durchgeführt. Verpflichtungen der Anwärter wurden zweimal vorgenommen.

Am Ende des Berichtsjahres setzte sich der Kreisfeuerwehrverband des Stadtkreises Bielefeld wie folgt zusammen:

36 Ehrenmitglieder,
187 aktive Mitglieder,
15 Ehrenmitglieder der Löschzüge,
55 Mitglieder der Altersabteilung,

zusammen 293 Mitglieder.

In Ausführung des Erlasses des M. d. J. v. 6. 2. 1934 über die Bezeichnung der Berufs- und freiwilligen Feuerwehrmänner erhielten mehrere Beamte der Feuerlöschpolizei sowie Mit-

glieder der Freiwilligen Feuerwehr neue Amtsbezeichnungen. Eine Änderung der Dienstobliegenheiten sowie der Dienstbezüge trat hierdurch nicht ein.

Gerätebestand.

Berufsfeuerwehr: 2 Kraftfahrspitzen mit einer Leistung von je 2000 Liter in der Minute,
1 Kraftspitze mit einer Leistung von 800 Litern in der Minute,
1 Kraftwagendrehleiter mit einer ausziehbaren Länge von 25 Metern,
Die Ausrüstung der Feuerwehr im Rauch- und Gasschutz wurde weiter ausgebaut. Es wurden beschafft: 22 S-Masken und 1 Sauerstoffumfüllpumpe.
Am Ende des Berichtsjahres standen an Gasschutzgeräten in Bereitschaft:
5 Sauerstoffschutzgeräte, 1 Frischluft-Druckschlauchgerät, 77 Gasmasken.
Für das Krankentransport- und Desinfektionswesen standen am Schluß des Berichtszeitraumes zur Verfügung:

- 3 automobile Krankenwagen,
 - 1 Kraftwagen für Leichentransporte (plötzliche Todesfälle auf der Straße, Selbstmorde usw.),
 - 1 Lieferwagen zum Transport von Mobilien im Desinfektionswesen,
- Es sind ferner vorhanden:
- 1 Lastkraftwagen, 1½ T.,
 - 1 Personenkraftwagen.

Freiw. Feuerwehr: 3 Kraftspitzen, je 800 Liter in der Minute,
1 automobiler Mannschaftswagen,
3 fahrbare Leitern,
8 Handdruckspitzen,
12 Schlauch- und Gerätewagen für Handzug.

Am Ende des Berichtsjahres waren 2040 öffentliche Hydranten vorhanden. Über alle offene Wasserstellen des Stadtgebietes, die für eine Löschwasserversorgung in Frage kommen, wurde ein Verzeichnis angefertigt.

Das Feuermelde- und Alarmnetz hat nur geringe Änderungen erfahren. Ein Privatfeuermelder wurde außer Betrieb gesetzt. Für die Alarmierung der Sanitätskolonne wurden weitere 10 Alarmwecker angebracht. Am Ende des Berichtsjahres waren somit vorhanden:

- 110 Feuermelder,
- 128 Alarmwecker für die Berufs- und Freiwillige Feuerwehr,
- 20 Alarmwecker für die Sanitätskolonne.

Die Länge der Alarmleitung beträgt insgesamt 70 Kilometer Freileitung, die des Feuermeldebeknetzes 110 Kilometer. Hiervon sind 65 Kilometer, die als Freileitung gezogen sind, Eigentum der Feuerwehr. 45 Kilometer Kabelleitung sind der Feuerwehr vom Städtischen Betriebsamt als Feuermeldeleitung überlassen.

Zur Hilfeleistung wurde die Feuerwehr im Laufe des Berichtsjahres gerufen:

- 8 mal bei Großfeuer,
- 18 " " Mittelfeuer, hiervon neunmal außerhalb der Gemeindegrenzen,
- 47 " " Kleinfeuer,
- 14 " " blindem Alarm,
- 14 " durch böswillige Alarmierung,
- 2 " bei Verschüttungen und Einsturz von Baulichkeiten,
- 1 " " Verkehrsunfällen und Verkehrsstörungen,
- 1 " " Sturmshaden,
- 4 " " Wasserschäden,
- 26 " " Gasvergiftungen,
- 283 " " Menschen in Notlage,
- 5 " " Tieren in Notlage,
- 18 " " sonstigen Anlässen,
- 2050 " zur Beförderung nichtansteckender Kranker im Stadtgebiet,
- 395 " " Beförderung ansteckender Kranker im Stadtgebiet,
- 306 " " Beförderung nichtansteckender Kranker außerhalb des Stadtgebietes,
- 74 " " Beförderung ansteckender Kranker außerhalb des Stadtgebietes,
- 34 " " Behandlung Verunglückter bei Unfällen,
- 38 " zu Leichenbeförderungen,
- 646 " zur Ausführung von Desinfektionen,
- 191 " " Belehrung bei ansteckenden Krankheiten.

Die Feuerwehr ist insgesamt in 4175 Fällen in Tätigkeit getreten.

11. Wohnungswesen.

a) Wohnungsbedarf.

Die Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt haben sich im Berichtsjahre nicht verringert. Nach wie vor besteht großer Mangel an billigen Klein- und Mittelwohnungen für die minderbemittelten Bevölkerungskreise. Die Zunahme der Eheschließungen und die Wiederbelegung der Stadt mit Militär haben die Nachfrage nach solchen Wohnungen verstärkt.

Der Neubau an Wohnungen hat betragen:

in den Jahren 1927 bis 1930 durchschnittlich	622	Wohnungen,
1931 bis 1933	439	"
1934	759	"
1935	611	"

Unter den in den beiden letzten Jahren hergestellten 1370 Wohnungen befanden sich bei Berücksichtigung des Abgangs höchstens 500 zwei- und dreiräumige Wohnungen, das sind etwa 36 v. H., während der Anteil in den Vorjahren bedeutend höher gewesen ist. Der Fehlbedarf beträgt schätzungsweise 1200 Wohnungen, davon mindestens die Hälfte Klein- und Kleinstwohnungen.

Um den Bau von Kleinwohnungen zu fördern, hat die Stadt im Berichtsjahr 250 000 *R.M.* bereitgestellt, die als Baudarlehen im allgemeinen von 1000 *R.M.* je Wohnung ausgegeben werden. Unter Inanspruchnahme dieser Darlehen sind im Berichtsjahre 164 Wohnungen erstellt, und zwar 41 zwei-, 106 drei- und 17 vier- und mehrräumige Wohnungen. Ferner sind für 70 Wohnungen noch Darlehen zugesagt worden.

Die erhebliche Nachfrage gegenüber dem geringen Angebot hat trotz wiederholter Hinweise der Reichsregierung und der Stadt in einer Reihe von Fällen zu unberechtigten Mietsteigerungen geführt, gegen die mit aller Schärfe eingeschritten werden muß.

b) Obdachlosenfürsorge.

Im Berichtsjahre mußten 55 obdachlos gewordene Familien polizeilich untergebracht werden; damit beträgt die Gesamtzahl der eingewiesenen Familien 386. Diese verteilen sich auf 285 Unterkünfte von 1½, 2 und 3 Räumen und 80 stadteigene Altwohnungen.

Außerdem mußten vorübergehend 21 Privatwohnungen in Anspruch genommen werden.

Die polizeiliche Unterbringung ist nur eine vorübergehende und zeitlich beschränkte Maßnahme. Die Eingewiesenen sind gehalten, sich während dieser Zeit selbst um Dauerwohnungen zu bemühen. Das geschieht jedoch trotz regelmäßiger Aufforderungen in gewissen Zeitabständen in den meisten Fällen nicht, weil die Unterkünfte im allgemeinen gut und preiswert sind, und es an geeigneten billigen Wohnungen für diese Familien fehlt. Die Stadt muß infolgedessen fortgesetzt neue Unterkünfte bauen. Im Berichtsjahre wurden 4 Häuser mit je 6 Unterküften von Küche und einer Stube gebaut. Diese sind in den unter a) aufgeführten Wohnbauten enthalten.

Die Entschädigung für die Unterkünfte und Wohnungen ist von den Eingewiesenen durchweg nur sehr schwierig, vielfach gar nicht zu erlangen, trotzdem es an Wohnungen, Zahlungsbefehlen, Pfändungen und Androhung billigerer Unterkünfte nicht gefehlt hat; besonders erschwert wird die Einziehung dadurch, daß das Arbeitsamt den Unterstützten keinerlei Beträge einbehalten darf, wie es bei den Wohlfahrtsunterstützten seitens der Stadt geschieht. Durch die Zunahme der Obdachlosen hat sich der Mietausfall von Jahr zu Jahr erhöht. Er betrug im Berichtsjahr 10 906 *R.M.* (gegen 8235 *R.M.* im Vorjahre).

c) Mieteinigungsamt.

Die Inanspruchnahme des Mieteinigungsamtes seitens der Mieter und Hauswirte ist etwa die gleiche geblieben wie im Vorjahre. Die Tätigkeit des Mieteinigungsamtes ergibt sich aus nachstehender Übersicht:

Anträge der Vermieter und Mieter	61 (51)
davon erledigt durch Beschluß	14 (20)
davon erledigt durch Vergleich	27 (17)

davon erledigt auf andere Weise, Rück-	
nahme pp.	20 (14)
Zahl der Sitzungen	13 (10)
Zahl der Terminsachen	88 (82)
Zahl der Rechtsbeschwerden	6 (4).

Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr.

12. Park- und Friedhofswesen.

a) Öffentliche Anlagen, Straßen und Plätze.

Um den Ruf der Stadt Bielefeld als „Stadt des Grüns und der Gärten“ immer mehr zu befestigen, wurden im Berichtsjahre weitere Grünanlagen geschaffen. So erhielten die Verchenstraße und die Hauptstraße zwischen Verchenstraße und der Eisenbahn Lindenbepflanzung.

Wenn auch zur Verbreiterung der Detmolder Straße zwischen Dsningstraße und Stadtgrenze zirka 90 Straßenbäume, vorwiegend Ulmen, dem Verkehr leider weichen mußten, so wurde dafür im Zuge dieser Straße vor den Kasernen ein Grünstreifen angelegt.

Weiterhin wurden neue Anpflanzungen von Bäumen und Sträuchern an den neu eingerichteten Stauteichen an der Dsningstraße hergestellt.

Der Stadtgarten hat bei der Verbreiterung der Koblenzer Straße einige Veränderungen erfahren.

Für „Jung-Bielefeld“ wurde an der Verchenstraße ein neuer Kinderspielplatz (Rasenplatz) von etwa 4000 Quadratmeter Spielfläche, geschützt durch eine Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern, geschaffen.

Der Sandplatz für Kinder an den Ulmen wurde vollständig umgestaltet und verbessert. Bei dieser Gelegenheit konnte eine Rasenfläche zwischen dem Sandplatz und der Ulmenallee hergestellt werden.

In der Senne ist der Ausbau des Flugplatzes und des Exerzierplatzes weiter durchgeführt worden.

b) Kleingartenwesen.

Die Schrebergärten erfreuen sich einer immer größeren Beliebtheit.

Im Berichtsjahre wurde die Schrebergartenkolonie Alt-Ravensberg nach 26jährigem Bestehen aufgehoben, da die freiwerdende Fläche von der Heeresbauverwaltung beansprucht wurde. Als Ersatz hierfür wurde am Stauteich II die Verchenkolonie mit 76 Gärten geschaffen.

Weiterhin konnte die Kolonie Ravensberg um 41 Gärten erweitert werden.

Die Stadt besitzt nunmehr 8 Schrebergartenkolonien, und zwar

Kolonie Ravensberg	84 Gärten,
„ Niedermühle	76 „
„ Schloßhof	180 „
„ Steinbrink	84 „
„ Heeper Fichten	76 „
„ Sieben Hügel	46 „
„ Stauteich I/III	90 „
„ Stauteich II (Verchenkolonie)	76 „
insgesamt	712 Gärten.

Außer den Schrebergärtnern wurden noch rund 1500 Kleingärtner sowie die Siedler der Stadtrand siedlungen Senne I, Löllmannshof, am Strebkamp, am Sundern, am großen Wiel und am Haßkamp betreut und geschult.

Bedürftige Kleingärtner erhielten Saatkartoffeln und präparierten Rieseldünger. Die Kosten hierfür sowie die Landpacht wurden aus Mitteln des Städtischen Wohlfahrtsamtes gedeckt.

Anlässlich der 25jährigen Wiederkehr des Tages der Gründung der ersten Schrebergartenkolonien fand in der Zeit vom 7. bis 15. September 1935 auf dem Johannisberg die Ausstellung „Wir zeigen Blumen, Pflanzen, Tiere“, verbunden mit der 14. Kleingärtneretagung, statt.

Die Ausstellung stand unter dem Protektorat des Oberbürgermeisters. Aufbau und Leitung lagen in den Händen des Garten- und Friedhofsamtes. In übersichtlicher und geschmackvoller Anordnung hatten ausgestellt die Kleingärtner und Kleinsiedler, die Kleintierzüchter, das deutsche Frauenwerk, die Gartenbaubetriebe mit ihren verschiedenen Abteilungen, die Gartenausführenden und die Gartengestalter, soweit sie Mitglieder der Reichskammer der bildenden Künste waren, ferner der Obst- und Gemüsebauverband, die Obst- und Gemüsebaugenossenschaft, die Imker, die Seidenraupenzüchter, die Abteilungen Vogel- und Pflanzenschutz, die Düngemittelhändler und der Verband der Eisenwaren- und Glashändler.

Von der Bevölkerung wurde der Ausstellung regstes Interesse entgegengebracht. Von nah und fern kamen die Besucher, um zu sehen und zu lernen. Die Ausstellung ergab folgende Besucherzahl: 21 238 Erwachsene, 7642 Kinder über 10 Jahre. Für Kinder unter 10 Jahren wurde Eintrittsgeld nicht erhoben. Die Zahl dieser Kinder ging in die Tausende. Durch regen Besuch konnten die erheblichen Ausgaben der Ausstellung gedeckt werden.

Jeder Besucher war von dem Gesehenen voll und ganz befriedigt und wird gern bereit sein, zu seinem Teile mitzuhelfen, das Motto zu verwirklichen: „Wir pflanzen und bauen, um Volksgemeinschaft zu ernten.“

c) Forstpfllege.

In den städtischen Wäldern wurde das umfangreiche Wegenetz unterhalten; dazu konnten verschiedene Verbesserungen vorgenommen werden. Die Befestigung des Tieffschlingentweges wurde fortgesetzt. Etwa 600 lfd. Meter des Poetenweges sind verbreitert und befestigt worden.

Das bei den Durchforstungen am Ochsenberg, in Tieffschlingen, in dem früheren Gunst'schen Waldstreifen an der Jöllenbecker Straße und in den früher Löllmann'schen Waldgrundstücken in Stieghorst durch Einschlag gewonnene Holz wurde in drei öffentlichen Versteigerungen zu guten Preisen verkauft. Wie in den Vorjahren wurde an jedem Sonnabend Holz in kleinen Mengen zu niedrigen Preisen an Minderbemittelte abgegeben.

Anpflanzungen wurden ausgeführt am Ochsenberg, in den Heeper Fichten und in dem früher Löllmann'schen Wald. Zu diesen Aufforstungen haben rund 13 000 Buchen, Lärchen und Fichten Verwendung gefunden.

Der Heimattierpark Oldberrissen erfreute sich nach wie vor eines regen Besuches und größten Interesses aus allen Kreisen der Bevölkerung. Besuch von auswärts war keine Seltenheit. Insbesondere die Schulen besichtigten recht oft und gerne den Tierpark, ist er doch für Lehrzwecke sehr geeignet, da er reichlich Gelegenheit bietet, die heimische Vogelwelt in nahezu ungebundener Freiheit beobachten und studieren zu können.

Es wurde auch ein Versuch zur Ansiedlung von Störchen unternommen. Vier Jungstörche, die von der Vogelwarte Rossitten durch Ringnummern gekennzeichnet waren, wurden am 6. Juli 1935 von der Vogelwarte in Essen übersandt und in ein auf einer Scheune des Meierhofes Oldberrissen eingerichtetes Nest gesetzt. Bereits gegen Ende Juli erfolgte der erste Ausflug. Leider wurde ein Storch am 23. August 1935 durch ein Auto angefahren und getötet. Am 28. 8. 1935 kehrten 2 Störche nicht wieder zum Nest zurück und am 23. September blieb auch der letzte Storch aus.

d) Friedhofs- und Bestattungswesen.

1. Sennefriedhof.

Gegen Ende des Berichtsjahres, und zwar am 1. 3. 1936, waren 25 Jahre vergangen, seit mit der Anlage des Sennefriedhofes begonnen wurde. Damals hatte die Stadt Bielefeld in den Gemeinden Brackwede und Senne I am Südhang des Teutoburger Waldes ein mit Kiefern und Heide bewachsenes, landschaftlich reizvolles Gelände in Größe von etwa 70 Hektar angekauft. Später kam der angrenzende Bielefelder Exerzierplatz mit zirka 55 Hektar noch hinzu. Hier entstand ein Wald- und Heidefriedhof, der im August 1912 in Benutzung genommen wurde. Das Interesse der Bielefelder Bürgerschaft, die sich anfangs dem neuartigen Vorhaben gegenüber ablehnend verhielt, wuchs zusehends mit der Entwicklung der Anlage, die dauernd weiter ausgebaut wurde. Bis jetzt wurden etwa 50 Hektar des Geländes als Friedhof verwendet. Nach den Grundrissen einer bodenständigen Garten- und Friedhofskultur angelegt, und unter zielbewusster Bei-

behaltung und Auswertung der natürlichen Schönheiten der Sennelandschaft fortgeführt, wird der Sennfriedhof im Reiche als Musterbeispiel einer Friedhofsanlage betrachtet. Zahlreicher Besuch aus nah und fern bestätigte das. Bielefeld zählt den Sennfriedhof zu einer seiner Hauptsehenswürdigkeiten.

Die Ausschmückung und Pflege der Gräber liegt in den Händen der Friedhofsverwaltung. Ein großer Teil des hierzu benötigten Pflanzenmaterials wird von den Bielefelder Erwerbsgärtnern bezogen. Diese Einrichtung hat sich insofern gut bewährt, als hierdurch eine einheitliche, künstlerische Ausgestaltung der einzelnen Grabstätten sowie des Gesamtfriedhofsbildes gewährleistet ist.

Wirtschaftlich wird der Sennfriedhof so verwaltet, daß trotz verhältnismäßig niedriger Bestattungs- und Grabpflegegebühren kein Zuschuß erforderlich ist. Darüber hinaus steht für Erweiterungen und außerordentliche Aufwendungen ein Rücklagefonds zur Verfügung.

Bis zum 31. 3. 1936 fanden 17961 Verstorbene auf dem Sennfriedhof ihre letzte Ruhestätte.

Im Berichtsjahre fanden 841 Beerdigungen statt, und zwar wurden 709 Erwachsene, 20 Halberwachsene und 112 Kinder beigesetzt. Die Bestattung erfolgte in 310 Fällen in Wahlgräbern und in weiteren 531 Fällen in Reihengräbern.

Weiterhin wurden 6 Umbettungen aus Reihengräbern in Wahlgräber vorgenommen.

Im Krematorium fanden 90 Einäscherungen statt.

2. Stadtfriedhöfe.

Auf den Stadtfriedhöfen, das sind der alte Friedhof am Zahnplatz, der Johannisfriedhof und der Nikolafriedhof, wird nur noch in Erbbegräbnissen beerdigt. Auf dem alten Friedhof wurden 4, auf dem Johannisfriedhof 76 und auf dem Nikolafriedhof 29 Verstorbene bestattet.

Auf den Friedhöfen in den Ortsteilen Schilbesche und Sieker fanden 130 bzw. 67 Beerdigungen statt, außerdem auf dem Friedhof in Schilbesche noch 5 Umbettungen aus Reihengräbern in Wahlgräber.

Hiernach wurden also im Berichtsjahre auf den städtischen Friedhöfen insgesamt 1147 Beerdigungen und 11 Umbettungen durchgeführt.

13. Stadtparkasse.

Auszug aus dem Geschäftsbericht für das Jahr 1935.

Sparkapitalbildung und kurzfristige Geldanlage.

Der Zuwachs an Sparkapital war gut; er betrug, die zugeschriebenen Zinsen eingeschlossen, 2 118 999,— *R.M.* Die Scheck-, Giro- und Kontokorrenteinlagen stiegen erheblich, und zwar um 2 493 129,— *R.M.* Der Gesamteinlagenzuwachs betrug also 4 612 128,— *R.M.*

Umsatz.

Der Gesamtumsatz belief sich auf rund 321 Millionen *R.M.* (1934 = 296 Millionen *R.M.*). Er ist um 9,22 v. H. gegen das Vorjahr gestiegen. Die Buchungsposten des gesamten Betriebes haben sich von 1 132 855 auf 1 213 559 Stück, also um etwa 9,33 v. H. erhöht. Auf den Werktag ergibt das eine Tagesleistung von etwa 3914 Buchungen mit 1 035 000,— *R.M.* Tagesumsatz.

Bilanzsumme.

Die vorjährige Bilanz schloß mit einer Seitensumme von 28 926 000,— *R.M.* ab, während die vorliegende 33 410 000,— *R.M.* aufweist. Es ergibt sich also eine Steigerung um 15,5 v. H.

Die zunehmende Kapitalbildung setzte uns in den Stand, unsere Kreditfähigkeit im Interesse der Bielefelder Wirtschaft fortzuführen. Wir konnten im kurzfristigen Geschäft alle an uns herangetretenen berechtigten und auf gesunder Sicherungsgrundlage beruhenden Kreditwünsche erfüllen. Sie finden weniger ihren Ausdruck im Ansteigen der Schuldnerzahlen am Jahreschluß als in lebhafteren Umsatzziffern. Das kommt besonders stark im Wechseldiskontgeschäft zum Ausdruck.

Auch für das Hypothekengeschäft, das auf 50 v. H. der jeweiligen Spareinlagen begrenzt ist, wurden durch das Anwachsen der Spareinlagen neue Mittel frei, die wir in erster Linie unseren eigenen Sparen zur Durchführung von Eigenheimbauten zur Verfügung stellen konnten. Da wir aber außerdem, hervorgerufen durch die Besserung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse und einen lebhafteren Verkehr am Grundstücksmarkt, eine Reihe älterer, von uns ausgeliehener Hypothekendarlehen mit rund 263 000,— *R.M.* zurück erhielten, sind wir jetzt in der Lage, auch an Nichtkunden Neubauhypotheken auszuleihen. Schließlich werden wir, und zwar voraussichtlich schon in Kürze, Kapitalien für die Umbeleihung von Hypotheken, insbesondere zur Ablösung hochverzinslicher Privathypotheken, zur Verfügung stellen können. Wir haben neben Beträgen für Einzelhäuser bereits im vergangenen Jahr grundsätzlich Hypothekennittel für geschlossene Siedlungen bewilligt, die jedoch erst im Jahre 1936 in Anspruch genommen werden. Schließlich haben wir uns auch bereitwilligst an der Umwandlung der im Interesse des Volkes und der Wirtschaft aufgenommenen kurzfristigen Verbindlichkeiten und ihrer Überführung in ordentliche langfristige Anleihen beteiligt.

Verwaltung und Organisation.

Die Vorschriften über die Zusammensetzung des Vorstandes und die Verwaltung durch den Vorstand wurden für alle preussischen Sparkassen auf dem Verordnungswege neu geregelt. Danach besteht der Vorstand der Stadt-Sparkasse Bielefeld künftig aus dem Vorsitzenden und 6 Mitgliedern, die der Leiter des Gewährverbandes nach näherer Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen auf die Dauer von 4 Jahren bestellt. Vorsitzender unseres Sparkassenvorstandes ist grundsätzlich der Oberbürgermeister in Bielefeld als Leiter des Gewährverbandes. Er kann mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde den Vorsitz einem Beigeordneten übertragen. Die Neuregelung selbst brachte in der zahlenmäßigen und persönlichen Zusammensetzung in unserem Vorstand keine Änderung.

14. Zweckverband.

a) Allgemeines.

Die Verwaltung des Zweckverbandes wird vom Verbandsauschuß geführt. Dieser besteht aus dem Vorsitzenden des Kreis Ausschusses des Landkreises Bielefeld und dem Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld oder ihren gesetzlichen Stellvertretern als ständige Mitglieder, sowie 8 gewählten bzw. bestellten Abgeordneten und Ersatzmännern. Der Vorsitz im Verbandsauschuß wechselt alljährlich zwischen den beiden ständigen Mitgliedern. Ausführende Behörde ist gemäß § 11 des Zweckverbandsgesetzes der Verbandsvorsteher, welcher zugleich den Zweckverband nach außen vertritt.

Die für die Angelegenheiten des Kreiswegeberverbandes gebildete Wegebaukommission besteht aus den beiden ständigen Mitgliedern des Verbandsauschusses, zwei vom Verbandsauschuß gewählten Mitgliedern (mit Stellvertretern) und dem Kreisbaurat des Landkreises Bielefeld (als beratendes Mitglied).

b) Gemeinsamer Kreiswegeberverband für den Landkreis und den Stadtkreis Bielefeld.

Die Gesamtlänge der vom Kreiswegeberbande im Rechnungsjahr 1934 zu unterhaltenden Kreisstraßen betrug 196 492 Meter. Diese Straßenlänge hat sich im Berichtsjahre wie folgt geändert:

1. Abgang: Straßen I. Ordnung an die Provinz	41,200 Kilometer
2. Zugang: Durch Übernahme von Amts- und Gemeindefstraßen (II. Ordnung) 17,720	„
mithin weniger	23,480 Kilometer,

so daß zu Ende des Berichtsjahres das Straßennetz des Kreiswegeberverbandes insgesamt 173 012 laufende Meter umfaßte.

Im Stadtkreis lagen von diesen Kreisstraßen 53 261 laufende Meter, die von der Stadt Bielefeld auf Grund des Vertrages vom 27./30. 3. 1908 gegen eine vom Kreiswegeberbande zu zahlende Rente unterhalten wurden. Die Rente erscheint im Haushaltsplan für 1935 mit 162 569,— *R.M.*, also für das laufende Meter Staße 3,0523 *R.M.*

Vom Landkreise waren auf Grund des Vertrages vom 28. Februar 1912 im ganzen 119,751 Kilometer Kreisstraßen zu unterhalten. An Rente wurden hierfür im Berichtsjahre 195 254,— *R.M.* gezahlt, also für das laufende Meter 1,6305 *R.M.*

Die Kreiswegeberbandskasse hatte im Rechnungsjahre 1935 in der ordentlichen Rechnung:

I. Einnahmen:

1. Bestand aus den Vorjahren	28 679,05	<i>R.M.</i>
2. Verwaltungskosten	112,20	"
3. Zuschüsse der beiden Kreise zu den Bau- und Unterhaltungskosten der Kreiswegeberbandsstraßen:		
a) Stadtkreis Bielefeld 257 498,- <i>R.M.</i> }	333 029,-	"
b) Landkreis Bielefeld 75 531,- " }		
Zuschüsse der Kreissparkasse aus dem Reingewinn für 1934	260 000,-	"
Zuschüsse der Kreissparkasse aus den Zinsen des Reservefonds	90 169,17	"
4. Insgesamt	3 806,-	"
	<u>Summe: 715 795,42</u>	<i>R.M.</i>

II. Ausgaben:

1. Aus den Vorjahren	-,-	<i>R.M.</i>
2. Verwaltungskosten	3 349,94	"
3. Bau- und Unterhaltungskosten der Kreiswegeberbandsstraßen:		
a) Rente des Stadtkreises 162 569,- <i>R.M.</i> }	357 823,-	<i>R.M.</i>
b) Rente des Landkreises 195 254,- " }		
4. An die Kreissparkasse Bielefeld als Verzinsung und Tilgung der Straßenneubau- und Umbauanleihen sowie an die Regierungshauptkasse in Minden als Verzinsung und Tilgung der Darlehen aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge (verstärkte Förderung) für Straßenneubau (Notstandsarbeiten) mit insgesamt	312 647,44	"
	<u>Summe: 673 820,38</u>	<i>R.M.</i>

Am Jahreschluß verblieb ein Bestand von 41 975,04 *R.M.*

In diesem Zusammenhange wird erwähnt, daß gemäß einer Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten in Minden für das Rechnungsjahr 1935 der Anteil des Zweckverbandes am Reingewinn der Kreis-Sparkasse mit 260 000,- *R.M.* ausschließlich zur Verzinsung und Tilgung der vom Zweckverbande bei der Kreis-Sparkasse zu Wegebauzwecken aufgenommenen Anleihen zu verwenden war. Die im § 5 der Wegematrikel des Zweckverbandes vorgesehene Verwendung von 10 v. H. unseres anteiligen Kreis-Sparkassenreingewinns für Straßenneubauten des Kreiswegeberbandes durfte daher im Berichtsjahre nicht erfolgen.

In der außerordentlichen Rechnung (Straßenneubaurücklage) betragen:

I. Einnahmen:

1. Bestand aus dem Vorjahre	552,61	<i>R.M.</i>
2. Matrikelbeiträge (von der Gemeinde Holtkamp für den Straßenneubau Hollen-Ummeln-Brackwede)	580,-	"
	<u>Summe: 1 132,61</u>	<i>R.M.</i>

II. Ausgaben:

1. An den Landkreis Bielefeld als noch erforderliche Baukosten zum Ausbau der Kreisstraße Hollen-Ummeln-Brackwede	1 132,31	<i>R.M.</i>
Bestand am Jahreschluß	-,-	<i>R.M.</i>

Die im Berichtsjahre zu verzinsenden und tilgenden Straßenneubau- und Umbauanleihen des Kreiswegeberbandes betragen insgesamt 1 609 812,23 *R.M.*

Die Haushaltspläne des Zweckverbandes für das Rechnungsjahr 1936 wurden vom Verbandsauschuß in der Sitzung am 20. April 1936 festgestellt. Sie schließen ab mit der in Ein- und Ausgabe gleichlautenden Endsumme von:

Ordentlicher Haushaltsplan	662 063,64	<i>R.M.</i> (gegen 663 823,- <i>R.M.</i> im Vorjahre)
Außerordentlicher Haushaltsplan	200,-	" (gegen 1 133,- " im Vorjahre)

Der Zuschuß der beiden Kreise zu den Bau- und Unterhaltungskosten der Kreiswegeverbandsstraßen mit 274 195,45 *R.M.* wird aufgebracht:

- a) vom Stadtkreis Bielefeld mit 210 445,— *R.M.* (76,75 v. H.)
- b) vom Landkreis Bielefeld mit 63 750,45 „ (23,25 v. H.)

Im ordentlichen Haushaltsplan konnten als Zuschüsse der Kreissparkasse eingesetzt werden:

- a) aus dem Reingewinn für 1935 260 000,— *R.M.*
- b) aus den Zinsen des Reservefonds für 1936 88 500,— „

Der Zweckverband ist satzungsgemäß verpflichtet, für das Rechnungsjahr 1936 folgende Straßenunterhaltungsrenten zu zahlen:

- a) an den Stadtkreis Bielefeld (für das lfd. m Straße 3,0828 *R.M.*) . . . 164 194,69 *R.M.*
- b) an den Landkreis Bielefeld (für das lfd. m Straße 1,6469 „) . . . 198 500,76 „

c) Kreissparkasse.

(Auszug aus dem Jahresbericht 1935 der Kreis-Sparkasse.)

Die auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens von der Regierung getroffenen grundlegenden und zielsicheren Maßnahmen haben sich im Geschäftsjahre 1935 auch in unserem Aufgabengebiete in jeder Beziehung weiter segensreich ausgewirkt. Die Regierung bei der Umschuldung der zur Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms zunächst kurzfristig aufgenommenen Mittel tatkräftig zu unterstützen, war daher im abgelaufenen Berichtsjahre eine der vornehmsten und wichtigsten Aufgaben der Kreditinstitute. Infolge der erhöhten Spartätigkeit, andererseits aber auch durch die Auflockerung der Liquiditätsbestimmungen haben sich die öffentlichen Sparkassen an der Umschuldungsaktion in ganz hervorragender Weise beteiligen können.

Der Druck der Arbeitslosigkeit hat dank einer sicheren und klugen Wirtschaftsführung auch im Arbeitsamtsbezirk Bielefeld weiter fühlbar nachgelassen; ihn ganz zu beseitigen, erfordert jedoch nach wie vor den restlosen Einsatz aller Volkskreise. Die erhöhte Einkommensvermehrung bei vielen Volksgenossen, die intensive Werbung nach altbewährten Methoden, sowie die Schaffung und der Ausbau mannigfaltigster Spareinrichtungen gaben der Spartätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahre einen gewaltigen Auftrieb. Seit mehreren Jahren hat der Zuwachs an Spareinlagen bei unserer Kasse nicht mehr die Höhe des Jahres 1935 erreicht. Der reine Einzahlungsüberschuß unter Einbeziehung der Aufwertungs-Spareinlagen betrug mit 1,5 Millionen Reichsmark das Zehnfache des Überschusses vom Jahr 1934. Der Gesamtzuwachs bei den Spareinlagen beträgt 3 775 000,— *R.M.* Damit ist fast die 50-Millionen-Grenze erreicht worden, denn am Ende des Jahres 1935 konnten wir einen Spareinlagenbestand von 49 703 214,19 *R.M.* ausweisen. Wie alljährlich waren auch diesmal am Zuwachs wiederum die Monate Januar bis April und November—Dezember beteiligt, während die Monate Mai bis Oktober geringe Auszahlungsüberschüsse zeigten. Der Monat Februar nahm im vergangenen Jahre eine Sonderstellung ein; er allein brachte uns rund 800 000,— *R.M.* neue Spareinlagen. Ende 1935 waren insgesamt 3161 Heimsparkassen ausgegeben. Die im Laufe des Jahres vorgenommenen 1074 Entleerungen ergaben die Summe von rund 30 000,— *R.M.*, das sind 10 000 *R.M.* mehr als im Vorjahre.

Dem Schulsparen widmeten wir im abgelaufenen Jahre unsere besondere Aufmerksamkeit. Durch die von uns planmäßig durchgeführte Werbearbeit in Form von Vorträgen im NS.-Lehrerbund, sowie durch persönliche Fühlungnahme mit den einzelnen Lehrkräften hatten wir am Jahreschluß alle Schulen des Landkreises Bielefeld für das Schulsparen gewonnen. Bringt dieses Sparen im Verhältnis zu der zu leistenden Arbeit zurzeit auch noch keine nennenswerten Beträge, so ist aber doch die in ihm vorhandene erzieherische Wirkung bei der heranwachsenden Jugend bzw. an den heranreisenden Volksgenossen, den Spargedanken zu wecken und zu fördern, für die gesamte Spartätigkeit unseres Volkes von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Der anwachsende Verkehr machte es erforderlich, die schon bei dem Um- bzw. Neubau der Kreis-Sparkasse in Bielefeld im Jahre 1928 auch für Sparfassenzwecke vorgesehenen in der ersten Etage des Hauses Herforder Straße 4 gelegenen und bisher vermieteten Büroräume nun mit in Anspruch zu nehmen. Bei den vorgenommenen kleinen baulichen Veränderungen haben wir darauf Bedacht genommen, auch für die Belegschaft einen zeitgemäßen und zweckentsprechenden Gemeinschaftsraum zu schaffen.

Der Vorstand hat die vorgeschriebenen unvermuteten Prüfungen durchgeführt. Außerdem erfolgte im Mai 1935 die Prüfung der Jahresrechnung 1934 durch die Revisoren des Westfälischen Sparkassen- und Giroverbandes, Münster i. W.

15. Allgemeine Wirtschaftslage.

a) Industrie- und Handelskammer.

Die am Schlusse des letzten Berichts ausgesprochene Erwartung, daß es trotz der vorhandenen großen Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiete auch künftig aufwärts gehen werde, hat sich erfüllt. Die Zahl der Arbeitslosen ist weiter gesunken. Während es Ende März 1935 im Reich noch 2 401 889 Arbeitslose gab, waren es Ende März 1936 nur noch 1 937 120. In der Stadt Bielefeld ging die Zahl der Arbeitslosen in der gleichen Zeit von 4749 auf 3568 zurück. Der schon früher erwähnte Facharbeitermangel hielt an.

Diese günstige Entwicklung ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß der Staat nach wie vor als Auftraggeber stark hervortrat. Wenn auch die ursprünglichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung größtenteils durchgeführt waren, so erwachsen durch die Wiedererlangung der Wehrhoheit und die Einführung der Wehrpflicht doch bedeutende neue Aufgaben, die der Wirtschaft Impuls gaben. In Bielefeld wurden umfangreiche Kasernenbauten errichtet. Ein Teil der industriellen Betriebe war unmittelbar oder mittelbar an den mit der deutschen Aufrüstung verbundenen großen Aufträgen beteiligt.

Neben dem gesteigerten öffentlichen Bedarf war eine größere private Nachfrage zu befriedigen. Auf dem privaten Bauplätze herrschte rege Tätigkeit, die sich naturgemäß auf die Beschäftigung der Industrie günstig auswirkte. Produktionsgüter (z. B. Maschinen) waren stark begehrt. Die sogenannte Anlageindustrie konnte ihre Umsätze daher wesentlich steigern. Die Steigerung der Umsätze in Verbrauchsgütern hielt damit nicht auf allen Gebieten gleichen Schritt. Spinnereien und Webereien, die auch mit Rohstoffschwierigkeiten zu kämpfen hatten, sowie Kleider- und Wäschefabriken waren noch nicht voll beschäftigt. Gut beschäftigt war dagegen nach wie vor die Fahrradindustrie. Im ganzen betrachtet, kann die Lage der Bielefelder Industrie während des Berichtszeitraumes als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Im Gegensatz zu der günstigen Entwicklung auf dem Binnenmarkte hatte der Außenhandel mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Schaffung und Verwendung einheimischer Rohstoffe wurde daher weiter gefördert. Für Bielefeld mit seiner alteingeseffenen Leinenindustrie ist in dieser Hinsicht der vermehrte Anbau von Flachs besonders wichtig.

Die Aussichten für die weitere wirtschaftliche Entwicklung am Ende der Berichtszeit können als günstig angesehen werden.

b) Handwerkskammer.

Im Berichtsjahre hatte sich die Handwerkskammer in erster Linie mit der Durchführung der neuen Verordnungen über den Aufbau des deutschen Handwerks zu befassen.

Die neue Organisation des Handwerks, die zum 1. September 1934 auf Grund der Ersten Handwerksverordnung errichtet war, mußte sich in der Praxis bewähren. Die Handwerkskammer hatte daher die besondere Aufgabe, sich dafür einzusetzen, daß nunmehr entsprechend den neuen Bestimmungen auch in den Innungen und Kreishandwerkerschaften die vorgeschriebenen Aufgaben erfüllt wurden. Daß dieses zum größten Teile überall möglich gewesen ist, geht am besten aus dem Ergebnis der Vertrauensfrage, die alljährlich vom Kreishandwerksmeister und Obermeister zu stellen ist, hervor. Sowohl zum 1. April 1935 als auch zum 1. April 1936 ist für alle Kreishandwerksmeister die Vertrauensfrage bejaht, desgleichen ist fast sämtlichen Obermeistern von den Innungsversammlungen das Vertrauen ausgesprochen.

Die Versammlungen der neuen Innungen unterscheiden sich von den Versammlungen der früheren freien und Zwangsinnungen erheblich dadurch, daß in den neuen Innungen eine größere Disziplin herrscht. Die Umstellung auf das Führerprinzip hat sich in vollem Umfange bewährt. Zwecklose Erörterungen, wie sie früher auch in Innungsversammlungen vorkamen, sind vollständig verschwunden.

Die Innungen haben sich vielfach auch wieder besondere Symbole zugelegt. So haben viele Innungen sich neue Fahnen angeschafft, auch die fast ganz verschwundenen Innungsläden sind bei einer größeren Zahl von Innungen wieder eingeführt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß in dem Berichtsjahre die neue Organisation des Handwerks sich in vollem Umfange bewährt hat. Das, was ursprünglich nur als leere Form errichtet werden konnte, hat Gestalt und Inhalt bekommen.

Von ganz besonderer Bedeutung bei der Arbeit der berufsständischen Organisationen des Handwerks war die Durchführung der Dritten Handwerksverordnung. Die Ausgabe der Handwerkskarten hat sehr viel Arbeit erfordert. Rund 36 000 Handwerkskarten mit Lichtbildern und den näheren Angaben über die Personalien des Inhabers mußten ausgegeben werden. Für die Handwerkskammer Bielefeld war diese Arbeit deswegen besonders schwierig, weil am 1. 4. 1935 der Bezirk der Handwerkskammer um das Land Lippe und das Land Schaumburg-Lippe erweitert wurde und nunmehr die Kammer Bielefeld auch die Aufgabe hatte, den in diesen Bezirken ansässigen Handwerkern die Handwerkskarte auszuhandigen.

Dadurch jedoch, daß in Ostwestfalen und Lippe bereits von jeher eine gute handwerkliche Organisation bestand, ist es der Handwerkskammer möglich gewesen, diese außergewöhnlich große Arbeit fast restlos durchführen zu können. Die Handwerkskammer Bielefeld ist wohl die erste Handwerkskammer gewesen, die die Ausgabe der Handwerkskarten durchgeführt hat.

Bei der Ausgabe der Handwerkskarten waren erhebliche Unstimmigkeiten zu klären, alte gewerbepolizeiliche Anmeldungen und alte Eintragungen in die Handwerksrolle mußten nachgeprüft werden. Es war ferner erforderlich, die Handwerksrolle mit den Gewerbelisten der Polizeibehörden in Übereinstimmung zu bringen.

Infolge der Einführung der Bestimmungen der Dritten Handwerksverordnung hat auch das handwerkliche Prüfungswesen einen erhöhten Wert bekommen.

Die Innungen haben sich besonders der Heranbildung der Lehrlinge angenommen. Im Einvernehmen mit den Arbeitsämtern werden fast alle Lehrlinge vor ihrer Einstellung auf ihre berufliche Eignung geprüft. Die Zwischenprüfung der Handwerkslehrlinge ist heute allgemein durchgeführt. Die Handwerkskammer Bielefeld war die erste Kammer, die bereits im Jahre 1927 in ihren Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens die Zwischenprüfung einführte, die heute in allen Bezirken und für alle Berufe abgenommen wird.

Während es früher häufiger vorkam, daß einzelne Lehrlinge auf die Ablegung der Gesellenprüfung keinerlei Wert legten, ist durch die Einführung des großen Befähigungsnachweises und durch die Einführung der Arbeitsbücher durch die Arbeitsämter heute bei jedem Lehrling das Bestreben vorhanden, unter allen Umständen die Gesellenprüfung abzulegen.

Verhältnismäßig groß ist auch die Zahl derjenigen, die schon vor Jahren ihre Lehre beendet haben, sich aber nunmehr noch nachträglich der Gesellenprüfung unterziehen, sei es, um durch das Arbeitsbuch als gelernter Gehilfe sich ausweisen zu können, sei es, um die Voraussetzungen für die Zulassung zur Meisterprüfung zu schaffen.

Ausgehend von dem Ziele, einen möglichst tüchtigen Nachwuchs heranzubilden, sind auch die Anforderungen der Gesellenprüfung gesteigert. Die Innungen sind deswegen teilweise dazu übergegangen, für die Heranbildung ihrer Lehrlinge besondere zusätzliche Einrichtungen zu schaffen, die neben die Meisterlehre und neben den Berufsschulunterricht gestellt werden. Hierher gehören zusätzliche Fachschulen und Fachkurse der Innungen.

Die Neugestaltung des Meisterprüfungswesens hat ebenfalls in dem Berichtsjahre für die handwerkliche Organisation eine große Rolle gespielt. Diese Arbeiten sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Die Neuregelung des gesamten Meisterprüfungswesens wird vielmehr erst am 1. 8. 1936 durchgeführt werden können.

Die Vorarbeiten für die Neugestaltung des Meisterprüfungswesens waren jedoch zu einem großen Teile bereits im Berichtsjahre zu leisten. Der Zugang zur Meisterprüfung hat sich ebenfalls erheblich gesteigert. Während in dem Jahre 1928 — 855 Prüflinge sich zur Meisterprüfung meldeten, 1930 — 794, 1932 — 502, haben sich im Jahre 1935 — 1812 Meisterprüflinge zur Meisterprüfung bei der Handwerkskammer Bielefeld angemeldet. Erfreulich ist hier, festzustellen, daß ein größerer Teil selbständiger Handwerker, der nach den Bestimmungen der Dritten Handwerksverordnung zur Nachholung der Meisterprüfung nicht verpflichtet ist, aus dem Wunsche heraus, den Ehrentitel des Meisters führen zu können, sich ebenfalls der Meisterprüfung unterzieht.

Dieser starke Zudrang zur Meisterprüfung wird für die nächsten Jahre noch verstärkt werden, da nach den Bestimmungen der Dritten Handwerksverordnung alle diejenigen die Meisterprüfung nachholen müssen, die nach 1932 in die Handwerksrolle eingetragen und nach dem 1. Januar 1900 geboren sind. Es handelt sich hier um rund 7000 Handwerker, die in diesen Jahren in unserem Bezirk selbständig geworden sind und nunmehr die Meisterprüfung nachholen müssen. Da gerade diesen Handwerkern vielfach die erforderlichen Kenntnisse fehlen, um die Meisterprüfung bestehen zu können, ist es notwendig, daß hier mit Schulungs- und Vorbereitungskursen nachgeholfen wird. Demgemäß sind auch in dem Berichtsjahre von der handwerklichen Organisation die allgemeinen und fachlichen Schulungskurse in verstärktem Maße durchgeführt.

Um darüber hinaus auch die Führer des Handwerks entsprechend zu schulen, sind von seiten des Landeshandwerksmeisters Schulungskurse in Traben-Trarbach und Bad Ems und von seiten

des Reichsstandes Schulungskurse an der Führerschule in Braunschweig eingerichtet. Auch an diesen Kursen hat das Handwerk unseres Bezirkes sich maßgebend beteiligt.

In dem Berichtsjahre war auch die Frage des handwerklichen Lieferungswesens von besonderer Bedeutung. Um eine Berücksichtigung des Handwerks bei öffentlichen Aufträgen sicherzustellen, sind von Seiten des Reichsstandes und der handwerklichen Fachverbände überall Lieferungsgenossenschaften errichtet. Diese Lieferungsgenossenschaften konnten bereits im Berichtsjahre ihre Arbeit aufnehmen und so mithelfen, daß auch das Handwerk maßgeblich bei den öffentlichen Aufträgen eingeschaltet wurde.

Die wirtschaftliche Lage des Handwerks hat sich im Berichtsjahre weiterhin, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, gebessert. Insbesondere kann eine durchaus gute Beschäftigung des Baugewerbes und des Baunebengewerbes in unserem Bezirke während des Berichtsjahres festgestellt werden. Am wenigsten Anteil an dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufstiege hatte das Schneider- und Schuhmacherhandwerk, dessen wirtschaftliche Lage, besonders in den ländlichen Bezirken, noch sehr zu wünschen übrig läßt.

Zusammengefaßt kann festgestellt werden, daß das Berichtsjahr das Handwerk unseres Bezirkes ein gutes Stück voran gebracht hat auf dem Wege zu einer Festigung der Betriebe und einer Erstarbung der berufsständischen Organisation. Gerade die Arbeiten im Berichtsjahr berechnen zu der Hoffnung, daß das Handwerk die Stellung in der deutschen Wirtschaft und im deutschen Volke erhalten wird, die ihm auf Grund seiner Leistungen gebührt.

c) Reichsbahn.

	Bielefelder Hauptbahnhof	Bielefelder Ostbahnhof
Verkaufte Fahrkarten	1 088 198	22 019
Stückgut Empfang	39 096 to	5 226 to
" Versand	62 907 to	8 298 to
Wagenladungen Empfang	126 191 to	402 391 to
" Versand	5 466 to	68 089 to
Tiere Empfang	—	2 385 Stck.
" Versand	—	2 050 Stck.
Abgefertigte Frachtbriefe Empfang	399 720 Stck.	40 019 Stck.
" " Versand	640 095 Stck.	14 107 Stck.

d) Kreisbahn.

Betriebslänge	27,827 km	
Gleislänge	40,444 km	
davon Schmalspur		33,406 km
Regelspur		6,188 km
Dreischienensystem		0,850 km
Privatanschlußgleise 5 mit Meterspur =		0,774 km
14 mit Regelspur =		4,343 km
Nutzkilometer	188 974 km	
Beförderte Personen		266 925
Personenkilometer		2 366 420
Beförderte Gütertonnen		107 268,0
Einnahmen aus dem Personenverkehr		101 963,28 <i>R.M.</i>
" " Güterverkehr		146 733,57 "
Sonstige Einnahmen		15 306,58 "
	Gesamteinnahmen:	<u>264 003,43 <i>R.M.</i></u>
Persönliche Ausgaben		106 927,— <i>R.M.</i>
Sachliche Ausgaben		126 346,02 "
	Gesamtausgaben:	<u>233 273,02 <i>R.M.</i></u>
Rohüberschuß		30 730,41 <i>R.M.</i>

e) Reichspost.

Einschreibsendungen	aufgeliefert	194 407
"	eingegangen	245 724
Postaufträge	eingegangen	9 380
Nachnahmen	eingegangen	279 627
Pakete ohne und mit Wertangabe	aufgeliefert	1 999 883
" " " " "	eingegangen	996 251
Zahlkarten und Postanweisungen	eingezahlt	620 701
" " " " "	ausgezahlt	296 327
Telegramme	aufgeliefert	58 862
"	eingegangen	50 700
Gespräche, abgehend und ankommend	Ortsgespräche	8 128 860
" " " " "	Fernverkehr	1 477 470
Fernsprechteilnehmer	Hauptanschlüsse	5 984
"	Nebenanschlüsse	5 059
Zahl der Rentenanweisungen	Militärrenten	25 642
" " " " "	Invaliden- und Unfallrenten	76 861
Zahl der Postcheckkonten		3 061
Zahl der Schließfächer		959
Zahl der Markenverkaufsstellen		55
Zahl der Briefkästen		238
Zahl der Fernsprechhäuschen		27

Die Zahlenangaben sind nach dem Rechnungsjahr 1935 ermittelt worden.

16. Vereine und gemeinnützige Bestrebungen.

a) Minden-Ravensbergischer Hauptverein für Heimatschutz und Denkmalpflege.

Der Minden-Ravensbergische Hauptverein für Heimatschutz und Denkmalpflege hat auch im letzten Geschäftsjahr seine Aufgaben mit Erfolg gelöst. Die schon im früheren Jahresberichte genannten Ausschüsse sind geblieben und haben ersprießliche Arbeit geleistet. Die wichtigste Veranstaltung war die Mitgliederversammlung vom 30. Oktober 1935, die im Städtischen Museum in Bielefeld unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten Freiherrn von Deynhausen und in Gegenwart des Landeshauptmanns Kolbow stattfand. Oberarzt Dr. Wichern sprach über „Bevölkerungspolitik und Erbpflege“, Museumsdirektor Dr. Schoneweg über „Die Verschandelung der Bauernhöfe in Minden-Ravensberg“ und führte im Anschluß daran durch die gleichnamige Ausstellung. Es folgten alsdann die Arbeitsberichte der Kommissionen, auf die im einzelnen einzugehen hier nicht der Ort ist. Im Anschlusse an die Museumsführung wurde der Beschluß gefaßt, eine mit Bildern versehene Schrift herauszugeben mit dem Titel „Willst Du Deinen Bauernhof verschandeln?“ Diese Schrift, die als offener Brief an jeden minden-ravensberger Bauern gedacht ist, soll von den Landkreisen und Kreisbauernschaften an alle Erbhofbauern Minden-Ravensbergs verschickt werden. Der Minden-Ravensbergische Hauptverein beschreitet damit völlig neue Wege. Er faßt das Heimatschutzproblem von der praktischen Seite aus an. Wenn nämlich der Heimatschutz auf diesem Gebiete bisher so gut wie keinen praktischen Erfolg gehabt hat, so liegt das daran, daß diese Bestrebungen zu sehr eine interne Angelegenheit der Geschichts- und Heimatvereine in den Städten geblieben ist. Man hatte in dieser Hinsicht den Blick zu sehr auf die Erhaltung alten Kulturgutes gerichtet und fast gar nicht auf das schöpferisch Neue, das notwendig kommen muß. Der von Museumsdirektor Schoneweg verfaßte offene Brief wendet sich grundsätzlich ab von jeglicher falschen Romantik. Der Bauer von 1936 hat den Anspruch, in seiner Wohnung alle Bequemlichkeiten der Neuzeit und in seinen Wirtschaftsgebäuden aller Errungenschaften moderner Landwirtschaft zu genießen. Sinn des Briefes ist, den Weg zu bahnen für den bodengewachsenen, verantwortungsbewußten, die Bedürfnisse des Landmannes kennenden Baumeister, der zugleich technisch-wirtschaftlich einwandfrei und aus dem Geiste der Landschaft heraus zu bauen versteht. Dem Dilletantismus im Bauwesen wird der Kampf angesagt.

Als weitere praktische Arbeit wird die planmäßige photographische Aufnahme aller minden-

ravensbergischen Bauernhäuser fortgesetzt. Es soll dabei gleichzeitig alles im Lichtbilde festgehalten werden, was volkstündlich und künstlerisch von Bedeutung ist.

b) Historischer Verein für die Grafschaft Ravensberg.

Der Historische Verein für die Grafschaft Ravensberg, Bielefeld, hat seiner Bestimmung gemäß sich auch im letzten Jahr erfolgreich betätigt.

Die Ravensberger Blätter und der Jahresbericht, die in der Hauptsache Kenntnis von seiner Tätigkeit geben, sind in gewohnter Weise erschienen. Zu bemerken ist, daß in den Ravensberger Blättern dem der heutigen Zeit entsprechenden Bedürfnis nach familiengeschichtlicher Forschung besonders Rechnung getragen wurde; zum ersten Male gelangte u. a. auch bisher noch nicht veröffentlichtes urkundliches Material zur Verwendung, das in unserem demnächst erscheinenden Urkundenbuch nicht Platz finden wird, mit anderen Worten, das vor dem Jahre 1520 liegt. Der Jahresbericht umfaßt den sehr dankenswerten Abdruck des alten Kirchenbuches der Altstädter Kirchengemeinde von 1683 an, außerdem einen ausführlichen Aufsatz, den ersten Teil der Geschichte unseres Stiftes Schilbesche behandelnd, und endlich die sogenannte „Feuerstellenliste“ der Stadt Bielefeld von 1743, die sowohl für die Geschichte der Stadt, als auch für die Familienkunde große Bedeutung hat.

Im Sommer veranstaltete der Verein, seiner Gewohnheit entsprechend, mehrere Ausflüge in die Umgebung, um den Mitgliedern geschichtlich und künstlerisch wertvolle Teile unserer Heimat zu zeigen. Die Ausflüge sind beliebt und erfreuten sich zahlreicher Beteiligung.

Im Winter fand eine Reihe von geschichtlichen und heimatkundlichen Vorträgen statt.

Das Haus der Heimatkunde, dessen Verwaltung dem Historischen Verein obliegt, bewährt sich und kann als eine vorbildlich organisierte Einrichtung gelten.

Es ist weiter noch zu bemerken, daß im vorigen Jahre in dem Hauptverein für Heimatschutz und Denkmalpflege ein besonderer Ausschuß für die Landesgeschichte gebildet wurde, dessen Aufgabe es ist, die wissenschaftliche Tätigkeit der Vereine von Minden-Ravensberg im allgemeinen zu pflegen und organisch auszugestalten. Die Leitung dieses Ausschusses liegt in den Händen des Bielefelder Vorsitzenden, Prof. Dr. Schrader. Der Ausschuß hat seine Tätigkeit begonnen. Er wird u. a. das große Ziel ins Auge fassen, im Laufe der Jahre eine geschichtliche Bibliographie zustande zu bringen, die für unsere wissenschaftliche Geschichtsschreibung von großer Bedeutung sein wird.

c) Verkehrs- und Verschönerungsverein Bielefeld.

Die Mitgliederzahl ist unverändert. Die Aufgaben bestanden in der Hauptsache in der Reinigung, Instandhaltung und Bezeichnung des Wegenetzes. An Stelle des verstorbenen Vorsitzenden, Oberbürgermeisters Dr. Prieß, hat Oberbürgermeister Budde den Vorsitz übernommen. Zum stellvertretenden Vorsitzenden ist Herr Syndikus Dr. Wilms von der Industrie- und Handelskammer Bielefeld berufen. Der berufene Verkehrsausschuß wird die Stadt bei den Aufgaben der Verkehrswerbung in jeder Weise unterstützen. Um die Pflege des Wanderns zu fördern, ist eine Wandergruppe unter Leitung von Dr. Wilms gegründet. Dieser Wandergruppe, die regelmäßig Wanderungen unternimmt, ist eine größere Anzahl von Mitgliedern beigetreten.

d) Naturwissenschaftlicher Verein für Bielefeld und Umgebung.

Im Jahre 1935/36 hat der Verein seine Arbeit in gewohnter Weise fortgesetzt. Es wurden 10 Vorträge gehalten. Den naturkundlichen Führungen und Wanderungen wurde besondere Pflege zuteil, 12 Wanderungen führten in die nähere oder weitere Umgebung Bielefelds, drei Autofahrten in entferntere Gebiete der westfälischen Heimat. In Verbindung mit dem Städtischen Museum wurde in den Monaten September und Oktober wiederum die Pilzberatung durchgeführt, die sich großer Beliebtheit erfreut. An Montagen und Donnerstagen fand die völlig kostenlose Beratung im Museum statt, außerdem wurden drei Ausflüge zur Einführung in die Pilzkenntnis unternommen.

Im Januar 1936 mußte der Vorstand des Vereins neu gewählt werden. Der geschäftsführende Vorstand blieb unverändert. Im erweiterten Vorstand wurde das Amt des Bücherwartes durch Studienrat Baumann neu besetzt.

17. Schlachthof der Fleischer-Innung.

Durch die Kontingentierung der Schweine auf 60 v. H. ist die geringe Zunahme der Schlachtungen, wie sie im Vorjahre festzustellen war, wieder zurückgegangen.

Der hierdurch bedingte Einnahmeausfall mußte ausgeglichen werden. Daher sah sich die Verwaltung genötigt, die geplanten Verbesserungen einstweilen noch zurückzustellen und vorerst nur die notwendigen Reparaturen an Maschinen und Gebäuden vornehmen zu lassen.

Aber auch diese Maßnahmen allein führten nicht zum Ausgleich des Haushaltsplanes, und so entschloß sich die Schlachthofverwaltung vorsorglich, eine Erhöhung der Gebühren von etwa 25 v. H. vorzunehmen.

Die Schlachthofverwaltung und das Bielefelder Fleisergewerbe hoffen jedoch, daß diese Maßnahme nur vorübergehend sein wird und durch eine Vermehrung des Schlachtviehs bald wieder aufgehoben werden kann. Aus kassentechnischen Gründen trat die Gebührenerhöhung erst am 1. Januar 1936 in Kraft.

1935 wurden auf dem Schlachthof geschlachtet:

516 Pferde,
399 Ochsen,
354 Bullen,
2 867 Kühe,
633 Jungrinder,
6 270 Kälber,
15 905 Schweine,
425 Schafe,
330 Ziegen.

Beanstandet wurden 128 ganze Tierkörper, davon waren untauglich 41, nämlich 7 Pferde, 7 Rinder, 12 Kälber, 15 Schweine, bedingt tauglich 16, nämlich 8 Rinder, 1 Kalb, 7 Schweine, minderwertig 71, nämlich 16 Rinder, 11 Kälber, 44 Schweine.

7839 mußten beanstandet werden, und zwar 3 Köpfe (1 Pferd, 2 Schweine), Lungen 4980 (18 Pferde, 1964 Rinder, 59 Kälber, 2751 Schweine, 161 Schafe, 27 Ziegen), Lebern 1202 (15 Pferde, 537 Rinder, 8 Kälber, 532 Schweine, 83 Schafe, 27 Ziegen), Därme 486 (2 Pferde, 345 Rinder, 139 Schweine), sonstige Organe 942 (3 Pferde, 392 Rinder, 42 Kälber, 500 Schafe, 5 Ziegen), Baucheingeweide 226 (75 Rinder, 1 Kalb, 150 Schweine).

Die Beanstandungen von Fleisch, Knochen, Fett und Hautteilen ergeben 3390 Kg. (102 Kg. Pferde, 3098 Kg. Rinder, 11 Kg. Kälber, 179 Kg. Schweine).

Die bakteriologische Untersuchung wurde bei 54 Tieren durchgeführt. Zur Untersuchung gelangten 12 Pferde, 20 Rinder, 14 Kälber, 8 Schweine. Fleischvergifter wurden bei 2 Kälbern festgestellt, Milzbrand bei 2 Schweinen.

Einnahmen:		Ausgaben:	
Aus dem Vorjahre	26 614,88 <i>R.M.</i>	Verwaltungskosten	76 990,43 <i>R.M.</i>
Schlachtgebühren	127 416,70 "	Steuern	24 745,24 "
Stallgebühren	1 309,30 "	Betriebskosten	36 295,58 "
Futtergebühren	86,50 "	Unterhaltungskosten	13 214,31 "
Wiegegebühren	979,60 "	Zinsen und Tilgung	10 574,— "
Schauggebühren	150,80 "	Fernsprechgebühren	1 580,97 "
Kühlzellenmiete	10 887,50 "	Unvorhergesehen	15 792,22 "
Insgesamt	48 073,66 "		
<u>Sa.: 215 518,94 <i>R.M.</i></u>		<u>Sa.: 179 192,75 <i>R.M.</i></u>	

Ab sch lu ß:

Einnahmen	215 518,94 <i>R.M.</i>
Ausgaben	179 192,75 "
Bestand	36 326,19 <i>R.M.</i>

Inhalts-Verzeichnis

	Seite		Seite
1. Gemeindeverwaltung und Gemeindebeamte	3	d) Kanalbau und Abwässeranlagen	33
a) Allgemeines	3	e) Vermessungswesen	35
b) Beamte, Angestellte und Arbeiter	4	f) Gebäudeunterhaltung	36
c) Öffentl. Kundgebungen, Ehrungen u. Stadtchronik	8	8. Unterricht und Bildung	37
d) Verwaltungsbücherei	10	a) Unterricht	37
e) Beschaffungsabteilung	10	b) Städtisches Museum	44
2. Stadtgebiet, Bevölkerung	11	c) Städtische völkerekundliche Sammlung	46
a) Umfang, Straßen und Gebäude	11	d) Stadtbücherei	46
b) Fortgeschriebene Einwohnerzahl nach den An- und Abmeldungen	11	e) Städtische Heimatbücherei	47
c) Geburten, Eheschließungen, Todesfälle und Todesursachen	11	f) Städtisches Archiv	47
d) Zählungen	12	g) Stadttheater	47
3. Versicherungswesen	14	h) Städtisches Orchester	48
4. Grundbesitz	17	9. Wohlfahrtswesen und Gesundheitspflege 45	
a) Bodenwirtschaft	17	I. Wohlfahrtspflege:	
b) Siedlungswesen	18	a) Organisation und allgemeine Angelegenheiten	49
5. Finanz- und Rassenwesen	18	b) Wirtschaftliche Fürsorge	52
a) Haushaltsplan und Rechnungsabluß	18	c) Jugendwohlfahrt	60
b) Abluß der sonstigen von der Stadthauptkasse geführten Rechnungen	20	d) Ehrengeschenke für Veteranen	67
c) Vermögens- und Schuldenübersicht	21	II. Gesundheitswesen:	
6. Steuern und Abgaben	23	a) Gesundheitsfürsorge	67
a) Steuer vom Grundvermögen	23	b) Badewesen	73
b) Gewerbesteuer	23	c) Städtisches Krankenhaus	73
c) Schullasten-Ausgleich	24	d) Städtisches Untersuchungsamt	74
d) Wanderlagersteuer	24	e) Impfwesen	75
e) Grunderwerbsteuer	24	f) Hebammen	76
f) Wertzuwachssteuer	25	g) Gemeingefährliche und ansteckende Krankheiten	76
g) Schankerlaubnissteuer	25	h) Schlachtvieh- und Fleischbeschau	76
h) Bürgersteuer	25	i) Viehseuchen und Kadaververwertung	76
i) Hundesteuer	25	k) Kehrbezirke	76
k) Eintrittskarten- und Vergnügungssteuer	26	l) Straßenreinigung und Straßensprengung	76
l) Biersteuer	26	m) Abfuhr von Kehrriecht und Hausmüll	77
m) Getränkesteuer	26	10. Städtische Polizei, Feuerlöschwesen	78
n) Kehrriecht-Abfuhrgebühren	27	a) Verwaltungs- und Sicherheitspolizei	78
o) Kanalgebühren	27	b) Baupolizei	82
p) Straßenreinigungsabgaben	27	c) Gewerbepolizei	83
q) Schlachtsteuer	27	d) Marktwesen	83
r) Steuerstundungen	28	e) Schiedsmänner	84
s) Provinzialabgaben	28	f) Feuerlöschpolizei	84
t) Erteilung von Armenrechtszeugnissen	28	11. Wohnungswesen	86
7. Städtisches Bauwesen	28	a) Wohnungsbedarf	86
a) Hochbau	28	b) Obdachlosenfürsorge	86
b) Heizungswesen	29	c) Mieteinigungsamt	36
c) Straßen- und Wegebau	29	12. Park- und Friedhofswesen	87
		a) Öffentliche Anlagen, Straßen und Plätze	87
		b) Kleingartenwesen	87

	Seite		Seite
c) Forstpflge	88	c) Reichsbahn	95
d) Friedhofs- und Bestattungswesen	88	d) Kreisbahn	95
13. Stadt-Sparkasse	89	e) Reichspost	96
14. Zweckverband	90	16. Vereine und gemeinnützige Bestrebungen	96
a) Allgemeines	90	a) Minden-Ravensbergischer Hauptverein für Heimatschutz und Denkmalpflege	96
b) Gemeinsamer Kreiswegeverband für den Landkreis und den Stadtkreis Bielefeld	90	b) Historischer Verein für die Grafschaft Ravensberg	97
c) Kreis-Sparkasse	92	c) Verkehrs- und Verschönerungsverein Bielefeld	97
15. Allgemeine Wirtschaftslage	93	d) Naturwissenschaftlicher Verein für Bielefeld und Umgebung	97
a) Industrie- und Handelskammer	93	17. Schlachthof der Fleischerinnung	98
b) Handwerkskammer	93		

